



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht Februar 2019



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Stand

31. Januar 2019

Druck

Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, 60386 Frankfurt

Gestaltung

PRpetuum GmbH, 80801 München

Bildnachweis

Getty Images / David Sacks / S. 23

GINSEP 2018 / S. 29

iStock

cbies / S. 30

Extravagantni / S. 5

metamorworks / S. 32

narvikk / S. 6

rzoze19 / S. 8

ITU / S. 33

Kugler / Bundesregierung / S. 2

makyzz / Freepik / S. 11

Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 030 182722721

Bestellfax: 030 18102722721

Diese Publikation wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Inhalt

Editorial	2
I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen	4
Auf einen Blick	5
Bestmöglich auf den Brexit vorbereitet sein	5
Mögliche ökonomische Auswirkungen des „Government Shutdown“ in den USA	8
Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	10
Grafik des Monats	11
Überblick über die wirtschaftliche Lage	12
Jahreswirtschaftsbericht 2019: Soziale Marktwirtschaft stärken	14
Kinderzuschlag und Midijob-Gleitzone	23
Deutsch-Indisches Start-up-Programm: Brücken nach Indien bauen	29
Die Internationale Fernmeldeunion im Zuge der digitalen Entwicklung	32
II. Wirtschaftliche Lage	37
Internationale Wirtschaftsentwicklung	38
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland	40
Anhang: Übersichten und Grafiken	51
Verzeichnis der Artikel der letzten 12 Ausgaben	82

Editorial



Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Wir müssen derzeit von einem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union mit Ablauf des 29. März ausgehen. Gleichzeitig hat das britische Parlament im Januar mehrheitlich gegen das ausgehandelte Austrittsabkommen und gegen die politische Erklärung zum Rahmen für die zukünftigen Beziehungen gestimmt.

Die Ratifizierung des Austrittsabkommens hat aus meiner Sicht weiter höchste Priorität. Es ist ausgewogen, stellt einen geordneten Austritt sicher und bietet insbesondere der Wirtschaft durch die vorgesehene Übergangsphase mehr Zeit für die notwendigen Anpassungen. Die politische Erklärung über die zukünftigen Beziehungen umreißt eine ambitionierte und breite Partnerschaft insbesondere in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit. Sie ermöglicht den raschen Beginn der entsprechenden Verhandlungen nach Austritt.

Ein un geregelter Brexit wäre mit Nachteilen für alle Beteiligten verbunden – Zölle, Zollformalitäten und längere Wartezeiten an der Grenze wären nur eine Folge. Bis zur Ratifizierung des Austrittsabkommens müssen wir uns dennoch weiterhin auf alle denkbaren Szenarien vorbereiten. Die Bundesregierung und auch das Wirtschaftsministerium haben weitreichende Maßnahmen getroffen; die Europäische Kommission arbeitet intensiv an den Vorbereitungen. Im vorliegenden Monatsbericht geben wir einen Überblick über die Vorbereitungen und zeigen Ihnen, wo Sie Informationen und Hilfestellungen rund um das Thema Brexit finden.

Außerdem stellen wir Ihnen den Jahreswirtschaftsbericht 2019 unter dem Titel „Soziale Marktwirtschaft stärken – Wachstumspotenziale heben, Wettbewerbsfähigkeit erhöhen“ vor. In Zeiten, in denen sich Menschen in Deutschland um Auswirkungen von Strukturwandel sorgen und weltweit protektionistische Bestrebungen den offenen Welthandel in Frage stellen, kann die Bundesregierung gar nicht deutlich genug machen, welche Erfolge das System der Marktwirtschaft für die Menschen in Deutschland und der Welt gebracht hat.

In der vorliegenden Ausgabe berichten wir über die ökonomischen Auswirkungen der Haushaltssperre in den USA, die Internationale Telekommunikationsunion sowie ein Austauschprogramm für deutsche und indische Start-ups. Wir stellen außerdem ein Gutachten vor, das mögliche Reformen und die jeweiligen Anreizeffekte beim Kindergeld und der sogenannten Gleitzone von Midijobs untersucht hat. Natürlich berichten wir wie immer ausführlich über die wirtschaftliche Lage in Deutschland und der Welt.

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen wie immer eine aufschlussreiche und interessante Lektüre!



Peter Altmaier
Bundesminister für Wirtschaft und Energie

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

Bestmöglich auf den Brexit vorbereitet sein

Mit Ablauf des 29. März 2019 wird das Vereinigte Königreich – nach dem bisher vorgesehenen Zeitplan – aus der Europäischen Union (EU) ausscheiden. Das Austrittsabkommen, welches einen geordneten Austritt sicherstellen soll, wurde bislang nicht ratifiziert. Umso wichtiger ist es, dass sich die EU, die Bundesregierung, aber vor allem auch Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger auf diesen Tag gut vorbereiten.



Aktuelle Lage

Die EU und die britische Regierung haben ein Austrittsabkommen ausgehandelt, das eine Übergangsphase bis Ende 2020 vorsieht, einmalig verlängerbar bis Ende 2022. In dieser Übergangsphase würde das EU-Recht im Vereinigten Königreich im Wesentlichen weiter gelten. Das Austrittsabkommen inklusive Übergangsphase wird jedoch nur in Kraft treten, wenn das europäische und das britische Parlament das Abkommen ratifizieren.

Das britische Parlament hat nach Ablehnung des Austrittsabkommens am 15. Januar die britische Regierung am 29. Januar aufgefordert, alternative Lösungen zum sogenannten Back-Stop (im Austrittsabkommen mit der EU) zu finden, um eine harte Grenze zwischen Irland und Nordirland zu vermeiden. Außerdem hat das britische Parlament sich mehrheitlich gegen einen unregulierten Brexit ausge-

sprochen. Die britische Regierung hat daraufhin angekündigt, mit der EU verhandeln zu wollen.

Die EU und die Bundesregierung wollen einen ungeordneten Austritt des Vereinigten Königreichs ebenfalls vermeiden. Das Austrittsabkommen bleibt die beste und einzige Lösung hierfür. Das weitere Verfahren liegt nun bei der britischen Regierung. Die EU hat angekündigt, die politische Erklärung über das zukünftige Verhältnis anzupassen, wenn das Vereinigte Königreich seine Maßgaben für die zukünftige Partnerschaft weiterentwickelt.

Bis zu einer Ratifizierung des Abkommens müssen sich alle Beteiligten jedoch auf alle Szenarien intensiv vorbereiten. Das gilt insbesondere auch für den Fall eines unregulierten Austritts, das sogenannte No-Deal-Szenario. Das Vereinigte

Königreich würde Drittstaat ohne gültiges Austrittsabkommen und ohne Übergangsregelungen. Günstigere Regeln des EU-Rechts, wie die Vorschriften des EU-Binnenmarktes und der EU-Zollunion, gelten dann nicht mehr. Das heißt etwa, dass Zollanmeldungen, -kontrollen und Zollsätze angewendet werden müssten, Regulierungen würden nicht mehr gegenseitig anerkannt.

Maßnahmen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Die Bundesregierung und das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie bereiten sich intensiv auf alle denkbaren Austrittsszenarien vor, auch auf einen eventuellen unregelmäßigen Austritt. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie steht von Beginn an auf allen Ebenen im engen Austausch mit Branchen-, Verbands- und Unternehmensvertretern und hat zahlreiche Informationsangebote geschaffen:

- ▶ Die Brexit-Webseite informiert und führt u. a. eine Vielzahl von Informationsangeboten zusammen, die durch die Bundesregierung, die nachgeordneten Behörden, Verbände und die Europäische Kommission bereitgestellt werden – (<https://bit.ly/2TwqbyV>).
- ▶ Fragen und Antworten zu den Folgen eines No-Deal-Szenarios für Unternehmen wurden auf der Webseite veröffentlicht – (<https://bit.ly/2DYLLH1>).

- ▶ Ein Brexit-Bürgerservice ermöglicht den direkten Kontakt per Telefon (Brexit-Hotline: 030-340 6065 61) oder E-Mail (brexit@buergerservice.bund.de), um konkrete Anliegen zu klären.

Maßnahmen der Bundesregierung

In Vorbereitung auf einen unregelmäßigen Austritt hat die Bundesregierung mehrere Gesetzesvorhaben angestoßen. Dazu gehört eine Änderung des Umwandlungsgesetzes, die bereits im Januar 2019 in Kraft getreten ist. Diese Änderung soll den Wechsel von der Gesellschaftsform Limited Company (Ltd.) in eine deutsche Gesellschaftsrechtsform erleichtern.

Ein weiterer Gesetzesentwurf schafft Übergangsregelungen im Bereich Arbeit und Sozialversicherung. Demnach sollen u. a. deutsche und britische Staatsbürger, die am 30. März 2019 im jeweils anderen Land leben und arbeiten, in Sozialversicherungsangelegenheiten Vertrauensschutz erhalten: in der Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen-, Renten- und Unfallversicherung. Der Entwurf eines Steuerbegleitgesetzes soll verhindern, dass allein der Brexit nachteilige steuerliche Rechtsfolgen auslöst, obwohl bereits alle wesentlichen steuerlich relevanten Handlungen vor dem Austritt vollzogen wurden. Ferner enthält das Gesetz Regelungen für den Bereich der Finanzdienstleistungen, die darauf abzielen, nachteilige Auswirkungen im Zusammenhang mit einem Austritt des Vereinigten Königreichs ohne Austrittsabkommen zu vermeiden. So wird etwa der Bundesanstalt für



Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) im Bank- und Versicherungsbereich die Möglichkeit gegeben, Unternehmen mit Sitz im Vereinigten Königreich, die bislang grenzüberschreitend im Inland tätig waren, zu gestatten, ihr Bestandsgeschäft unter gewissen Voraussetzungen für einen Übergangszeitraum fortzuführen. Darüber hinaus sind weitere untergesetzliche Maßnahmen geplant, etwa in Bezug auf aufenthalts- und arbeitsmarktrechtliche Fragen und bezüglich der Personalausstattung des Zolls sowie verschiedener Zulassungsbehörden.

Weitere Informationen sowie einen Fragen- und-Antworten-Katalog zum Brexit finden Sie unter <https://bit.ly/2tajSFR> sowie auf den Webseiten der Bundesministerien.

(<https://www.ihk.de/brexitcheck>). Auch der Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI) hat gemeinsam mit der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (vbw) einen Leitfaden mit 111 Orientierungsfragen für die Praxis veröffentlicht (<https://bit.ly/2GvaAfa>). Umfangreiche Informationen auch zu den verschiedenen Branchen bietet die Brexit-Webseite der Germany Trade and Invest (<https://bit.ly/2t9SeIX>).

Kontakt: Mariana Gross
Referat: Beziehungen zu EU-Mitgliedstaaten (außer Skandinavien, Bulgarien und Rumänien)

Maßnahmen der Europäischen Kommission

Die Europäische Kommission hat am 19. Dezember 2018 ihre Notfallplanung für das No-Deal-Szenario vorgelegt. Darin enthalten sind 14 eng begrenzte, zeitlich befristete und einseitige Maßnahmen, u. a. in den Bereichen Finanzdienstleistungen, Luftverkehr, Straßengüterverkehr, Dual-Use-Güter und Klimapolitik. Die Vorhaben ergänzen die von der Bundesregierung bereits geplanten Maßnahmen. Darüber hinaus hat die Europäische Kommission eine sogenannte „Preparedness“-Webseite eingerichtet und rund 80 Mitteilungen veröffentlicht (Stand Januar 2019), welche die Folgen eines Austritts, auch im Falle eines No-Deal-Szenarios, und ggf. notwendige Maßnahmen der Wirtschaftsbeteiligten skizzieren. Alle Informationen dazu erhalten Sie unter https://ec.europa.eu/info/brexit/brexit-preparedness_en.

Was Unternehmen tun können

Wie sich Unternehmen konkret auf den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU vorbereiten, ist grundsätzlich eine unternehmerische Entscheidung. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie steht als Ansprechpartner und mit den skizzierten Informationen bereit. Eine Rechtsberatung darf das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie allerdings nicht erteilen.

Ganz praktische Unterstützung erhalten Unternehmen auf den Webseiten der Verbände. So stellt bspw. der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) eine interaktive Checkliste für Unternehmen zur Verfügung, um die Betroffenheit durch den Brexit zu ermitteln und Anpassungsbedarf in unternehmerischen Bereichen aufzuzeigen

Mögliche ökonomische Auswirkungen des „Government Shutdown“ in den USA



Der längste Shutdown der US-Geschichte

Am 25. Januar 2019 endete der längste Government Shutdown der US-Geschichte – zumindest vorläufig. Wegen eines Streits um die Finanzierung einer Mauer an der Grenze zu Mexiko war die US-Bundesverwaltung seit dem 22. Dezember 2018 teilweise geschlossen. Es war bereits der zweite Shutdown unter Präsident Trump.

Wegen des Shutdowns galt eine Ausgabensperre und damit Zwangsurlaub für circa 800.000 US-Bundesangestellte. Etwa die Hälfte der betroffenen Bundesangestellten arbeitete ohne Bezahlung, die andere Hälfte war beurlaubt. Es scheint sicher, dass diejenigen, die ohne Bezahlung arbeiteten, rückwirkend ihr Gehalt erhalten werden. Ob dies für die Beurlaubten auch der Fall ist, hängt davon ab, ob der Kongress ein entsprechendes Gesetz verabschiedet.

Weiterhin waren Schätzungen zufolge knapp 10.000 private Dienstleister (beispielsweise das Wachpersonal öffentlicher Gebäude oder Gärtner) mit einem wöchentlichen Auftragsvolumen von ca. 200 Millionen US-Dollar indirekt von der Ausgabensperre betroffen.

US-Wirtschaftswachstum im ersten Quartal könnte deutlich sinken

Die US-Wirtschaft wird über verschiedene Kanäle durch die Regierungsschließung beeinträchtigt. Zunächst gibt es einen direkten Effekt auf das amerikanische Bruttoinlandsprodukt. Nach Schätzungen des US Council of Economic Advisers senkt jede Woche, die der Shutdown andauert, das US-Wirtschaftswachstum um 0,13 Prozentpunkte. Dieser Bremseffekt lässt sich aufteilen auf Arbeitsausfälle der Bundesangestellten (-0,08 Prozentpunkte) und nicht ausgeführte Dienstleistungen der öffentlichen Auftragnehmer (-0,05 Prozentpunkte).

Auch geringere Konsumausgaben der betroffenen Arbeitnehmer senken die heimische Nachfrage der USA: Der letzte längere Shutdown im Jahr 2013 dauerte 16 Tage und hat einer Schätzung von Ökonomen der North Western University und New York University zufolge die Konsumausgaben der unbezahlten Bundesangestellten um 10–15 Prozent gesenkt. Ähnliches ist auch bei diesem Shutdown zu erwarten und wird sich mit Verzögerung in den Umsatzdaten niederschlagen.

Bei einem erwarteten annualisierten Wachstum von 2,0 Prozent für das erste Quartal 2019 könnte der fünfwöchige Shutdown damit rechnerisch zu einer Reduktion der Wachstumsrate auf ca. 1,35 Prozent führen.

Es ist allerdings zu erwarten, dass diese direkten Effekte nach Ende der Haushaltssperre – zumindest teilweise – kompensiert werden, zum Beispiel durch die erwartete Nachzahlung an Regierungsbeamte.

Indirekte Auswirkungen der Haushaltssperre

Weiterhin wirkt sich der Shutdown über eine Reihe von indirekten Effekten auf die Entwicklung der US-Wirtschaft aus. So können negative Vertrauenseffekte der US-Wirtschaft auch langfristig schaden. Die Öffentlichkeit, Analysten und Anleger könnten Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der US-Administration verlieren. Beispielsweise muss die US-Schuldengrenze spätestens im Sommer erneut erhöht werden. Die derzeitige Situation lässt Zweifel zu, ob dieser Prozess reibungslos ablaufen wird.

Es besteht auch die Gefahr, dass sich gut qualifiziertes, vom Shutdown demotiviertes Personal der Bundesbehörden nach alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten umsehen könnte und der US-Regierung so wichtiges Wissen verloren ginge.

Auch die Abwicklung des US-Außenhandels wird durch den Shutdown beeinträchtigt. Die Containerabfertigung wird von den US-Zollbehörden zwar prioritär behandelt, die Bearbeitung von Anträgen für Ausnahmegenehmigungen für Stahl- und Aluminiumimporte ruht nach Presseberichten infolge des Shutdowns jedoch derzeit ganz. Schon vor dem Regierungsstillstand konnte die zuständige Behörde die Flut der Anträge nur langsam bearbeiten, nun kommt es zu weiteren Verzögerungen. Dies könnte sich auch negativ auf die US-Industrieproduktion niederschlagen, weil notwendige Vorleistungsprodukte zu spät geliefert werden.

Weiterhin beeinträchtigen nicht angebotene Dienstleistungen der US-Behörden (wie zum Beispiel Genehmigungsprozesse oder Finanzierungen, aber auch geschlossene Nationalparks und Museen) die US-Wirtschaft. Geplante Börsengänge, wie beispielsweise von Uber, müssen möglicherweise verschoben werden. Zudem findet zurzeit keine Datenerfassung für statistische Berichte zum US-Außenhandel und für die Lage der US-Wirtschaft statt. Somit werden auch die Folgen der Haushaltssperre erst mit einer Zeitverzögerung nachzuvollziehen sein.

Darüber hinaus könnte sich die Verschuldungssituation der privaten Haushalte verschlechtern. Nach einer Studie der amerikanischen Notenbank müssen sich schon in Zeiten ohne Shutdown 40 Prozent der amerikanischen Haushalte Geld leihen oder Wertgegenstände verkaufen, wenn unerwartete Ausgaben von 400 US-Dollar oder mehr (beziehungsweise in diesem Fall unerwartete Einkommensausfälle) auf sie zukommen.

Zudem können die Kompensationszahlungen für US-Farmer, die von chinesischen Zöllen auf US-Agrarprodukte (insbesondere Soja) betroffen sind, derzeit nicht ausbezahlt werden.

Folgen für Deutschland und die Weltwirtschaft

Für deutsche Unternehmen ist insbesondere die reibungslose Grenzabfertigung wichtig. Mehr als die Hälfte der deutschen Exporte in die USA sind Vorleistungs- und Investitionsgüter. Diese sichern US-Produktion und Arbeitsplätze. Sollte es zu Verzögerungen dieser Lieferungen kommen, könnte die Störung der internationalen Wertschöpfungsketten auch zu Produktionsausfällen bei Unternehmen in den USA führen.

Deutsche Stahl- und Aluminiumexporteure müssen länger darauf warten, dass ihre amerikanischen Geschäftspartner Ausnahmegenehmigungen für den Import spezieller Stahl- und Aluminiumprodukte aus Deutschland erhalten.

Grundsätzlich schürt eine andauernde Haushaltssperre Unsicherheit. Diese beeinträchtigt in mittlerer Frist auch internationale Finanzmärkte und könnte somit auch negative Folgen für die Weltwirtschaft haben.

Kontakt: Katrin van Dyken
Referat: USA, Kanada und Mexiko

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Februar 2019

06.02.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Dezember)
07.02.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Dezember)
11./12.02.	Eurogruppe ECOFIN
14.02.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
18.02.	WBF-Rat
21./22.02.	Informeller Handelsministerrat
Ende Februar 2019	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

März 2019

04.03.	Energieministerrat
08.03.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Januar)
11.03.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Januar)
11./12.03.	Eurogruppe/ECOFIN
14.03.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
Ende März 2019	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

April 2019

02.04.	Informeller Energieministerrat (Rumänien)
04.04.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Februar)
05.04.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Februar)
05./06.04.	Informeller ECOFIN-Rat (Rumänien)
12.04.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
12.04.	Informelles Treffen der Kohäsionsminister
Ende April 2019	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:
www.bmwi.de/abo-service



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:

www.bmwi.de/schlaglichter



Grafik des Monats

Der Brexit ...

... ist mit vielen Unwägbarkeiten über die zukünftigen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU verbunden. Ein wichtiger Aspekt ist neben dem Handel die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Dies spiegelt sich auch in der Zahl der Einbürgerungen aus dem Vereinigten Königreich nach Deutschland wider: Im Jahr des Brexit-Votums 2016 erhöhte sich die Zahl der Briten, die die deutsche Staatsbürgerschaft erhielten, um 360 Prozent auf knapp 3.000. Im Jahr 2017 ist die Zahl dann noch einmal deutlich gestiegen, lediglich aus der Türkei wurden in diesem Jahr mehr Personen in Deutschland eingebürgert. Zusammengenommen gab es in den letzten beiden Jahren damit mehr als drei Mal so viele Einbürgerungen von Briten wie im gesamten Zeitraum zwischen 2007 und 2015.

Einbürgerungen aus dem Vereinigten Königreich in Deutschland



Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Die deutsche Wirtschaft ist im vergangenen Jahr um 1,5 % real gewachsen. Dies ist eine Abschwächung gegenüber den ursprünglichen Erwartungen, aber ein solides Ergebnis, das zeigt, dass die deutsche Wirtschaft nach wie vor wächst.
- ▶ Gründe für das geringere Wachstum liegen in einer global abgeschwächten Konjunktur, im Niedrigwasser durch die anhaltende Dürreperiode, in den Absatzproblemen der Automobilindustrie aufgrund der WLTP-Problematik und in dämpfenden Sondereffekten wie der Grippewelle oder Streiks. Die Binnenwirtschaft lieferte rechnerisch die entscheidenden Impulse.
- ▶ Der Sondereffekt WLTP läuft aber allmählich aus und ab dem Jahreswechsel ergeben sich zusätzliche Impulse durch die Umsetzung des Koalitionsvertrages, z. B. durch die Senkung von Steuern und Abgaben oder das Baukindergeld. Das Wachstum setzt sich daher im laufenden Jahr fort.
- ▶ Trotz einer leichten Abschwächung der Auftragsgänge ist der Auftragsbestand weiterhin sehr hoch. Das Baugewerbe befindet sich in der Hochkonjunktur.
- ▶ Die Einkommen steigen und ebenso die Konsumnachfrage der privaten Haushalte.
- ▶ Die Erwerbstätigkeit nimmt weiter zu und der Rückgang der Arbeitslosigkeit setzt sich fort.

Die deutsche Wirtschaft ist im vergangenen Jahr preisbereinigt in einem unruhigen außenwirtschaftlichen Umfeld und trotz der Produktions- und Absatzstörungen bei den Pkw-Herstellern solide um 1,5 % gewachsen, nach +2,2 % im Boomjahr 2017.¹ Die Impulse kamen rechnerisch ausschließlich von der Binnenwirtschaft. Die Ausfuhren nahmen angesichts der geringeren Dynamik der Weltwirtschaft langsamer zu als im Vorjahr und auch weniger als die von der starken Binnenwirtschaft nachgefragten Einfuhren. Die privaten und staatlichen Konsumausgaben wurden spürbar ausgeweitet, aber weniger deutlich als im

Vorjahr. Stärker als im Vorjahr entwickelten sich die Bruttoinvestitionen, wozu neben Investitionen in Ausrüstungen und Bauten auch ein Vorratsaufbau aufgrund des Staus bei den Pkw-Typenzulassungen beitrug. Der Lagerbestand dämpfte auch noch im Jahresendquartal die Erzeugung. Dennoch dürfte die Wirtschaftsleistung im vierten Quartal nach dem Rückgang im dritten wieder zugelegt haben. Die Auftragsgänge in der Industrie zeigen eine Bodenbildung und stärken die Erwartung eines Ausklingens der WLTP-Problematik. Unterstützung erhält die Binnenkonjunktur Anfang des Jahres durch die spürbare Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern bei Steuern und Abgaben sowie die Erhöhung der monetären Sozialleistungen. Die Konjunktur dürfte daher auch zu Jahresbeginn aufwärtsgerichtet bleiben.²

Für die Weltkonjunktur zeichnet sich eine Verlangsamung ihrer Dynamik ab. So startete die industrielle Erzeugung nur schwach ins vierte Quartal 2018. Der Welthandel entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls gedämpft. Der IHS Markit PMI für die globale Industrie lag im Dezember 2018 auf dem niedrigsten Stand seit zwei Jahren. Auch der ifo Index zum Weltwirtschaftsklima gab für das vierte Quartal 2018 eine verhaltene Stimmung wieder. Angesichts der Indikatoren und der derzeitigen Ballung globaler Risiken hat die Weltbank ihre Wachstumsprognose für die globale Konjunktur zuletzt nach unten korrigiert. Insgesamt gehen die internationalen Organisationen in ihren letzten Prognosen von einer weniger dynamischen, aber weiterhin merklich aufwärtsgerichteten Entwicklung der Weltwirtschaft aus.

Dies zeigt sich auch in den Zahlen zu den deutschen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen. So nahmen die Exporte im November saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen um 1,6 % ab. Im Zweimonatsvergleich Oktober/November gegenüber August/September sind die Ausfuhren nominal leicht gestiegen (+0,9 %). Preisbereinigt dürfte diese Steigerung jedoch geringer ausfallen. Die ifo Exporterwartungen fielen auf ein Zwei-Jahres-Tief. Die nominalen Importe von Waren und Dienstleistungen gingen im November saisonbereinigt um 1,0 % zurück. Im Zweimonatsvergleich ergab sich ein Plus von 1,3 %. Bei steigenden Importpreisen dürfte sich preisbereinigt aber auch hier ein schwächerer Anstieg ergeben. Insgesamt deuten die Indikatoren auf eine verhaltene Entwicklung der Ausfuhren in den kommenden Monaten hin.

Bei der Produktion im Produzierenden Gewerbe ist es im November zu einer weiteren Abschwächung gekommen,

1 Meldung des Statistischen Bundesamtes zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2018 vom 15. Januar 2019.

2 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. Januar 2019 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie kalender- und saisonbereinigter Daten.

wozu auch Brückentage mit beigetragen haben. Die Erzeugung in der Industrie ging im November um 1,8% und im Zweimonatsvergleich um 1,5% zurück. Die Produktion im Baugewerbe wurde im November ebenfalls eingeschränkt (-1,7%). Im Zweimonatsvergleich ergab sich hier ein Minus von 0,9%. Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe verringerten sich im November um 1,0% und im Zweimonatsvergleich um 0,3%. Damit lagen sie gleichwohl in den letzten beiden Monaten rd. ½ Prozentpunkt über ihrem durchschnittlichen Niveau im dritten Quartal. Dies spricht zusammen mit dem hohen Auftragspolster mit einer Reichweite von 5,5 Monaten dafür, dass die Industriekonjunktur wieder etwas an Schwung gewinnt. Der gewichtige Wirtschaftsbereich Kfz/Kfz-Teile konnte zudem in Oktober und November deutlich mehr Bestellungen verbuchen (+4,1% bzw. +4,5%).

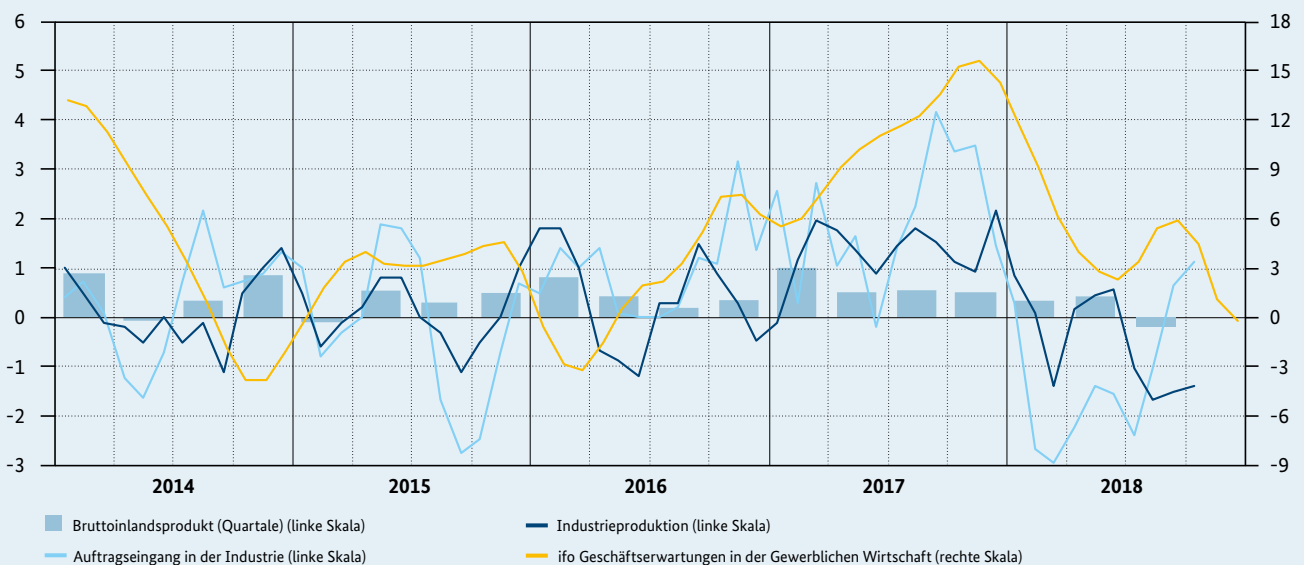
Angesichts der guten Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung stiegen die Konsumausgaben der privaten Haushalte im Jahr 2018 zwar spürbar um 1,0%, aber doch weniger stark als ihre real verfügbaren Einkommen. Nach den Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes ist die Sparquote der privaten Haushalte im Jahr 2018 um 0,4 Prozentpunkte angestiegen, was im Gegenzug die Konsumausgaben dämpfte. Nach der negativen Entwicklung im 3. Quartal nahmen aber die Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz) im Oktober und November wieder deutlich zu (+0,8% bzw. +1,6%). Vor dem Hintergrund der WLTP-Problematik waren die

Neuzulassungen von Pkw bei privaten Haltergruppen auch im vierten Quartal insgesamt niedriger als in den Vorquartalen. Hier ist aber eine Trendwende eingetreten. Seit Oktober nehmen die Zulassungszahlen monatlich wieder spürbar zu. Für eine positive Entwicklung des privaten Konsums in den kommenden Monaten spricht außerdem der weitere Anstieg der verfügbaren Einkommen, der zum Jahreswechsel durch die Entlastungen bei Steuern und Abgaben zusätzlichen Schub erhielt.

Vom Arbeitsmarkt kamen zum Jahresende 2018 weiterhin positive Nachrichten. Die Erwerbstätigkeit wurde im November auf über 45,2 Mio. Personen ausgeweitet. Saisonbereinigt lag der Zuwachs zum Vormonat mit 34.000 Personen im Mittel der letzten Monate. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm nach einem schwachen Vormonat kräftig zu. Die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften bleibt in vielen Sektoren sehr hoch, es gibt aber Anzeichen, so aus der Arbeitnehmerüberlassung und dem Baugewerbe, für eine etwas ruhigere Gangart. Die Zahl der Arbeitslosen nahm im Dezember saisonbereinigt um 14.000 Personen ab; in Ursprungszahlen stieg sie weniger stark als jahreszeitlich üblich auf knapp über 2,2 Mio. Personen. Damit erhöhte sich auch die Arbeitslosenquote leicht auf 4,9%. Die Langzeitarbeitslosigkeit geht kontinuierlich zurück, der Vorjahresstand wurde um mehr als 11% unterschritten. Die Stärkung der Wirtschaftskraft strukturschwacher Regionen bleibt eine Herausforderung.

Konjunktur auf einen Blick*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



* zentrierte gleitende 3-Monats-Durchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quellen: StBA, BBk, ifo Institut.

Jahreswirtschaftsbericht 2019: Soziale Marktwirtschaft stärken

Wachstumspotenziale heben, Wettbewerbsfähigkeit erhöhen

Das Bundeskabinett hat am 30. Januar den Jahreswirtschaftsbericht 2019 beschlossen. Die deutsche Wirtschaft setzt ihren Wachstumskurs fort, allerdings mit reduziertem Tempo. Die Bundesregierung trägt mit zahlreichen Maßnahmen dazu bei, Wachstumspotenziale zu heben und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu steigern.

SOZIALE MARKT WIRTSCHAFT

Deutschland 2019: Wirtschaftliche Entwicklung bleibt aufwärtsgerichtet

Die deutsche Wirtschaft befindet sich das zehnte Jahr in Folge auf Wachstumskurs, wie der Jahreswirtschaftsbericht 2019 darlegt. Allerdings dürfte sich die konjunkturelle Grunddynamik gegenüber dem Vorjahr merklich verlangsamen. Nach einem Wachstum von 1,5 Prozent im Jahr 2018 erwartet die Bundesregierung für dieses Jahr eine Steigerung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 1,0 Prozent (Übersicht 1). Die solide binnenwirtschaftliche Entwicklung bleibt hierfür eine wichtige Basis. Die Beschäftigung, die Einkommen und damit die Konsummöglichkeiten der Menschen nehmen weiter spürbar zu. Die Arbeitslosenquote wird im Jahr 2019 voraussichtlich auf 4,9 Prozent sinken, die Zahl der Beschäftigten weiter auf 45,2 Millionen steigen. Die Nettolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer steigen im Jahr 2019 um 4,8 Prozent, wozu auch die Entlastungen bei Steuern und Abgaben beitragen. Dabei setzt das niedrige Zinsumfeld spürbare Impulse insbesondere in der Bauwirt-

schaft. Die expansiv ausgerichtete Fiskalpolitik regt die Konjunktur zusätzlich an. Insgesamt bleibt die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland aufwärtsgerichtet, sie ist aber in unruhigeres Fahrwasser geraten. Die Risiken, vornehmlich aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld, haben sich erhöht. Dies ist ein Grund dafür, dass sich das Wachstumstempo 2019 im Vergleich zum Vorjahr reduziert.

Wirtschaftspolitik stellt Weichen

Die wirtschaftlichen Erfolge der vergangenen Jahre stehen in der Kontinuität der siebzigjährigen Erfolgsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft. Allerdings ist zu beachten, dass sich die wirtschaftlichen Chancen und Risiken im Laufe der Zeit geändert haben. Gegenwärtig kommt der Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft eine herausragende Bedeutung zu. Auch die Globalisierung birgt neben großen Chancen in jüngerer Zeit Herausforderungen und Risiken. Insbesondere protektionistische Tendenzen bilden ein Risiko für

eine offene und auf den freien Welthandel angewiesene Volkswirtschaft. Ferner stellt der Klimawandel Deutschland und die internationale Gemeinschaft vor große Herausforderungen. Die demografische Entwicklung geht einher mit einem sinkenden Erwerbspersonenpotenzial und zunehmenden Anforderungen an Alterssicherung, Gesundheitsversorgung und Pflege. Mit Blick auf diese Herausforderungen stellt die Bundesregierung strukturelle Weichen, um die Soziale Marktwirtschaft zu stärken und zukunftsfest zu machen.

Freiräume schaffen, Teilhabe ermöglichen

Die Soziale Marktwirtschaft lebt vom Einsatz und der Produktivität ihrer Akteure. Deswegen muss die Wirtschaftspolitik Anreize so setzen, dass Leistungsträger – Unternehmer wie Beschäftigte – die Früchte ihres ökonomischen Engagements ernten können. So werden Finanzspielräume insbesondere auch durch Entlastungen bei Steuern und Sozialabgaben dafür genutzt, nachhaltiges Wachstum zu sichern und den sozialen Zusammenhalt weiter zu stärken. Die Bundesregierung will die Sozialversicherungsabgaben unter der Marke von 40 Prozent halten. In diesem Zusammenhang hat sie die Erhöhung des Pflegebeitragssatzes durch eine Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung ausgeglichen. Mit dem Familienentlastungsgesetz werden die verfügbaren Einkommen von Bürgerinnen und Bürgern erhöht: Der Grundfreibetrag wird an das gestie-

gene Existenzminimum angepasst und die kalte Progression ausgeglichen; außerdem werden Kindergeld und Kinderfreibetrag angehoben. Allein mit dem Familienentlastungsgesetz ergibt sich in den Jahren 2019 und 2020 eine Entlastung in Höhe von 9,8 Milliarden Euro bei voller Jahreswirkung.

Für Unternehmen wird die Bundesregierung wachstumsfreundliche und faire steuerliche Rahmenbedingungen nachhaltig sicherstellen. Hierfür enthält der Koalitionsvertrag mit der Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung eine erste wichtige Maßnahme zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Die Bundesregierung wird dazu im ersten Halbjahr 2019 einen Gesetzentwurf vorlegen. Darüber hinaus überprüft die Bundesregierung das Unternehmenssteuerrecht laufend auf Anpassungsbedarf an veränderte Rahmenbedingungen, insbesondere mit Blick auf kleine und mittlere Unternehmen. Ein wichtiger Bestandteil ist die Abschaffung des Solidaritätszuschlags, beginnend mit einem deutlichen ersten Schritt für 90 Prozent der Zahler des Solidaritätszuschlags, um die Gesamtsteuerbelastung für Bürgerinnen und Bürger zu senken.

„Wohlstand für alle“ bedeutet auch, dass alle Regionen Deutschlands am wirtschaftlichen Aufschwung teilhaben müssen. Auch um neue regionalpolitische Impulse zu setzen, hat die Bundesregierung die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ eingesetzt, die am 26. Januar einen Abschlussbericht vorgelegt hat. Ferner soll die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ insbe-

Übersicht 1: Ausgewählte Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland¹

	2017	2018	Jahresprojektion 2019
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent, soweit nicht anders angegeben			
ENTSTEHUNG des Bruttoinlandsprodukts (BIP)			
BIP (preisbereinigt)	2,2	1,5	1,0
Erwerbstätige (im Inland)	1,4	1,3	0,9
Arbeitslosenquote in Prozent (Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit – BA) ²	5,7	5,2	4,9
VERWENDUNG des BIP preisbereinigt (real)			
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	1,8	1,0	1,3
Ausrüstungen	3,7	4,5	2,3
Bauten	2,9	3,0	2,9
Inlandsnachfrage	2,0	1,8	1,4
Exporte	4,6	2,4	2,7
Importe	4,8	3,4	4,0
Außenbeitrag (Impuls) ³	0,3	-0,2	-0,3
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	2,5	3,2	3,1

1 Bis 2018 vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 2019.

2 Bezogen auf alle Erwerbspersonen.

3 Absolute Veränderung des Außenbeitrags in Prozent des BIP des Vorjahres (= Beitrag zur Zuwachsrate des BIP).

sondere ein gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen für die Zeit nach dem Auslaufen des Solidarpaktes II zum Jahresende 2019 erarbeiten.

Solide Finanzpolitik fortsetzen, Investitionen fördern

Seit dem Jahr 2014 hat der Bund keine neuen Schulden aufgenommen. Die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote sinkt seit 2013 kontinuierlich und wird gemäß der aktuellen Projektion der Bundesregierung in diesem Jahr unterhalb des Maastricht-Grenzwerts in Höhe von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen. Unterstützt hat diese Entwicklung neben einer guten konjunkturellen Lage auch das sehr günstige Zinsniveau. Die Bundesregierung trägt mit einem ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden zu den soliden Staatsfinanzen bei. Gleichzeitig sieht der Bundshaushalt in den kommenden Jahren deutlich höhere Investitionsausgaben gegenüber der vergangenen Legislaturperiode vor. Die Investitionsausgaben des Bundes sollen laut Finanzplanung im Zeitraum 2018 bis 2021 mit insgesamt 154,5 Milliarden Euro ein Rekordniveau erreichen (Abbildung 1).

Allein durch die im Jahr 2018 beschlossenen Maßnahmen wird der Bund die Länder und Kommunen im Bereich der Sozialabgaben und der kommunalen Investitionstätigkeit bis zum Jahr 2022 in Höhe von rund 29 Milliarden Euro

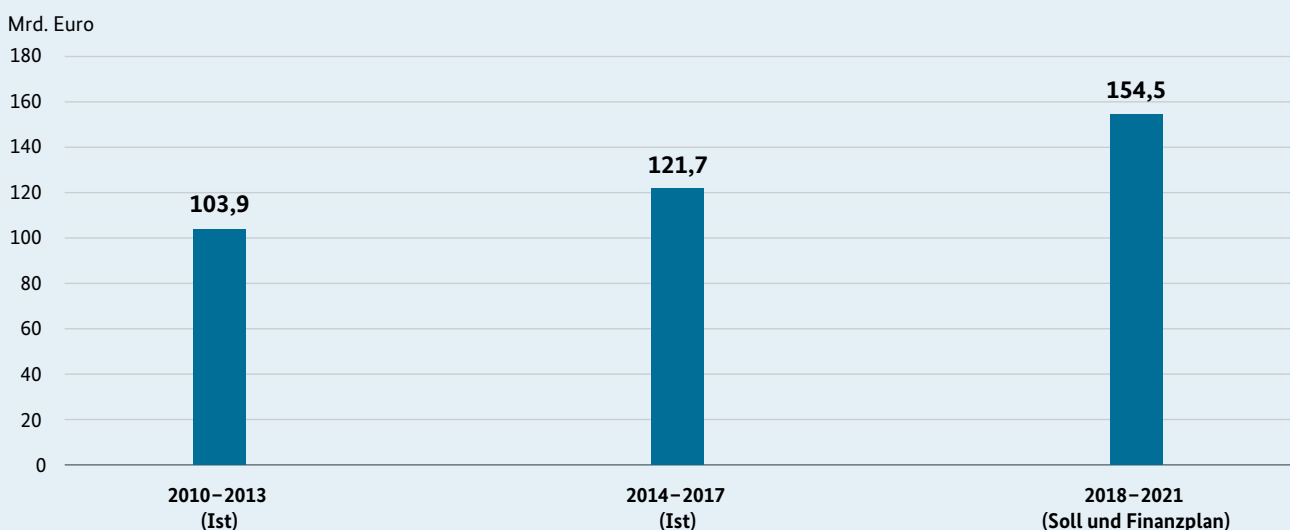
entlasten. Dies betrifft unter anderem die Bereiche Migrationskosten (6,3 Milliarden Euro), Gemeindeverkehrsfinanzierung (1,7 Milliarden Euro), Kindertagesstätten (5,5 Milliarden Euro), Ganztagschulen/-betreuung für Kinder im Grundschulalter (2 Milliarden Euro ab 2020) und Sozialer Wohnungsbau einschließlich Kompensationsmittel (zusätzlich 2,5 Milliarden Euro für 2019 bis 2021). Die Bundesregierung hat ferner die einfachgesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, Länder und Kommunen auch in Zukunft gezielt beim Ausbau der digitalen Infrastruktur zu unterstützen.

Digitalen Wandel vorantreiben

Der digitale Wandel bietet große Chancen, den Wohlstand und die Lebensqualität zu steigern und die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen zu erhöhen. Um den Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft im digitalen Zeitalter langfristig zu sichern, hat die Bundesregierung die Umsetzungsstrategie „Digitalisierung gestalten“ verabschiedet, die die prioritären Digitalisierungsvorhaben aller Ressorts in fünf Handlungsfeldern zusammenführt (Abbildung 2).

Grundvoraussetzung für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit ist eine flächendeckende und hochleistungsfähige digitale Infrastruktur. Der möglichst flächendeckende Ausbau von Gigabitnetzen bis zum Jahr 2025 erfordert vor allem

Abbildung 1: Investitionsausgaben des Bundes (2010 – 2021)



Quelle: Bundesministerium der Finanzen. Ohne Zuführung an den ESM (2012–2014); in 2018 einschließlich der Zuweisung an das Sondervermögen „Digitale Infrastruktur“ (2,4 Mrd. Euro); ab 2020 ohne Entflechtungsmittel (Länder erhalten diese dann über Umsatzsteueranteile).

erhebliche Investitionen der Privatwirtschaft. Im Rahmen der Novelle des Telekommunikationsgesetzes sollen innovations- und investitionsfreundlichere, aber gleichzeitig auch wettbewerbssichernde Regulierungsbedingungen geschaffen werden. Für den Ausbau von Gigabitnetzen in unwirtschaftlichen Gebieten werden Mittel im Sondervermögen „Digitale Infrastruktur“ bereitgestellt werden. Bei der 2019 anstehenden Frequenzversteigerung werden verpflichtende Ausbauauflagen erlassen, durch die insbesondere die Mobilfunk-Versorgung entlang der Verkehrswege in den Blick genommen und der Aufbau von 5G-Netzen dynamisch vorangetrieben wird.

Die Digitalisierung stellt gerade kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Handwerksbetriebe vor enorme Herausforderungen, insbesondere mit Blick auf Produktions- und Arbeitsprozesse und die Weiterbildung von Mitarbeitern. Mit dem Förderschwerpunkt „Mittelstand-Digital“ wird die digitale Transformation der Wertschöpfungsprozesse unterstützt. Mit einem neuen Förderprogramm „Investitionszuschuss Digitalisierung im Mittelstand“ sollen gezielt Anreize geschaffen werden, um digitale Geschäftsprozesse zu verbessern und neue Geschäftsmodelle zu generieren. Die Bundesregierung wird außerdem die digitale Transformation der Industrie weiter mit geeigneten Maßnahmen unterstützen. Dazu wird die Plattform „Industrie 4.0“ zielgerichtet inhaltlich weiter ausgebaut.

Digitale Ordnungspolitik gestalten

Eine moderne und effektive digitale Ordnungspolitik ist notwendig, um die Innovationskräfte des Marktes zur Entfaltung zu bringen – und gleichzeitig die Digitalisierung wettbewerbskonform und sozial nachhaltig zu gestalten. Um das deutsche und europäische Wettbewerbsrecht für die Herausforderungen der Digitalisierung fit zu machen, hat die Bundesregierung mit der Vorbereitung der 10. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) begonnen und außerdem die „Kommission Wettbewerbsrecht 4.0“ eingesetzt. Die Bundesregierung setzt außerdem verstärkt auf Reallabore als Testräume für Regulierung und Innovation. In solchen Reallaboren werden innovative Technologien und Geschäftsmodelle in einem zeitlich befristeten, geographisch abgegrenzten sowie gegebenenfalls rechtlich angepassten Raum (Experimentierklauseln, Sondergenehmigungen etc.) ergebnisoffen getestet.

Schlüsseltechnologien gemeinsam mit der Wirtschaft voranbringen

In der Sozialen Marktwirtschaft unterstützt und flankiert der Staat die Entscheidungen privater Akteure und Marktprozesse durch die Gestaltung von verlässlichen Rahmenbedingungen, die den Wettbewerb sichern. Ein darüber

Abbildung 2: Handlungsfelder der Umsetzungsstrategie „Digitalisierung gestalten“



Quelle: Bundesregierung.

hinausgehendes staatliches Engagement in einzelnen Branchen kann insbesondere dann gerechtfertigt sein, wenn es darum geht, im internationalen Vergleich faire Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten oder die Grundlagenforschung zu fördern. Das ist unter anderem beim Aufbau einer europäischen Batteriezellfertigung, bei der Künstlichen Intelligenz und der Bioökonomie der Fall. Diese Technologien können maßgeblich zur Sicherung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beitragen. Vor diesem Hintergrund wird die Bundesregierung eine industriepolitische Strategie vorlegen, um Schlüsseltechnologien gezielt zu stärken und die technologische Souveränität in zentralen Technologiefeldern zu wahren.

Unternehmensgründungen fördern, Forschung unterstützen

Ein wichtiges Element zur Aufrechterhaltung der marktwirtschaftlichen Dynamik ist das kontinuierliche Nachrücken neuer Unternehmen mit innovativen Produkten und Geschäftsmodellen. Die Bundesregierung hat daher eine Gründungsoffensive gestartet und stellt für innovative Unternehmensgründungen im Jahr 2019 zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung. Sie setzt sich für eine neue Gründungskultur und gründungsfördernde Strukturen in Wissenschaft und Forschung ein. Darüber hinaus soll mit der

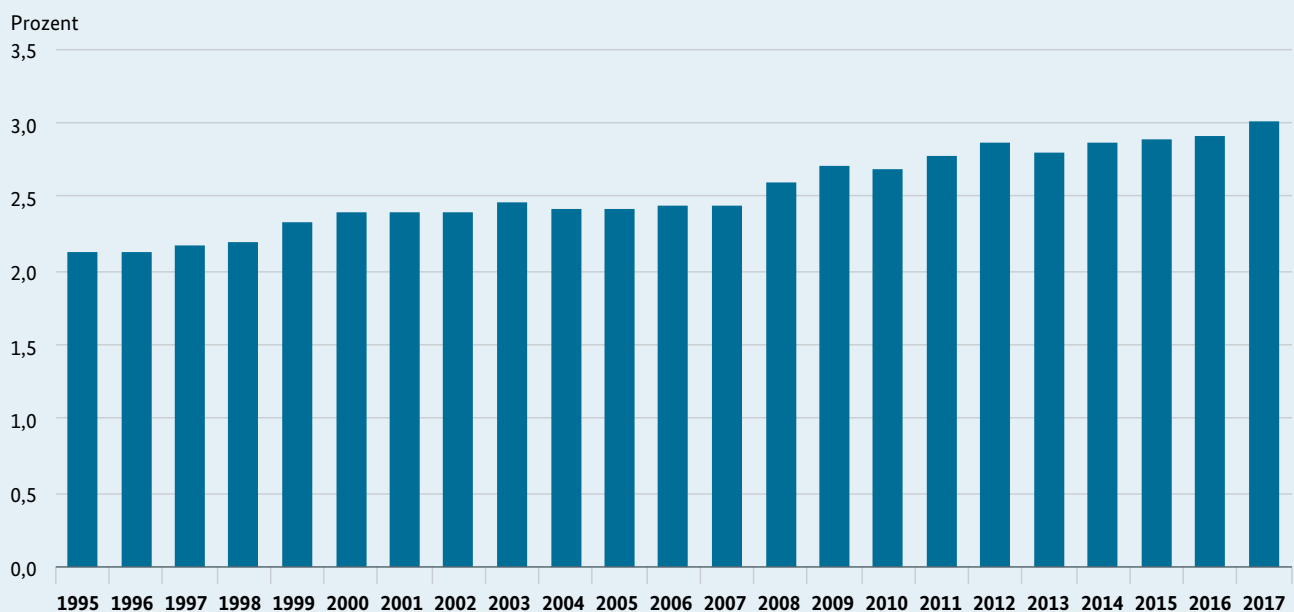
neuen KfW-Beteiligungsgesellschaft „KfW Capital“ der Markt für Wagniskapital weiterentwickelt werden.

Darüber hinaus ist die Förderung von Forschung und Entwicklung ein prioritäres Ziel der Bundesregierung. Die Bundesregierung flankiert Initiativen der privaten Wirtschaftsteilnehmer auch im Rahmen der Gründung einer Agentur für Sprunginnovationen. Geplant ist außerdem eine Initiative zur Verbesserung des Technologietransfers. Die High-tech-Strategie 2025 soll das politische Ziel strategisch untermauern, die privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung bis 2025 auf 3,5 Prozent des BIP zu steigern (Abbildung 3).

Fachkräftebedarf decken

Der Arbeitsmarkt präsentiert sich insgesamt in der besten Verfassung seit der Wiedervereinigung. In Bezug auf bestimmte Qualifikationen, Regionen und Branchen treten allerdings Fachkräfteengpässe auf. Dies betrifft insbesondere Gesundheits- und Pflegeberufe sowie einzelne technische Berufsfelder und das Handwerk. Die Mobilisierung von Fachkräften wird deshalb immer stärker zu einer Herausforderung für die Soziale Marktwirtschaft. Die Bundesregierung verfolgt deswegen eine Fachkräftestrategie, die auf drei Säulen beruht: Erstens geht es darum, Menschen

Abbildung 3: Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt



Quelle: Eurostat (Daten für 2017 vorläufig).

im Inland für den Arbeitsmarkt zu gewinnen und besser zu qualifizieren, zweitens geht es um die Nutzung der Möglichkeiten der Freizügigkeit von Fachkräften aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union und drittens um eine Gewinnung qualifizierter Fachkräfte aus Drittstaaten. Auch um das inländische Erwerbspersonenpotenzial noch stärker auszuschöpfen, hat der Deutsche Bundestag das Qualifizierungschancengesetz beschlossen. Dieses baut die Förderung von Weiterbildungsmöglichkeiten für Beschäftigte und Arbeitslose aus, damit sie angesichts des technologischen Wandels ihre Kompetenzen fortentwickeln können. Darüber hinaus eröffnet das Teilhabechancengesetz Langzeitarbeitslosen neue Perspektiven zur Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt durch Lohnkostenzuschüsse sowie intensive Betreuung und Qualifizierung.

Über die Nutzung inländischer und europäischer Fachkräftepotenziale hinaus muss Deutschland noch attraktiver werden für qualifizierte Fachkräfte aus Drittstaaten. Ziel des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes ist deshalb ein zeitgemäßer Steuerungs- und Ordnungsrahmen für den Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte. Außerdem sollen die Anerkennung ausländischer Abschlüsse und die Förderung der deutschen Sprache im In- und Ausland verbessert, eine Strategie zur Fachkräftegewinnung gemeinsam mit der Wirtschaft erarbeitet und Verwaltungsverfahren effizienter und transparenter gestaltet werden.

Soziale Sicherung zukunftsorientiert aufstellen

Die demografische Entwicklung stellt auch für die soziale Sicherung eine große Herausforderung dar. Die Bundesregierung hat ein Rentenpaket beschlossen, das Leistungsverbesserungen bei Erwerbsminderung und für erbrachte Kindererziehungszeiten ebenso umfasst wie eine Reduktion der Abgabenlast von Geringverdienern. Ferner sollen der Beitragssatz zur Rentenversicherung bis zum Jahr 2025 nicht über 20 Prozent steigen und das Rentenniveau nicht unter 48 Prozent sinken. Der Umgang mit langfristigen Herausforderungen im Kontext der Alterssicherung ist Gegenstand einer von der Bundesregierung eingesetzten Kommission „Verlässlicher Generationenvertrag“. In der Arbeitslosenversicherung werden die Beitragszahler entlastet; so wurde der Beitragssatz per Gesetz um 0,4 Prozentpunkte und per Verordnung um zusätzliche 0,1 Prozentpunkte befristet bis Ende des Jahres 2022 gesenkt. Seit dem 1. Januar 2019 liegt der Arbeitslosenversicherungsbeitrag damit bei 2,5 Prozent. Darüber hinaus hat die Bundesregierung mit der Rückkehr zur paritätischen Finanzierung und der Senkung der Mindestbeiträge für freiwillig in der Gesetzlichen Krankenversi-

cherung (GKV) versicherte Selbständige weitere Maßnahmen zur Entlastung von Beitragszahlern ergriffen. Gleichzeitig hat die Bundesregierung eine Anhebung des Pflegebeitragsatzes um 0,5 Prozentpunkte beschlossen. So können wichtige Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Pflegebedürftigen finanziert sowie die Arbeitsbedingungen von Pflegekräften attraktiver gestaltet werden, um mehr Menschen für den Pflegeberuf zu gewinnen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

Eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf trägt ebenfalls zur Sicherung und Gewinnung von Fachkräften bei. So hat die Bundesregierung zur Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuung das „Gute-KiTa-Gesetz“ auf den Weg gebracht, das auch einen Beitrag zu gleichwertigen Lebensverhältnissen im Bereich frühkindlicher Bildung und zu mehr Chancengleichheit für Kinder leisten soll. Insgesamt stellt der Bund den Ländern bis 2022 hierfür 5,5 Milliarden Euro für festgelegte Handlungsfelder zur Verfügung. Das „Gesetz zur Weiterentwicklung des Teilzeitrechts – Einführung einer Brückenteilzeit“, das 2019 in Kraft getreten ist, stellt insbesondere sicher, dass Arbeitnehmer nach einer zeitlich begrenzten Teilzeitbeschäftigung wieder zu ihrer früheren Arbeitszeit zurückkehren können.

Lebenswerte Städte, attraktive Regionen und bezahlbares Wohnen sicherstellen

Für das Leben und Arbeiten sowie den Zusammenhalt der Gesellschaft sind lebenswerte Städte, attraktive Regionen und bezahlbarer Wohnraum elementar. Die Bundesregierung hat im September 2018 Eckpunkte einer Wohnraumoffensive beschlossen. Darüber hinaus sieht die Bundesregierung unter anderem eine Stärkung des sozialen Wohnungsbaus, die steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus durch Einführung einer Sonderabschreibung sowie ein Baukindergeld vor. Mit einer Wohngeldreform 2020 soll das Wohngeld verbessert werden. Die Bundesregierung strebt darüber hinaus eine zeitnahe Reform der Grundsteuer an.

Energie- und Klimaschutz marktwirtschaftlich vorantreiben

Die Energiewende stellt eine zentrale, langfristige Gestaltungsaufgabe für den Standort Deutschland und die Soziale Marktwirtschaft dar. Die Bundesregierung will sowohl die Energie- und Klimaziele auf nationaler und europäischer

Ebene erfüllen als auch die Verpflichtungen, die sich aus dem internationalen Klimaschutzabkommen von Paris ergeben. Im Jahr 2018 betrug der Anteil erneuerbarer Energien an der Bruttostromerzeugung bereits 35,2 Prozent (Abbildung 4). Bis zum Jahr 2030 strebt die Bundesregierung eine Erhöhung des Erneuerbaren-Anteils im Stromsektor auf etwa 65 Prozent an.

Der Paradigmenwechsel von staatlich administrierten Festpreisvergütungen hin zu wettbewerblich ermittelten Fördersätzen hat seit 2017 zu mehr Wettbewerb und einem kosteneffizienteren Ausbau der erneuerbaren Energien geführt. Insgesamt ist es gelungen, den Strompreis für private Haushaltskunden zu stabilisieren (Abbildung 5).

Stromnetzausbau beschleunigen

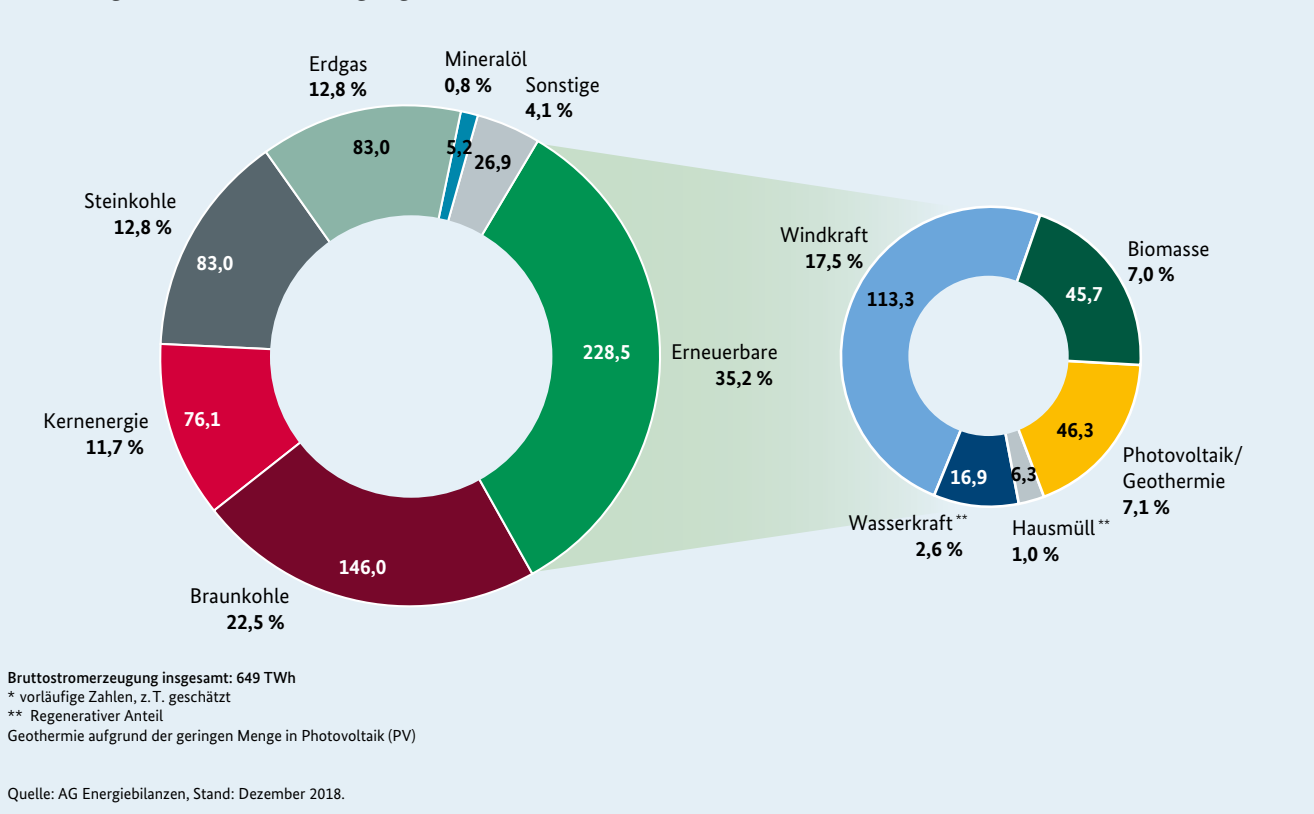
Wesentlich für den Erfolg der Energiewende ist der Netzausbau, der bisher nicht mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien Schritt hält. Daher muss das Stromnetz optimiert, verstärkt und ausgebaut werden. Zudem muss der Ausbau der erneuerbaren Energien besser mit dem Netzausbau synchronisiert erfolgen. Hierfür ist die Aufnahmefähigkeit

der Stromnetze zentral. Um den Netzausbau zu beschleunigen und das bestehende Netz besser auszulasten, hat die Bundesregierung in Konkretisierung des Aktionsplans Stromnetz unter anderem einen Entwurf für ein novelliertes Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG 2.0) vorgelegt. Mit der Verordnung zur schrittweisen Einführung bundeseinheitlicher Übertragungsnetzentgelte hat die Bundesregierung zudem einen Schritt für eine sachgerechtere Verteilung der Netzausbaukosten eingeleitet.

Energieeffizienz als zentraler Baustein der Energiewende

Energie effizienter einzusetzen und einzusparen ist ein zentraler Baustein der Energiewende. Die Bundesregierung wird daher eine sektorenübergreifende Energieeffizienzstrategie verabschieden. Diese soll konkrete Maßnahmen enthalten, um den deutschen Beitrag zum EU-Energieeffizienzziel für das Jahr 2030 zu erreichen, und auch einen langfristigen Fahrplan zur Halbierung des Energieverbrauchs bis zum Jahr 2050. Die Bundesregierung plant, das Energieeinsparrecht für Gebäude durch ein Gebäudeenergiegesetz zu novellieren. Zudem prüft die Bundesregierung

Abbildung 4: Bruttostromerzeugung in Deutschland 2018 in Terawattstunden (TWh)*



verschiedene Ausgestaltungsoptionen zur Einführung der im Koalitionsvertrag als prioritäre Maßnahme vereinbarten steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung, auch unter Berücksichtigung der haushaltspolitischen Vorgaben des Koalitionsvertrags, um die energie- und klimapolitischen Ziele im Gebäudebereich zu erreichen. Mit Hilfe einer „Förderstrategie Energieeffizienz und Wärme aus erneuerbaren Energien“ soll die Förderung noch zielgerichteter und der Zugang zur Förderung vereinfacht werden.

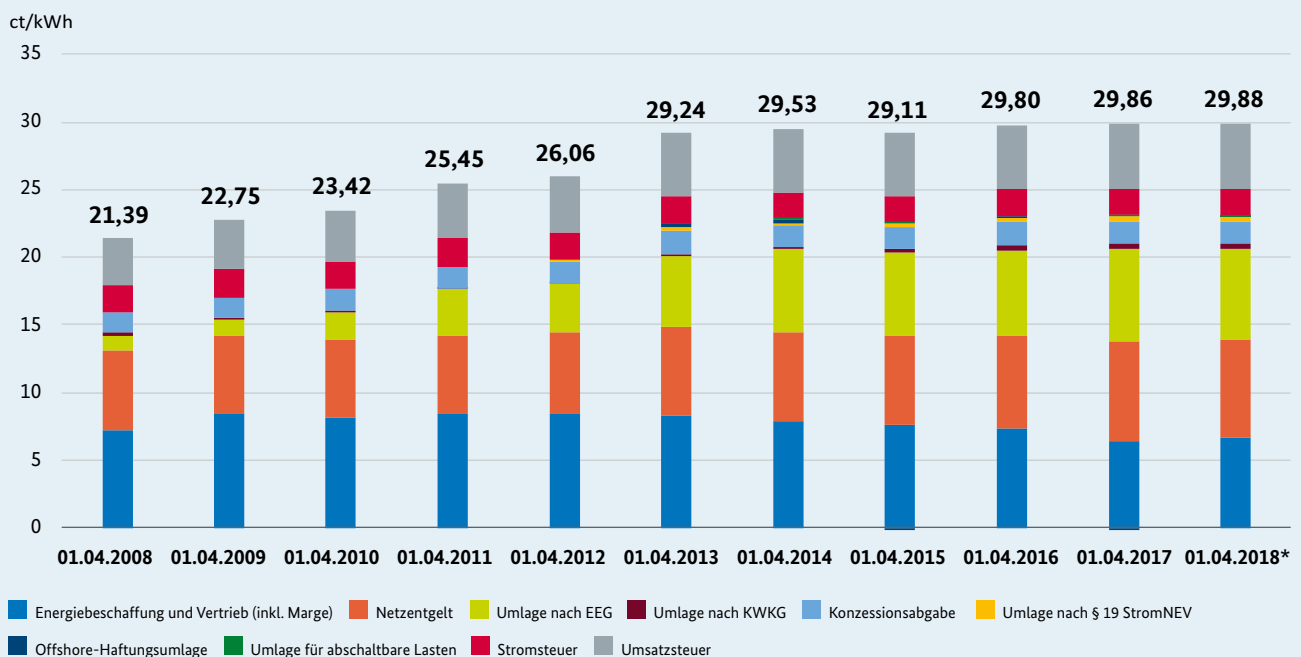
Europa gestalten und die Finanzmärkte zukunftsfest machen

Die Soziale Marktwirtschaft Deutschlands ist eng eingebettet in den europäischen Kontext. Allerdings steht Europa vor großen Herausforderungen. Hierzu gehören aktuell insbesondere der Brexit sowie die Frage der zukünftigen Gestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion. Eine zentrale Voraussetzung für eine zukunftsfähige Europäische Union ist ein wettbewerbsfähiger und krisenfester Euroraum. Die Mitgliedstaaten haben sich auf dem Eurogipfel im Dezember 2018 daher auf ein umfassendes Reformpaket zur Stär-

kung der Wirtschafts- und Währungsunion geeinigt. Gemeinsam mit Frankreich hat sich die Bundesregierung aktiv in diesen Reformprozess eingebracht. Für die Bundesregierung war hierbei die Fortentwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), der Mitgliedstaaten der Währungsunion unter strikten Auflagen Stabilitätshilfen gewähren kann, ein besonderes Anliegen.

Die Bundesregierung begrüßt den Fokus auf Innovationen und Investitionen im Vorschlag der Europäischen Kommission für den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU für die Jahre 2021 bis 2027. Ein Element neben dem künftigen Forschungsrahmenprogramm sind die hohen Innovations- und Forschungsanteile beim Ansatz für die Kohäsionspolitik, aber auch in anderen Haushaltslinien. Dazu gehört außerdem die Fortführung des Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI), der künftig zusammengefasst mit anderen Finanzinstrumenten im neuen Programm „InvestEU“ aufgehen wird. Wichtig bleibt dabei sicherzustellen, dass es sich um zusätzliche Investitionen handelt, und insgesamt ein investitionsfreundliches Umfeld zu schaffen. Die Europäische Kommission hat ferner Vorschläge gemacht, um die Umsetzung von Strukturreformen in den Mitgliedstaaten zu unterstützen. Die Bundesregierung

Abbildung 5: Entwicklung der Strompreise für private Haushaltskunden



* Der Wert für 2018 ist vorläufig.

Quelle: Bundesnetzagentur. Die Daten wurden jeweils zum Stichtag 1. April ermittelt.

unterstützt dieses Anliegen, auch wenn zu einzelnen Vorschlägen noch Fragen zu klären sind.

In diesem Jahr wird es nun insbesondere darum gehen, die Beschlüsse des Eurogipfels im Dezember 2018 umzusetzen. Die Bundesregierung bedauert den Entschluss des Vereinigten Königreichs, aus der EU auszutreten. Sie begrüßt die Einigung auf ein Austrittsabkommen sowie auf eine politische Erklärung über den Rahmen der zukünftigen Beziehungen, setzt sich weiter für einen geordneten EU-Austritt des Vereinigten Königreiches ein und strebt auf Basis der Leitlinien des Europäischen Rates ein auch zukünftig enges Verhältnis der EU mit dem Vereinigten Königreich an.

Globalisierung nutzen, internationalen Wettbewerb fair gestalten

Der globale Handel trägt maßgeblich zu Wohlstand, Wachstum und Beschäftigung bei. Gerade für das Exportland Deutschland sind offene Märkte von besonderer Bedeutung. Voraussetzung für die wohlstandssteigernden Effekte der Globalisierung sind daneben auch Regelgebundenheit und einheitliche Wettbewerbsbedingungen bei Handel und Investitionen. Vor diesem Hintergrund tritt die Bundesregierung protektionistischen Tendenzen entgegen und setzt sich für die Stärkung und Modernisierung des multilatera-

len Handelssystems der Welthandelsorganisation (WTO) als Ordnungsrahmen für einen regelbasierten Welthandel ein. Ergänzend unterstützt die Bundesregierung bilaterale Freihandelsabkommen der EU, durch die Handels- und Investitionshemmnisse beseitigt und gleichzeitig hohe Standards verbindlich vereinbart werden.

Offene Märkte sind nicht nur mit Blick auf den Handel wichtig, sondern auch für Investitionen und Kapitalflüsse. Dabei gilt es, europäische beziehungsweise nationale Sicherheitsbelange bei ausländischen Direktinvestitionen zu berücksichtigen und einheitliche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass sich die EU-Mitgliedstaaten wirksamer insbesondere vor staatlich gelenkten Direktinvestitionen aus Drittstaaten in sicherheitsrelevante Unternehmen schützen können. Gleichzeitig entwickelt sie das nationale Prüfinstrumentarium weiter, um verstärkt Sicherheitsbelange bei ausländischen Direktinvestitionen angemessen berücksichtigen zu können.

Kontakt: Sven Bergschmidt, Dr. Ulrike Bramburger,
Dr. Tobias Meyer und Dr. Kenan Šehović
Referat: Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik

Kinderzuschlag und Midijob-Gleitzone

Welche Anreiz- und Verteilungswirkungen haben verschiedene Reformoptionen?

Ein Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie hat untersucht, wie sich Reformen der sogenannten Gleitzone („Midijobs“) und des Kinderzuschlags auf die Einkommen privater Haushalte und die öffentlichen Finanzen auswirken. Auch die Wirkungen der von der Regierungskoalition tatsächlich auf den Weg gebrachten Veränderungen können dadurch abgeschätzt werden.



Die Abgabenbelastung von kleinen und mittleren Einkommen ist in Deutschland im internationalen Vergleich recht hoch. Nach Berechnungen der OECD liegt sie für Geringverdiener nur in Belgien und Ungarn noch höher. Der überwiegende Teil der Abgabenlast ist auf vergleichsweise hohe Sozialversicherungsbeiträge zurückzuführen, die Einkommensteuer spielt dagegen kaum eine Rolle.

Geringere Sozialabgaben auf niedrige Einkommen

Mit der sogenannten Gleitzone (§ 20 Abs. 2, SGB IV) besteht seit 2003 eine Regelung, die geringe Arbeitseinkommen von der vollen Beitragspflicht entlastet. Die von den Arbeitnehmern zu entrichtenden Beiträge zur Sozialversicherung steigen zwischen 450 und 850 Euro („Midijobs“) progressiv an. Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, die Gleitzone auszuweiten. Mit dem Gesetz über Leistungsverbesserungen und Stabilisierung in der gesetzlichen Rentenversicherung

hat der Bundestag am 28. November 2018 beschlossen, die Gleitzone in einen „Übergangsbereich“ umzuwandeln und bis auf 1.300 Euro im Monat auszuweiten. Diese Gesetzesänderung wird am 1. Juli 2019 in Kraft treten.

Gradueller Transferentzug statt „Abbruchkante“

Neben Steuern und Sozialabgaben wirkt sich auch der Bezug von Sozialtransfers auf die verfügbaren Nettoeinkommen von Haushalten mit niedrigem Einkommen aus. Zu den wichtigsten Transfers zählen neben der Grundsicherung (SGB II) das Wohngeld und der Kinderzuschlag.

Der Kinderzuschlag wurde eingeführt, damit Haushalte mit Kindern, die zwar über eigenes, aber nicht ausreichendes Einkommen verfügen, nicht auf ergänzende Leistungen nach dem SGB II angewiesen sind. Bei der gesetzlichen Definition des Kinderzuschlags wurde bisher allerdings nicht auf einen

systematischen (glatten) Transferentzug geachtet. Das heißt, dass der Anspruch auf den Kinderzuschlag sofort vollständig entfällt, sobald das Haushaltseinkommen zur Bedarfsdeckung ausreicht. Ein höheres Bruttoeinkommen führt bei Überschreiten der sogenannten Höchsteinkommengrenze deshalb zu einem niedrigeren Nettoeinkommen (nach Abgaben und Transfers). Ökonomen sprechen dabei von einer „effektiven Grenzbelastung von mehr als 100 Prozent“.

Das Problem: Bei Grenzbelastungen von mehr als 100 Prozent lohnen sich zusätzliche Anstrengungen nicht. Hohe Transferentzugsraten mindern die Anreize, mehr zu arbeiten. Wenn vom zusätzlich verdienten Bruttoeinkommen am

Ende effektiv nichts oder kaum mehr zur Verfügung steht, lohnt es sich nicht, länger zu arbeiten oder einen besser bezahlten Job anzunehmen.

Um dieses Problem anzugehen, ist im Koalitionsvertrag festgehalten, dass die „Abbruchkante“ beseitigt wird und die Transferleistung bei steigendem Einkommen zukünftig langsamer auslaufen soll. Ergänzend wurde ein Prüfauftrag zur besseren Abstimmung von Kinderzuschlag, Wohngeld und Kindesunterhalt formuliert.

Mit dem Gesetz zur zielgenauen Stärkung von Familien und ihren Kindern durch die Neugestaltung des Kinderzuschlags

Simulationsmodell und Methodik

Das im Gutachten verwendete Modell ist ein Mikrosimulationsmodell, welches auf Haushaltsebene zunächst das 2018 geltende Steuer- und Transfersystem abbildet. Der Rechtsstand wurde auf Basis bereits vereinbarter Änderungen hinsichtlich der Wiedereinführung der Parität bei der Gesetzlichen Krankenversicherung, der Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags auf 2,5 Prozent und der Erhöhung des Pflegeversicherungsbeitrages auf 3,05 Prozent modifiziert. Neben Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag werden zudem Sozialversicherungsbeiträge und Transferleistungen wie Arbeitslosengeld II, Wohngeld und Kinderzuschlag berücksichtigt. Dies ermöglicht die Abbildung weitreichender Wechselwirkungen innerhalb des Steuer- und Transfersystems in der empirischen Analyse.

Als Datenbasis dient die 2016er Welle des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), einer repräsentativen Haushaltsbefragung mit 18.000 Beobachtungen, darunter 8.500 Familien. In einem ersten Schritt werden für jeden Haushalt in der Stichprobe die Belastung mit Steuern und Sozialabgaben sowie die Höhe der wichtigsten Sozialtransfers (Arbeitslosengeld II, Wohngeld, Kinderzuschlag, Kindergeld) auf Basis der im SOEP enthaltenen Informationen zu Einkommen, Erwerbstätigkeit, Wohnsituation und Haushaltszusammensetzung errechnet.

Zur Abschätzung der Arbeitsangebotswirkungen wird ein diskretes Nutzenmaximierungsmodell verwendet, das die Arbeitsangebotsentscheidung von Haushalten als Wahl zwischen Arbeitszeitkategorien darstellt. Eine Anpassung der Arbeitsnachfrage durch Firmen als Reaktion auf ein verändertes Arbeitsangebot wird hier nicht modelliert. Die implizite Annahme ist daher, dass die Arbeitsnachfrage voll elastisch ist und sich ein gesteigertes Angebot vollständig in Beschäftigung umsetzt. Bei einem aufnahmefähigen Arbeitsmarkt, wie es ihn derzeit vielerorts in Deutschland gibt, erscheint eine kurzfristige Übersetzung dieser Angebotseffekte in Beschäftigungseffekte plausibel.

Die Ergebnisse von Mikrosimulationsstudien variieren in Abhängigkeit der Datengrundlage sowie der konkreten Modellierung von Daten und gesetzlichen Regelungen. Simulationsergebnisse sind immer mit Unsicherheit behaftet. Die Unsicherheit resultiert aus dem Stichprobenfehler und aus fehlerhaften bzw. unvollständigen Angaben der Befragten. Bei Simulationen mit Verhaltensreaktionen kommt die Unsicherheit aus der Schätzung von Verhaltensmodellen hinzu.

Für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie stand bei dem hier verwendeten Modell im Vordergrund, Anreiz- und Verteilungseffekte von Reformvorschlägen abzubilden. Einnahmen- und Ausgabeneffekte auf die öffentlichen Haushalte wurden nicht vertieft betrachtet. Die Simulationen stellen keine Planungsgrundlage für konkrete Gesetzgebungsvorhaben dar.

und die Verbesserung der Leistungen für Bildung und Teilhabe („Starke-Familien-Gesetz“, Kabinettsbeschluss vom 9. Januar 2019) wird nun die „Abbruchkante“ beseitigt. Ab dem 1. Januar 2020 wird zusätzliches Erwerbseinkommen der Eltern den Kinderzuschlag durchgängig um 45 Prozent (bis 50 Prozent) mindern; er entfällt jedoch nicht mehr auf einen Schlag bei Überschreiten einer bestimmten Einkommensgrenze.

Gutachten auf Basis eines Mikrosimulationsmodells

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) hat gemeinsam mit dem Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA) die beschriebenen Reformen anhand eines Mikrosimulationsmodells (vgl. Kasten) im Auftrag des BMWi bewertet. Neben statischen Entlastungs- und Aufkommenswirkungen konzentriert sich die Analyse insbesondere auf Wechselwirkungen mit dem Steuer- und Transfersystem sowie dynamische Verhaltensanpassungen. Die Wirkung der Reformen auf Erwerbsanreize und folglich das Arbeitsangebot privater Haushalte ist hierbei von besonderem Interesse. Die Einbeziehung solcher Verhaltensänderungen ist für die mittelfristige Bewertung fiskalischer Kosten und Verteilungswirkungen von Bedeutung. Das Gutachten hat alternative Reformoptionen unabhängig von konkreten Gesetzentwürfen analysiert.

Reform der „Midijobs“

Untersucht wurden drei leicht unterschiedliche Varianten der Ausweitung der Gleitzone. In der Basisvariante wurde die Gleitzone, wie nunmehr in dem Gesetz über Leistungsverbesserungen und Stabilisierung in der gesetzlichen Rentenversicherung beschlossen, nach oben hin ausgedehnt. In den beiden weiteren Varianten wurden zusätzlich die Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung bei Beginn der Gleitzone gesenkt: Im ersten Fall wurden alle Arbeitnehmerbeiträge, im zweiten Fall lediglich die Rentenversicherungsbeiträge auf null gesetzt. Derzeit werden bei einem Monatslohn von 450,01 Euro bereits knapp über 10 Prozent Sozialabgaben für Arbeitnehmer fällig. Durch niedrigere Eingangssätze würde die Entlastung höher ausfallen. Ein Eingangssatz von null würde zudem eine stetige Zunahme der Arbeitnehmerbeiträge beim Wechsel aus einem Minijob in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis bewirken. Aktuell führt ein geringfügiges Überschreiten der Minijob-Grenze zu einem Verlust an Nettoeinkommen.

Nach den Simulationsergebnissen zur Basisvariante werden Bezieher kleinerer Arbeitseinkommen bei den Sozialversicherungsbeiträgen in Höhe von jährlich ca. 600 Millionen Euro gegenüber dem Status quo entlastet. In gleicher Höhe entstehen Mindereinnahmen bei den Sozialversicherungen. Dabei sind Veränderungen des Arbeitsangebots bzw. der Beschäftigung (s. Kasten) berücksichtigt. Pro Person beträgt der maximale Entlastungsbetrag im Vergleich zur noch geltenden Rechtslage knapp 280 Euro im Jahr. Die Auswirkungen auf die Einkommensverteilung sind gering. Hierbei macht sich bemerkbar, dass von der Maßnahme alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit einem Arbeitseinkommen von bis zu 1.300 Euro im Monat profitieren, unabhängig von weiteren Einkünften (zum Beispiel aus Kapitalanlagen) und unabhängig vom Haushaltseinkommen, das zum Beispiel durch Einkünfte eines weiteren Verdieners sehr viel höher liegen kann. Die Reform stärkt somit im Midijob-Bereich unter anderem auch die Arbeitsanreize für Zweitverdiener in Paarhaushalten. Wie aus Abbildung 1 hervorgeht, entfallen auf die untersten drei Dezile der Einkommensverteilung weniger als 50 Prozent der gesamten Entlastung, sowohl absolut als auch relativ ist die Entlastungswirkung für die einkommensschwächsten Haushalte aber am größten.

Das angebotene Arbeitsvolumen insgesamt bleibt in der Basisvariante voraussichtlich unverändert. Zwar führt die Entlastung dazu, dass einige Personen zusätzlich in den Arbeitsmarkt eintreten. Auf der anderen Seite reduzieren bereits Beschäftigte ihr Arbeitsangebot; insgesamt ungefähr im gleichen Umfang. Wie vertiefte Analysen mit dem Mikrosimulationsmodell zeigen, handelt es sich dabei um einen Kreuzeffekt in Paarhaushalten (die Mehrarbeit eines Partners bewirkt eine Reduzierung des Arbeitsangebots des anderen Partners). Die Maßnahme wirkt somit auf eine gleichmäßigere Verteilung der Arbeitszeit(en) von (Ehe-) Partnern hin, ohne dabei eine Zunahme des gesamten Arbeitsangebotes zu verursachen.

Die Analyse der zwei weitergehenden Optionen zeigt, dass eine stärkere Entlastung in der Gleitzone qualitativ zu gleichen Effekten führen würde. Die Mindereinnahmen der Sozialversicherungen und somit die fiskalischen Kosten würden allerdings deutlich höher ausfallen (doppelt bzw. mehr als dreifach so hoch), ohne für den Arbeitsmarkt insgesamt spürbare Effekte in Form eines höheren Arbeitsangebots zu entfalten.

Reform des Kinderzuschlags

Beim Kinderzuschlag wurden zunächst zwei Szenarien analysiert. In der ersten Variante wurde lediglich die sogenannte Höchststeinkommengrenze abgeschafft (Beseitigung der „Abbruchkante“). In der zweiten Variante wurde zusätzlich eine Erhöhung des Kinderzuschlags untersucht. Bei beiden Varianten wurden zudem Veränderungen der Inanspruchnahme simuliert.

Heute beziehen etwa 95.000 Haushalte einen Kinderzuschlag. Anspruchsberechtigt sind jedoch deutlich mehr Haushalte. Die Schätzungen für die Inanspruchnahme – also den Anteil der berechtigten Haushalte, die die Leistung tatsächlich in Anspruch nehmen – liegen zwischen 30 und 40 Prozent. Demnach gibt es schätzungsweise zwischen 240.000 und 320.000 anspruchsberechtigte Haushalte mit 650.000 bis 870.000 Kindern. Ausgehend von der im Simulationsmodell für den Status quo geschätzten Inanspruchnahme von 38 Prozent wurden die Ergebnisse auch für Quoten von 50, 75 und 100 Prozent berechnet.

In einem zweiten, methodisch innovativen Teil berechneten die Gutachter zahlreiche „Kreuzszenarien“. Die Idee

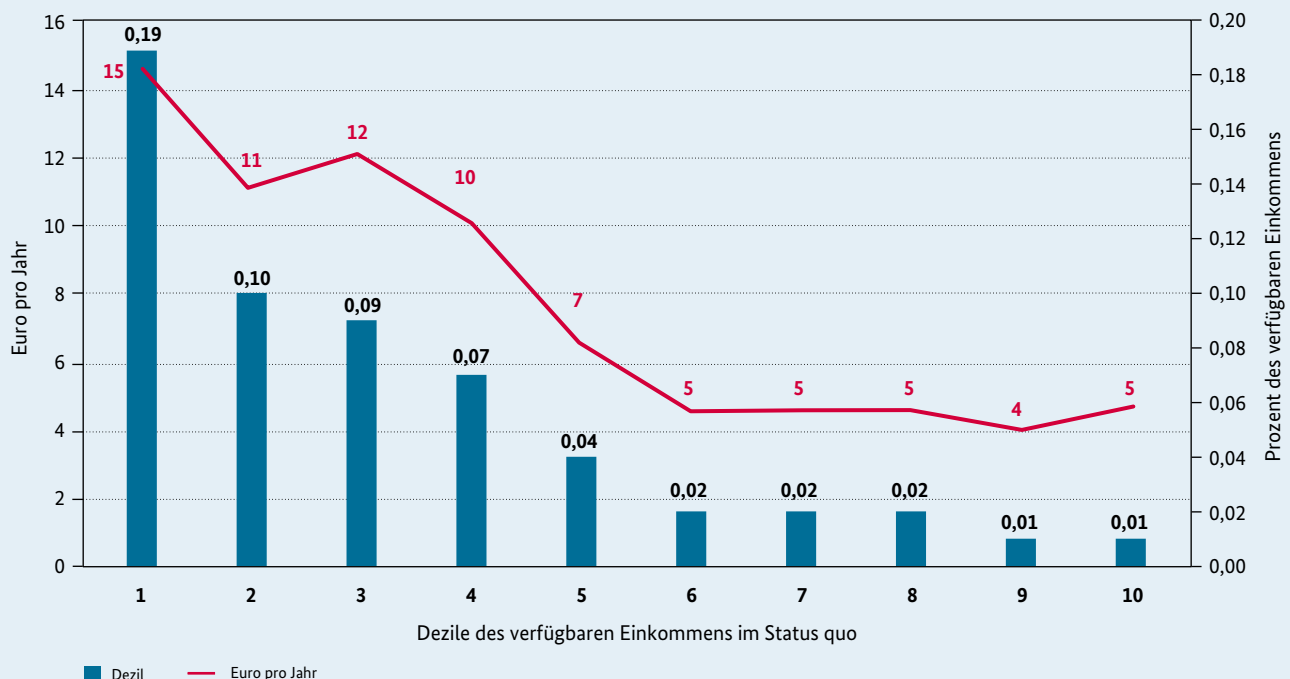
hierbei ist, Veränderungen von als relevant identifizierten Politikparametern systematisch zu untersuchen. Im vorliegenden Fall bedeutet dies konkret drei unterschiedliche Höhen des Kinderzuschlags und fünf verschiedene Anrechnungsraten für das Einkommen der Eltern. Zudem wurde der Beginn der Abschmelzung des Kinderzuschlags in drei Stufen variiert. Insgesamt ergaben sich so 45 verschiedene Szenarien.

Anspruchsberechtigte

Die Beseitigung der „Abbruchkante“ führt zu einer deutlichen Ausweitung des Kreises der Anspruchsberechtigten um ca. 40.000 Haushalte. Nach den Berechnungen von ZEW und IZA würde die Beseitigung der „Abbruchkante“ in Kombination mit einem Anstieg der Inanspruchnahmequote auf 50 Prozent die Zahl der zusätzlichen Empfänger von 40.000 auf knapp 90.000 Haushalte erhöhen. Im Fall einer kompletten Inanspruchnahme würden 270.000 zusätzliche Haushalte Kinderzuschlag beziehen.

Mit jeder Erhöhung des Kinderzuschlags nimmt der Kreis der Anspruchsberechtigten zu. Wie die Simulationsergeb-

Abbildung 1: Verteilungseffekte einer Ausweitung der Gleitzone



Lesebeispiel: Im 1. Dezil – bei den 10% der Haushalte mit dem niedrigsten Einkommen – steigt das durchschnittliche Haushaltsäquivalenzeinkommen durch die Ausweitung der Gleitzone um 15 Euro bzw. 0,19 Prozent im Jahr.

Quelle: ZEW/IZA. Dezile des äquivalenzgewichteten verfügbaren Einkommens (Haushaltsäquivalenzeinkommen) im Status quo.

nisse zeigen, gibt es in Deutschland relativ viele Familien mit einem Einkommen, das bei einer entsprechenden Erhöhung zu einem Anspruch auf Kinderzuschlag führen würde. Allerdings handelt es sich dabei um betragsmäßig kleine Ansprüche.

Hoher fiskalischer Selbstfinanzierungseffekt – geringe Ausweitung des Arbeitsangebots

Die Belastungen für den Bundeshaushalt fallen in den Varianten mit konstanter Inanspruchnahmequote daher vergleichsweise niedrig aus. Die Beseitigung der „Abbruchkante“ kostet den Bund statisch betrachtet, das heißt ohne Anpassungen beim Arbeitsangebot, voraussichtlich 50 Millionen Euro im Jahr.

Die Veränderung des Arbeitsangebots ist aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive aufgrund des engen Kreises von Anspruchsberechtigten allerdings ebenfalls gering: Bei Abschaffung der „Abbruchkante“ in Verbindung mit einer deutlichen Erhöhung des Kinderzuschlags ergibt sich in bestimmten Konstellationen ein Plus von 5.000 Vollzeitäquivalenten. Der attraktiver ausgestaltete Kinderzuschlag

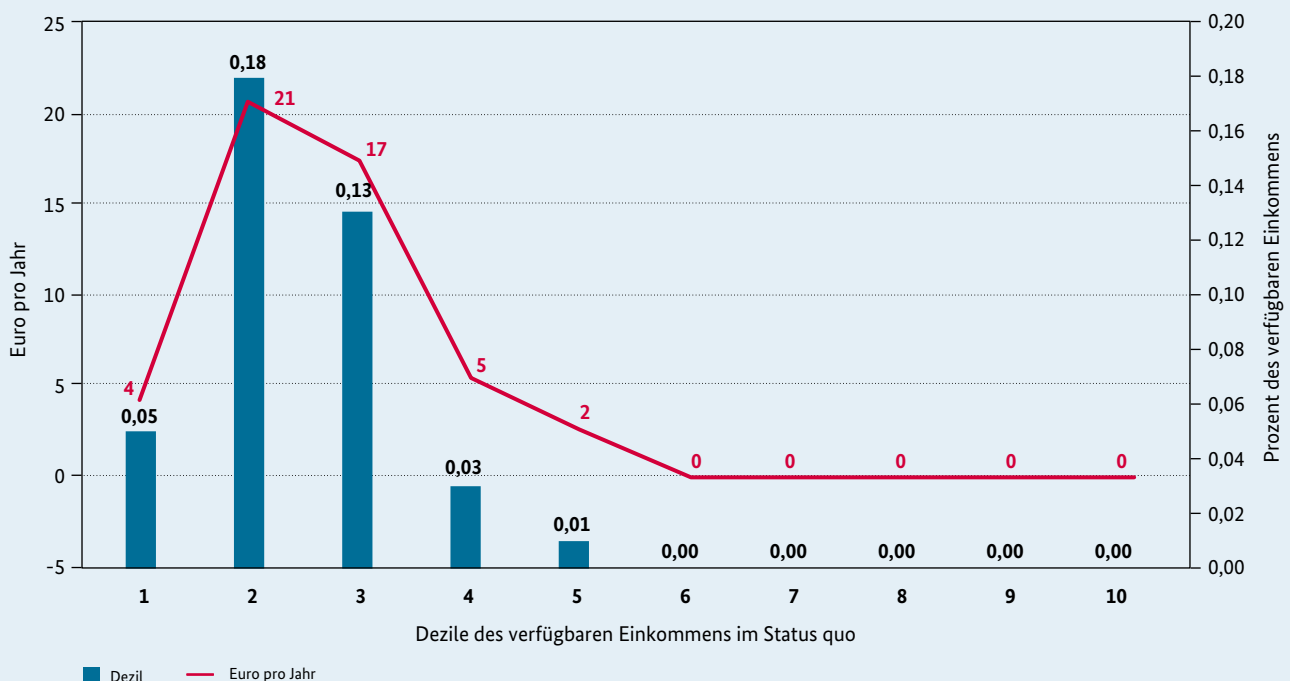
würde den Berechnungen zufolge eine kleine Gruppe von Nicht-Erwerbstätigen zum Angebot von vielen Arbeitsstunden anregen. Dagegen ließe er das Angebot derer, die bereits beschäftigt sind, weitgehend unverändert.

Verteilungseffekte

Da der Kinderzuschlag nur von einer relativ kleinen Gruppe von Haushalten bezogen wird, fallen die Verteilungswirkungen der untersuchten Maßnahmen sehr klein aus (vgl. Abbildung 2). Betrachtet man nur die Empfänger der Leistung, dann sind die Einkommenswirkungen der beiden Szenarien aber durchaus beträchtlich. Die Haushalte, die durch die Abschaffung der Höchsteinkommengrenze neu in Bezug von Kinderzuschlag kommen, erfahren einen Einkommenszuwachs in Höhe von durchschnittlich 1.168 Euro pro Jahr.

Da sich die Einkommenswirkungen in Grenzen halten, ändern sich auch Verteilungsmaße wie der Gini-Koeffizient, der Quotient aus dem Einkommen des 90. und des 10. Perzentils und die Armutsrisikoquote kaum. Die Ungleichheit der Einkommen wird nicht spürbar verringert.

Abbildung 2: Verteilungseffekte eines veränderten Kinderzuschlags



Lesebeispiel: Im 1. Dezil – bei den 10% der Haushalte mit dem niedrigsten Einkommen – steigt das durchschnittliche Haushaltsäquivalenzeinkommen durch die Abschaffung der „Abbruchkante“ und die Erhöhung um 4 Euro bzw. 0,05 Prozent im Jahr.

Quelle: ZEW/IZA. Dezile des äquivalenzgewichteten verfügbaren Einkommens (Haushaltsäquivalenzeinkommen) im Status quo.

Die Armutsgefährdung von Familien reduziert sich im Zuge der untersuchten Reformvarianten, wenn auch in geringem Umfang. Wie aus Abbildung 2 hervorgeht, profitieren vor allem Haushalte im zweiten und dritten Dezil der Einkommensverteilung. In der oberen Hälfte der Einkommensverteilung kommt es zu keinen Einkommenszuwächsen.

Die Analyse der Kreuzszenarien zeigt die Spannbreite möglicher Wirkungen verschiedener Parameterkonstellationen auf. Insgesamt legen die Ergebnisse nahe, dass bei den Zielen Armutsvermeidung und Stärkung der Arbeitsanreize keine großen Trade-Offs bestehen. Szenarien, die eine relativ starke Armutsminderungswirkung haben, heben tendenziell auch die Arbeitsanreize stärker an.

Fazit

Die Entlastung von niedrigen Einkommen bei den Sozialabgaben und die Veränderungen beim Kinderzuschlag werden voraussichtlich zwar nur zu geringen Auswirkungen auf die Einkommensverteilung führen. Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsangebot dürfte sich durch diese Maßnahmen aber insgesamt geringfügig erhöhen. Die Maßnahmen bewirken in erster Linie eine finanzielle Verbesserung der betroffenen Haushalte. Während die Effekte des Kinderzuschlags auf einen relativ engen Bereich der Einkommensverteilung begrenzt sind, führt die Ausweitung der Gleitzone – bei einer Betrachtung der Haushaltseinkommen – über alle Einkommensgruppen hinweg zu geringen Erhöhungen der verfügbaren Einkommen, die im unteren Bereich der Verteilung allerdings am stärksten ausfallen.

Auch die Änderungen des Kinderzuschlags, wie im „Starke-Familien-Gesetz“ vorgesehen, entlasten Familien im entsprechenden Einkommensbereich. Mit der Beseitigung der „Abbruchkante“ wird ein Fehlanreiz des Steuer-Transfer-Systems beseitigt. Die Absenkung der Transferentzugsrate um fünf Prozentpunkte stärkt die Arbeitsanreize zusätzlich. Durch die unveränderte Abschmelzung des Wohngeldes, das viele Familien neben dem Kinderzuschlag beziehen, bestehen jedoch nach wie vor hohe effektive Grenzbelastungen von teilweise bis zu 100 Prozent. Wissenschaftler und internationale Institutionen wie die OECD empfehlen vor diesem Hintergrund weitergehende Verbesserungen der Arbeitsanreize über eine zusätzliche Senkung der marginalen Abgabenbelastung der Bezieher von geringen Einkommen.

Kontakt: Dr. Alexandra Effenberger, Referat für
Wirtschaftspolitische Analysen
Dr. Michael Feil, Referat für Wirtschaftspolitische
Fragen des Arbeitsmarktes und der Sozialordnung

Deutsch-Indisches Start-up-Programm: Brücken nach Indien bauen

Das Bundeswirtschaftsministerium hat gemeinsam mit dem Bundesverband Deutsche Start-ups das „German Indian Start-up Exchange Program (GINSEP)“ ins Leben gerufen. Ziel des Projektes ist die nachhaltige Vernetzung des indischen und deutschen Start-up-Ökosystems sowie der Aufbau von Kontakten zwischen etablierten Wirtschaftsunternehmen und Start-ups, um wirtschaftliche Vorteile, Arbeitsplätze und Wachstum in beiden Ländern zu schaffen.



GINSEP-Kick-off-Event am 23. Februar 2018 in Neu Delhi

Indien – Land im Aufbruch

7,3 Prozent – um diesen Wert dürfte die indische Volkswirtschaft nach Schätzungen im Jahr 2018 gegenüber dem Vorjahr gewachsen sein.¹ Auch die Start-up-Szene in Indien expandiert rasant. Das Land hat sich mit derzeit ca. 40.000 Start-ups² (davon rund 7.500 Tech-Start-ups³) zu einem bedeutenden Start-up-Ökosystem und dem drittgrößten Markt der Welt für technologiebasierte Produktentwicklungen entwickelt. Zentrale Start-up-Hubs sind die großen Städte Bangalore, Delhi und Mumbai mit 68 Prozent aller in Indien ansässigen Start-ups.

Auch für deutsche Unternehmen bietet das Land in den nächsten Jahren gewaltige Potenziale. Bereits heute besitzen fast 35 Prozent der Inder (500 Millionen) ein Smartphone und haben so Zugang zu digitalen Produkten und Dienstleistungen. Bis zum Jahr 2030 wird es zum zweitgrößten Internetmarkt der Welt aufsteigen. Gleichzeitig wird sich nach Schätzungen der Deutschen Bank das Pro-Kopf-Einkommen in Indien bis 2024 auf rund 4.000 Dollar nahezu verdoppeln.

1 Aktuelle Zahlen der Weltbank.

2 The India Startup Report 2018, YourStory Media Pvt Ltd – Stand Juni 2018.

3 Angaben des Dachverbands für die indische IT-Industrie (NASSCOM), Indian Tech Start-up Ecosystem, Stand 2018.

Immer mehr Start-ups expandieren international

Für deutsche Start-ups wird der Blick über den Tellerrand immer wichtiger. Laut einer Studie von KPMG planen 60 Prozent der befragten deutschen Start-ups, international zu expandieren. Start-ups sowohl in Indien als auch in Deutschland erkennen dabei zunehmend die Chancen, die mit dem jeweils anderen Markt verbunden sind. Deutsche Start-ups und etablierte Unternehmen können vor allem von der Software-Kompetenz und dem Ideenreichtum indischer Gründer profitieren. Für indische Start-ups wiederum ist die Industriekompetenz und Professionalität deutscher Unternehmen interessant.

Bereits heute gibt es rund 600 deutsch-indische Joint Ventures und über 1.800 deutsche Firmen, die in Indien ansässig sind. Dabei hat der indische Markt in den letzten Jahren für Investoren und Start-ups kontinuierlich an Attraktivität gewonnen: seit 2014 haben Investoren 33,6 Milliarden US-Dollar in das indische Start-up-Ökosystem investiert; fast die Hälfte davon (13,7 Milliarden US-Dollar) allein im Jahr 2017.⁴

Start-up-Förderung weit oben auf der politischen Agenda beider Länder

Start-ups sind essentiell für die Innovationskraft und damit die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Das gilt nicht nur für Deutschland, sondern auch für Indien. Deshalb haben sich in Indien mehrere Ministerien und regierungsnahen Agenturen der Start-up-Förderung verschrieben. So wurde im Jahr 2015 eigens ein neues Ministerium für Entrepreneurship und Skill Development gegründet, das sich der Förderung von Unternehmensgründungen widmet. Mit [Invest India](#) wurde eine Agentur wiederbelebt, die ausländische Investitionen in die indische Wirtschaft unterstützen soll. Gleichzeitig wurde unter dem Dach von Invest India das [Start-up India Hub](#) gegründet, eine Plattform, die Unternehmensgründer, Investoren, Inkubatoren, Akzeleratoren, Dienstleister und politische Akteure zusammenbringt und verschiedene Start-up-relevante Informationen bereitstellt. Initiativen wie „*Skill India*“, „*Make in India*“ oder der im Januar 2016 ins Leben gerufene „*Start-up India Action Plan*“, der wesentliche regulierungsbedingte Erleichterungen für Start-ups vorsieht, sollen diese Ambitionen noch unterstreichen. Damit wurden erstmals Bestrebungen unternommen, eine Harmonisierung der Gesetze für Start-ups zu



erreichen und mehr Unternehmertum zu fördern. Im Rahmen des „*Start-up India Action Plans*“ wurden bis heute über 10.000 Start-ups registriert, die unter anderem von Steuernachlässen profitieren.

Das „German Indian Start-up Exchange Program“

Vor diesem Hintergrund wurde im Mai 2017 im Rahmen der Regierungskonsultationen zwischen Deutschland und Indien das Deutsch-Indische Start-up-Austauschprogramm GINSEP initiiert. Mitte Oktober 2017 startete der damalige parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Dirk Wiese, das „German-Indian Start-up Exchange Program (GINSEP)“ offiziell in Berlin mit mehr als 100 Gästen aus Politik, Wirtschaft und der Start-up-Szene. Im Februar 2018 folgte der Launch des Projektes in Indien.

Das durch den Bundesverband Deutsche Start-ups durchgeführte Projekt schlägt erstmals eine Brücke zwischen dem deutschen und indischen Start-up-Ökosystem. „Wir möchten mit GINSEP den Austausch und die Vernetzung zwischen beiden Ländern als neutrale Plattform stärken“, sagt Julian Zix, GINSEP-Projektleiter beim Bundesverband Deutsche Start-ups. GINSEP soll als zentrale und branchenübergreifende Anlaufstelle für deutsche und indische Start-ups, die den jeweilig anderen Markt erkunden möchten, fungieren. Neben der Bereitstellung von Informationen auf der Projektseite (www.ginsep.co) zum deutschen und indischen Start-up-Ökosystem führt GINSEP in Zusammenarbeit mit verschiedenen lokalen Organisationen regelmäßig

Experten-Workshops in beiden Ländern rund um das Thema Internationalisierung durch. Dadurch sollen deutsche und indische Start-ups sowohl über die jeweilige Gesetzgebung als auch die kommerziellen Möglichkeiten im jeweiligen Zielland informiert werden.

Um den indischen und deutschen Unternehmern und Kapitalgebern den Zugang zum jeweiligen Markt zu erleichtern, erarbeitet der Start-up-Verband außerdem einen „Go-To-Market Guide“ für beide Länder. Mit Beiträgen rund um den Markteintritt soll der Guide Gründern übersichtliche und transparente Informationen zu administrativen Schritten einer Internationalisierung in englischer Sprache zur Verfügung stellen.

Für indische Start-ups ist GINSEP eine nützliche Anlaufstelle. Zum Beispiel konnte das indische Start-up BlinkIN mit Hilfe von GINSEP erste Schritte machen, um sich auf dem deutschen Markt zu etablieren. So konnte das Unternehmen an einem Akzelerator-Programm in Deutschland teilnehmen und während der Hannover Messe bei einer von GINSEP organisierten Pitch-Session auftreten. Aufgrund der Sichtbarkeit und der geknüpften Kontakte eruiert die Versicherungskammer Bayern momentan ein Pilotprojekt mit BlinkIN, das derzeit dabei ist, sich in Deutschland als Unternehmen zu registrieren.

Start-ups aktiv vernetzen

Unterstützt wird GINSEP von 60 ehrenamtlichen Experten aus Indien und Deutschland, die als sogenannte „Botschafter“ das Projekt aktiv bewerben und Gründern und Gründerinnen vor Ort mit ihren Kontakten als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Florian Oberhofer, Gründer mehre-

rer Start-ups, konnte mit Hilfe von GINSEP Kontakt zum indischen Sozialinkubator „IIM Calcutta Innovationpark“ herstellen, der jedes Jahr einen Wettbewerb für Sozialunternehmen durchführt. Dieses Jahr können nun erstmals auch zwei deutsche Sozialunternehmen an diesem Wettbewerb teilnehmen.

Der Austausch zwischen Gründern, Investoren und den Botschaftern bietet eine vertrauenswürdige Quelle für Informationen über Markteintrittsbarrieren und lokale Besonderheiten. Zur Vernetzung tragen zudem sogenannte Start-up-Touren bei. So konnten im November 2018 vier ausgewählte deutsche Start-ups aus dem Bereich E-Mobilität, Machine Learning & Künstliche Intelligenz, Digitale Gesundheit, B2B und IoT/Industrie 4.0 im Rahmen einer Reise erste Kontakte in Indien knüpfen. Unterstützt wurden sie dabei von der Außenhandelskammer Bangalore, dem Deutschen Generalkonsulat Bangalore und den Unternehmen Bosch und SAP. Mit dabei war auch das deutsche Start-up Alpha-Teled, das mit Hilfe eines telemedizinischen Betreuungskonzeptes die Lebensqualität von Parkinson-Patienten verbessern will. Bereits mehr als 1.000 Parkinson-Erkrankte in Indien haben – u. a. mittels der über GINSEP vermittelten Kontakte – Interesse an der Unterstützung durch Alpha-Teled bekundet.

Auch im Jahr 2019 wird GINSEP spannende Veranstaltungen durchführen und Informationsangebote zur Verfügung stellen. Interessierte Start-ups sind daher eingeladen, regelmäßig die GINSEP-Website zu besuchen.

Kontakt: Dr. Hubertus Kramer
Referat: Digitale Wirtschaft, Start-ups, Digital-Gipfel

Die Internationale Fernmeldeunion im Zuge der digitalen Entwicklung

Wichtige Schritte in die Zukunft bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten in Dubai beschlossen

Die Internationale Fernmeldeunion regelt bereits seit 1865 die grenzüberschreitende Telekommunikation und spielt bis heute eine wichtige Rolle bei der Standardisierung und der Verbreitung der Kommunikationstechnologien. Die Digitalisierung stellt die Organisation vor neue Herausforderungen, die auf der letzten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten Ende 2018 in Dubai eingehend besprochen wurden.



Geschichte, Aufbau und Funktion

Die Internationale Fernmeldeunion (ITU) ist die älteste Organisation in der Familie der Vereinten Nationen und geht zurück auf die Initiative von Louis Napoléon Bonaparte, dem späteren französischen König Napoleon III., der die Chancen der Telegrafie für die wirtschaftliche Entwicklung seines Landes erkannte und die neue Technologie für den privaten und kommerziellen Gebrauch international öffnen wollte.

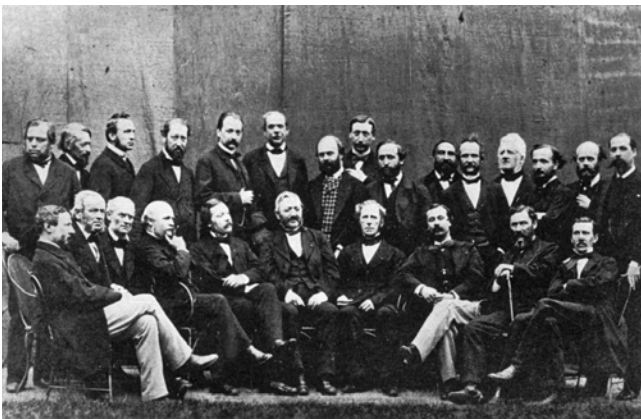
Am 1. März 1865 trafen sich auf seine Einladung 21 Staaten zur ersten Internationalen Telegrafiekonferenz in Paris. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten auch die sieben deutschen Territorien: Hamburg, Baden, Bayern, Hannover, Preußen, Sachsen und Württemberg. Am 17. Mai 1865 wurde

der Internationale Telegrafenverein in Paris offiziell gegründet. England und die USA blieben damals außen vor, weil dort die Telegrafie privat organisiert war.

In der Folgezeit traten weitere Länder dem Verein bei, der 1934 zur Internationalen Fernmeldeunion (International Telecommunication Union, ITU) wurde und seit 1949 eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen ist. Seit 1969 wird der Gründungstag, der 17. Mai, als Weltfernmeldetag gefeiert, 2006 umbenannt in Welttag der Informationsgesellschaft. Heute zählt die Organisation mit Sitz in Genf 193 Mitgliedstaaten und mehr als 700 Mitglieder aus dem Privatsektor. Die ITU ist in drei Sektoren gegliedert:

- ▶ Zuweisung und internationale Koordinierung von Funkfrequenzen und von Satellitenpositionen (Funksektor),
- ▶ Standardisierung von Informations- und Kommunikationstechnologien (Standardisierungssektor) und
- ▶ Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern (Entwicklungssektor).

Oberstes Organ der ITU ist die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten. Auf der alle vier Jahre stattfindenden Konferenz werden Entscheidungen über die strategische Ausrichtung und politische Grundsätze getroffen. Bei Bedarf beschließt sie zudem Änderungen der grundlegenden Vertragswerke. Zwischen dem Vierjahresrhythmus wird die ITU vom Rat (Council) beaufsichtigt, der sich in der Regel einmal im Jahr trifft.



Die Delegierten der ersten Internationalen Telegrafiekonferenz 1865

Die Bedeutung der ITU für Deutschland

Das Interesse der Bundesregierung und deutscher Unternehmen gilt vor allem dem Funk- und Standardisierungssektor.

Funkfrequenzen spielen für viele aktuelle Anwendungen eine wichtige Rolle, etwa für die Mobiltelefonie, das mobile Internet, den breitbandigen Internetzugang (insbesondere in dünn besiedelten Gebieten), Rundfunk und Fernsehen sowie für die Satellitenkommunikation. Eine störungsfreie Nutzung von Frequenzen liegt auch im Interesse der öffentlichen Sicherheit, etwa beim See- und Flugfunk, der Kommunikation der Sicherheitskräfte und militärischen Anwendungen. Die internationale Frequenzzuweisung und die Registrierung von Satellitensystemen werden allein von der

ITU vorgenommen. Auf den Welt- und Regionalkonferenzen sowie in Studienkommissionen werden die technischen Rahmenbedingungen und die operationellen Verfahren besprochen sowie die konkreten Vorgaben für die ITU im Hinblick auf die Vergabe der Funkfrequenzen erarbeitet.

Internationale Standards bei den Informations- und Kommunikationstechnologien sind zentral für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, da nur so kostengünstig große Stückzahlen produziert werden können. Im Standardisierungssektor der ITU werden Empfehlungen für Standards und Normen erarbeitet, an denen sich Anbieter und Nachfrager von Telekommunikationsdienstleistungen ausrichten können und dies in vielen Fällen auch tun. In vielen Telekommunikationsbereichen spielen ITU-Standards weiterhin eine große Rolle, auch wenn andere internationale Gremien oder große Konzerne ebenfalls Standards setzen.

Die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der ITU in Dubai

Vom 29. Oktober bis zum 16. November 2018 fand in Dubai die 20. Konferenz der Regierungsbevollmächtigten statt. An der Konferenz nahmen mehr als 2.500 Delegierte aus 179 Mitgliedsländern teil. Die Delegierten vertraten sowohl Regierungen als auch Unternehmen sowie regionale und internationale Organisationen. Die deutsche Delegation wurde vom BMWi geleitet.

Wichtige Themen der Konferenz waren der Strategie- und Finanzplan, die Regulierung des Telekommunikationssektors sowie neue Themen im Zusammenhang mit der zunehmenden Digitalisierung.

Strategie- und Finanzplan 2020 – 2023

Die wichtigste inhaltliche Entscheidung der Konferenz betraf den Strategie- und Finanzplan 2020 – 2023, ohne den die Organisation nicht arbeitsfähig ist.

Der von den Regierungsbevollmächtigten verabschiedete Strategische Plan der ITU sieht fünf Kernziele der Organisation vor: Arbeit und Wachstum, Inklusion, Nachhaltigkeit, Innovation sowie Partnerschaft. An diesen Zielen richten sich die Projekte der Sektoren aus.

Der zugehörige, ausgeglichene Rahmenfinanzplan 2020 – 2023 hat einen Umfang von 660 Millionen CHF (Schweizer Franken). Zu diesem Budget trägt Deutschland als drittgrößter

Beitragszahler nach den USA und Japan mit einem Jahresbeitrag von rund 8 Millionen CHF (etwa 7 Millionen Euro) maßgeblich bei.

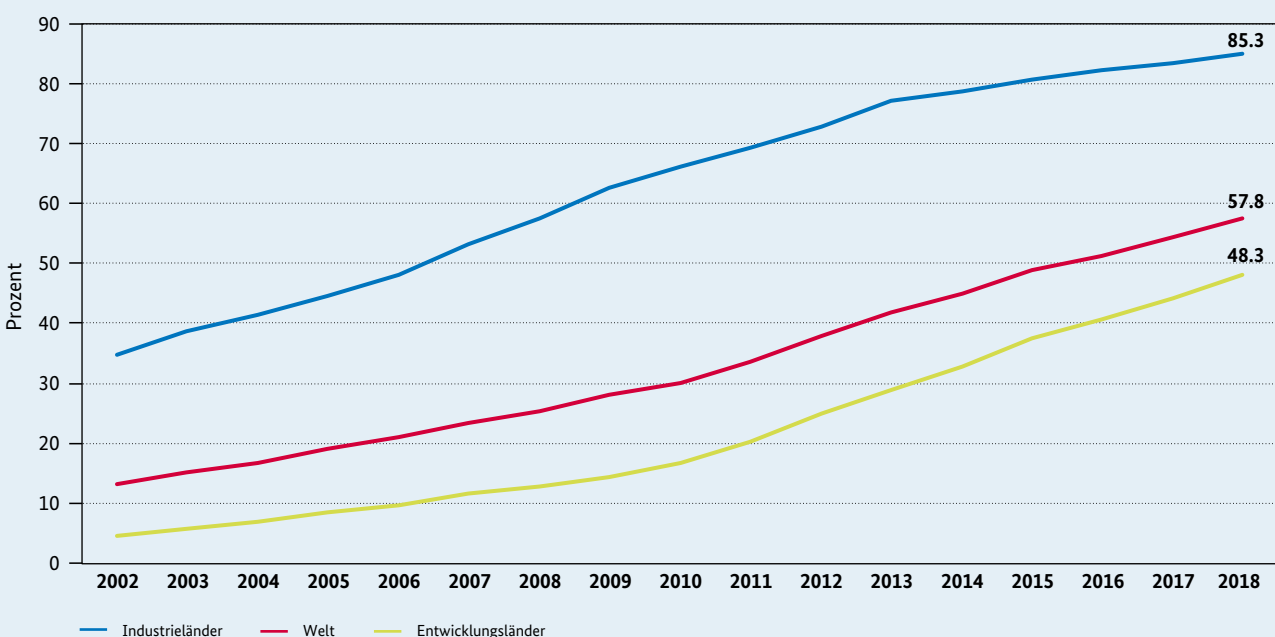
Außerdem wurde die Rolle der aus Vertretern der Mitgliedstaaten bestehenden Lenkungsgruppe zur unabhängigen Beratung und Unterstützung des Rates und des Generalsekretärs gestärkt. Deutschland hat mit dem Vorsitz dieser Gruppe eine entscheidende Verantwortung, die Einhaltung der Budgetvorgaben der Konferenz und des Rats sicherzustellen.

Regulierung der Telekommunikation und Digitalisierung

Für die Bundesregierung wie für die meisten westeuropäischen Staaten und auch beispielsweise die USA, Kanada und Japan sind Offenheit, Transparenz und Freiheit des Internets Grundvoraussetzungen dafür, dass das Internet seine herausragende Rolle als Motor gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklungen wahrnehmen kann. Grund- und Menschenrechte wie Meinungs-, Rede- und Versammlungsfreiheit müssen in der virtuellen Welt des Internets genauso geschützt sein wie in der realen Welt. Im

politischen Statement für Deutschland betonte das BMWi deshalb ausdrücklich die Unterstützung für das „Multi-Stakeholder-Modell“ bei Entscheidungen über die Verwaltung des Internets. Dieses Modell sieht die aktive und gleichberechtigte Beteiligung unterschiedlicher Interessengruppen an den Entscheidungsprozessen vor und wird zum Beispiel bei der für die Vergabe von IP-Adressen und Verwaltung von Domainnamen zuständigen „Internet Corporation for Assigned Names and Numbers“ (ICANN) erfolgreich praktiziert. Es besteht aus Sicht der Bundesregierung keine Veranlassung, Aufgaben aus dem Bereich der Internet-Verwaltung auf eine internationale Regierungsorganisation zu übertragen und damit das „Multi-Stakeholder-Modell“ zu gefährden. Andere Länder, wie z. B. einige arabische und afrikanische Länder sowie Russland und China wollen hingegen den staatlichen Einfluss auf die moderne Kommunikations- und Telekommunikationslandschaft stärken. Dieser Interessengegensatz spielte bei der Behandlung von Regulierungsfragen eine herausragende Rolle. Die deutsche Delegation bemühte sich dabei auch darum, in kontroversen Diskussionen verhärtete Fronten aufzubrechen und eine konstruktive Mittlerrolle einzunehmen.

Abbildung 1: Anteil der Haushalte mit Internetzugang bezogen auf den Entwicklungsstatus der Länder 2002 – 2018



Quelle: ITU World Telecommunication /ICT Indicators database, www.itu.int/en/ITU-D/Statistics.

Wahlen

Bei der Konferenz in Dubai wurde der chinesische Kandidat Houlin Zhao erneut in das Amt des Generalsekretärs gewählt. Als Vize-Generalsekretär konnte sich der britische Amtsinhaber Malcolm Johnson gegen die Konkurrenz aus Burkina Faso durchsetzen.

Zukunftsperspektiven der ITU

Auch in Zukunft wird sich die ITU mit den „klassischen“ Fragestellungen der weltweiten Telefonie und des Funkverkehrs beschäftigen. Internationale Funk- und Satellitenfrequenzen werden allein von der ITU zugeteilt. Inwieweit die ITU zukünftig zusätzliche Kompetenzen beim digitalen Datenverkehr erhält, wird derzeit verhandelt. Dabei präferieren die meisten Industrieländer das „Multi-Stakeholder-Modell“, das eine weniger restriktive Regulierung und die Verlagerung der Verantwortung auf private Akteure abseits der ITU vorsieht.

Kontakt: Wolfgang Crasemann
Referat: Internationale Digital- und Postpolitik,
G7 und G20

II. Wirtschaftliche Lage

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Weltwirtschaft: Wachstum gedrosselt.

Die globale Wirtschaft befindet sich im Aufschwung.¹ Allerdings hat sich das Wachstum nach einer Beschleunigung im zweiten Quartal 2018 im weiteren Verlauf wieder verlangsamt.

Die Vereinigten Staaten konnten im dritten Quartal 2018 erneut ein deutliches Wachstum verzeichnen, die Konjunkturindikatoren senden jedoch gemischte Signale zur weiteren Entwicklung aus. Währenddessen verringerte sich das Tempo der europäischen Konjunktur. In Japan schrumpfte die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal 2018 sogar.

In den Schwellenländern verlief die wirtschaftliche Entwicklung uneinheitlich. Die chinesische Wirtschaft wächst dynamisch, bleibt jedoch hinter den Raten früherer Jahre zurück. Gleichzeitig befindet sie sich in einem ernststen Handelskonflikt mit den USA, der sich allmählich in den Daten bemerkbar macht. Auch die indische sowie die russische Wirtschaft konnten ihr Expansionstempo zuletzt nicht halten. In Brasilien beschleunigte sich das Wachstum dagegen wieder.

Die Indikatoren zur Weltwirtschaft deuten eher auf eine Verlangsamung der globalen Konjunktur hin. Die Industrieproduktion startet mit einem Plus von 0,2% im Oktober schwach in das vierte Quartal 2018. Bereits das dritte Quar-

tal war verhaltener als das zweite ausgefallen. Der Welthandel erholte sich im Oktober zwar von seinem Rückgang im Vormonat, zeigt im Vorjahresvergleich jedoch weiterhin eine abgeschwächte Dynamik. Der globale Einkaufsmanagerindex von Markit hat sich im Dezember verringert und lag für die Industrie auf dem niedrigsten Stand seit zwei Jahren. Das ifo Weltwirtschaftsklima für das vierte Quartal 2018 rangierte nach einer weiteren Eintrübung sogar im negativen Bereich.

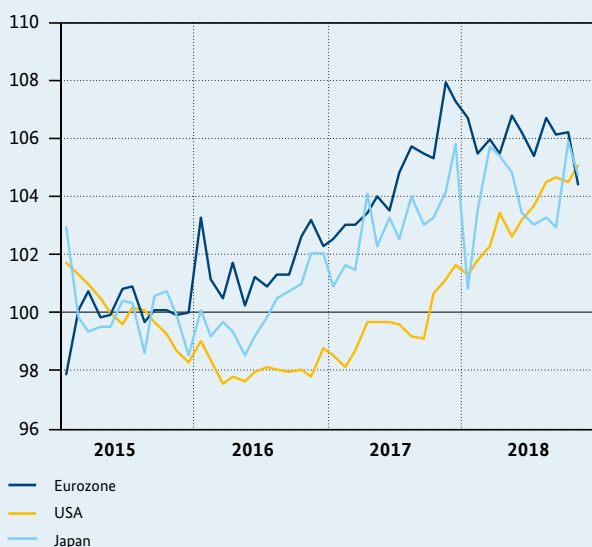
Die EU-Kommission rechnet in ihrer Projektion vom November mit einem globalen Wachstum von 3,7% im Jahr 2018 und einer leichten Abschwächung auf 3,5% im Jahr 2019. Die Weltwirtschaft ist weiterhin vielfältigen Risiken ausgesetzt, nicht zuletzt durch die aktuellen Handelskonflikte.

USA: Boom mit widersprüchlichen Signalen.

Die Wirtschaft in den USA profitiert weiter von der Steuerreform und wuchs im dritten Quartal 2018 preis- und saisonbereinigt mit 0,8% nur wenig schwächer als im Vorquartal (+1,0%). Maßgebliche Impulse stammen erneut vom privaten Konsum, aber auch der Staatskonsum und die Investitionen haben zugenommen.

Die Indikatoren am aktuellen Rand geben gemischte Signale. Die Industrieproduktion wurde im November nach einer

Industrieproduktion international
(Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung.

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2017 Q3	2017 Q4	2018 Q1	2018 Q2	2018 Q3
Euroraum	0,7	0,7	0,4	0,4	0,2
USA	0,7	0,6	0,5	1,0	0,8
Japan	0,7	0,4	-0,3	0,7	-0,6

Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.
Euroraum	8,0	8,0	8,0	7,9	-
USA	3,8	3,7	3,8	3,7	3,9
Japan	2,4	2,3	2,4	2,5	-

Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.
Euroraum	2,0	2,1	2,2	1,9	1,6
USA	2,7	2,3	2,5	2,2	1,9
Japan	1,3	1,2	1,4	0,8	-

Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond.

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. Januar 2019 vorlagen.

Drosselung im Vormonat wieder deutlich hochgefahren (+0,6%). Die wichtigen Frühindikatoren deuten jedoch auf einen etwas schmaleren Wachstumsspielraum hin. Der zusammengesetzte Markt Einkaufsmanager-Index für Industrie und Dienstleistungen trübte sich im Dezember erneut ein. Auch der nationale Einkaufsmanagerindex des Institute for Supply Management (ISM) für das Verarbeitende Gewerbe verschlechterte sich deutlich. Dagegen scheint die US-Notenbank Fed die Konjunkturaussichten als günstig genug zu erachten, um noch im Dezember den Leitzins zum vierten Mal im Jahr 2018 anzuheben. Der Arbeitsmarkt ist nach wie vor in sehr guter Verfassung. Die Beschäftigung stieg im Dezember kräftig um 312 Tsd. Personen. Die Arbeitslosenquote belief sich auf 3,9%.

In ihrer Projektion vom November geht die EU-Kommission von einer Zunahme des US-Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 2,9% im Jahr 2018 und 2,6% im kommenden Jahr aus (2017: +2,3%). Risiken ergeben sich aus dem Handelskonflikt mit China.

Japan: Deutlicher Abschwung im dritten Quartal.

Im dritten Quartal 2018 ging das japanische BIP preis- und saisonbereinigt um 0,6% gegenüber dem Vorquartal zurück. Zuletzt blieben jene Impulse der Inlandsnachfrage aus, die im zweiten Quartal maßgeblich für ein Wachstum von 0,7% gesorgt hatten.

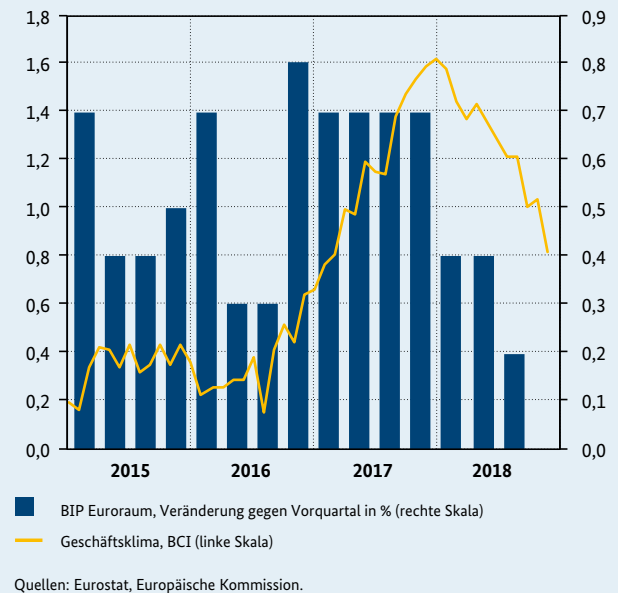
Die aktuellen Konjunkturindikatoren bleiben zaghaft. Die Industrieproduktion folgte im November nach kurzer Erholung im Vormonat ihrem seit Jahresanfang abwärts gerichteten Trend. Die Auftragseingänge des Verarbeitenden Gewerbes erhöhten sich dagegen im Oktober und November. Daneben signalisieren sowohl der Tankan-Index als auch der Markt Einkaufsmanagerindex nach leichten Rückgängen eine gedämpfte Erholung der Wirtschaft, zu der die zuletzt preisbereinigt kräftig gestiegenen Verdienste beitragen könnten.

Die EU-Kommission geht in ihrer Projektion vom November von einem Wachstum des japanischen Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 1,1% im Jahr 2018 und 1,0% im Jahr 2019 aus.

Euroraum und EU: Wachstumsverlangsamung.

Der Aufschwung im Euroraum verlor im dritten Quartal 2018 an Momentum. Die wirtschaftliche Aktivität stieg

Euroraum: BIP und Geschäftsklima
(saisonbereinigt)



preis- und saisonbereinigt um 0,2% nach einem Wachstum von 0,4% in den beiden Vorquartalen. Im vergangenen Jahr war das Quartalswachstum deutlich dynamischer verlaufen. Ähnliches gilt für die BIP-Entwicklung auf EU-Ebene.

Eine Abkühlung zeigte sich in Deutschland (-0,2%) und Italien (-0,1%). Auch in den Niederlanden (+0,2%) fiel das Wachstum geringer als im Vorquartal aus. Demgegenüber hat die konjunkturelle Dynamik in Frankreich und im Vereinigten Königreich zugelegt (+0,3 bzw. +0,6%). In Spanien blieb die Zuwachsrate unverändert (+0,6%).

Die Indikatoren für das Eurowährungsgebiet zeichnen ein verhaltenes Bild. Die Industrieproduktion im Euroraum wurde im November um 1,7% zurückgefahren, nachdem sie im Oktober um 0,1% gesteigert wurde. Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe nahmen im Oktober zum zweiten Mal in Folge ab (-0,3%). Die Frühindikatoren deuten zwar Wachstum an, allerdings leicht abgekühlt. Sowohl der Economic Business Climate Indicator der EU-Kommission als auch der Markt Einkaufsmanagerindex haben sich im Dezember eingetrübt. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Euroraum lag im November bei 7,9%, ihrem niedrigsten Stand seit Oktober 2008.

Die EU-Kommission geht in ihrer aktuellen Prognose von einem Anstieg des BIP im Eurogebiet von 2,1% im Jahr 2018 und 1,9% in diesem Jahr aus, nachdem im Jahr 2017 ein Zuwachs um 2,4% verzeichnet wurde. Der Brexit-Prozess bleibt ein Risikofaktor für die Konjunktur.

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Die deutsche Wirtschaft ist weiter auf Wachstumskurs. Die Konjunktur hat sich bei einem schwierigen außenwirtschaftlichen Umfeld wegen nationaler Sondereffekte abgeschwächt.

Die deutsche Wirtschaft ist im vergangenen Jahr preisbereinigt in einem unruhigen außenwirtschaftlichen Umfeld und trotz der Produktions- und Absatzstörungen bei den Pkw-Herstellern solide um 1,5 % gewachsen, nach +2,2 % im Boomjahr 2017. Die Impulse kamen rechnerisch ausschließlich von der Binnenwirtschaft. Die Ausfuhren nahmen angesichts der geringeren Dynamik der Weltwirtschaft langsamer zu als im Vorjahr und auch weniger als die von der starken Binnenwirtschaft nachgefragten Einfuhren. Die privaten und staatlichen Konsumausgaben wurden spürbar ausgeweitet, aber weniger deutlich als im Vorjahr. Stärker als im Vorjahr entwickelten sich die Bruttoinvestitionen, wozu neben Investitionen in Ausrüstung und Bauten auch ein Vorratsaufbau aufgrund des Staus bei den Pkw-Typenzulassungen beitrug. Der Lagerbestand dämpfte auch noch im Jahresendquartal die Erzeugung. Dennoch dürfte die Wirtschaftsleistung im vierten Quartal nach dem Rückgang im dritten wieder zugelegt haben. Die Auftragseingänge in

der Industrie zeigen eine Bodenbildung und stärken die Erwartung eines Ausklingens der WLTP-Problematik. Unterstützung erhält die Binnenkonjunktur Anfang des Jahres durch die spürbare Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern bei Steuern und Abgaben sowie die Erhöhung der monetären Sozialleistungen. Die Konjunktur dürfte daher auch zu Jahresbeginn aufwärtsgerichtet bleiben.²

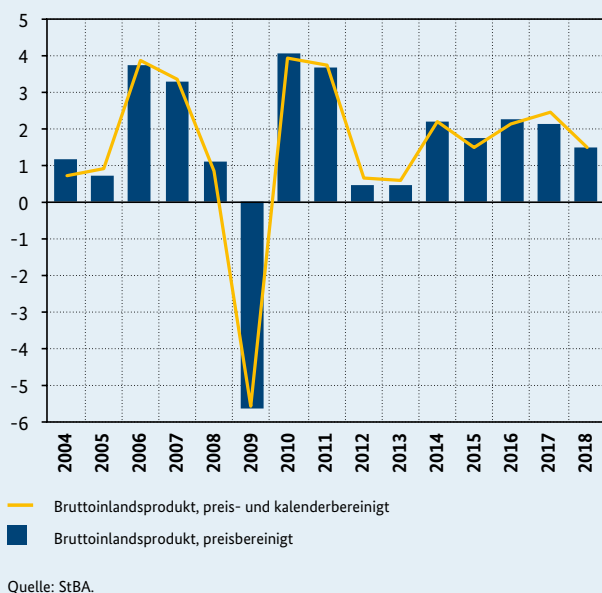
2. Produzierendes Gewerbe

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe sind zuletzt zurückgegangen. Die Automobilindustrie verzeichnete im Oktober und November wieder deutlich mehr Bestellungen.

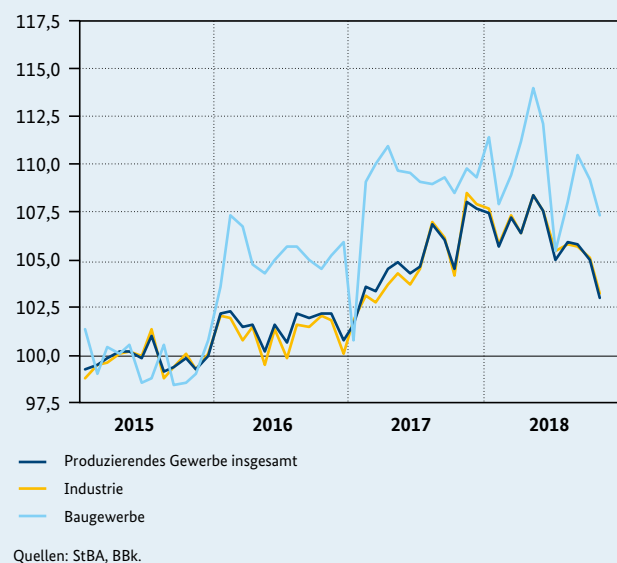
Die Industrieproduktion entwickelte sich im November erneut schwach, dazu haben aber auch Brückentage mit beigetragen.

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe hat sich im November weiter abgeschwächt. Dabei nahm die Erzeugung in der Industrie um 1,8 % und im Baugewerbe um 1,7 % ab. Auch im Zweimonatsvergleich Oktober/November gegenüber

Bruttoinlandsprodukt
(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen
(Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt)



² In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. Januar 2019 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie kalender- und saisonbereinigter Daten.

August/September ergab sich im Produzierenden Gewerbe insgesamt ein Rückgang (-1,8%). Die Produktion verringerte sich hierbei in der Industrie um 1,5% und im Baugewerbe um 0,9%. Im Wirtschaftsbereich Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile hat sich die Erzeugung im Zweimonatsvergleich demgegenüber stabilisiert. Zuvor war es im dritten Quartal aufgrund der Schwierigkeiten der Automobilindustrie bei der Umstellung auf das neue WLTP-Prüfverfahren bei Erstzulassungen zu einem sehr deutlichen Rückgang von 8,0% gekommen. Insgesamt dürfte sich daher die Produktion im Produzierenden Gewerbe im Jahresschlussquartal nochmals schwach entwickeln, bevor sich ab dem neuen Jahr wieder die positive konjunkturelle Grundtendenz durchsetzt.

Die Erzeugung von Investitions- und Vorleistungsgütern ging im Zweimonatsvergleich um 0,5% bzw. 0,9% zurück. Kräftig fiel die Abnahme mit -5,4% bei den Konsumgütern aus.

Industrie

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

	Q2	Q3	Sep.	Okt.	Nov.
Produktion					
Insgesamt	0,5	-1,7	-0,1	-0,6	-1,8
Vorleistungsgüter	-0,3	-0,9	-0,7	-0,1	-1,0
Investitionsgüter	0,6	-2,8	0,6	0,1	-1,8
Konsumgüter	1,9	0,0	-0,3	-3,3	-4,1
Umsätze					
Insgesamt	-0,2	-1,4	-1,0	0,7	-2,3
Inland	-0,7	-1,8	-1,6	1,8	-1,6
Ausland	0,3	-1,2	-0,6	-0,3	-3,1
Auftragseingänge					
Insgesamt	-1,4	-1,0	0,0	0,2	-1,0
Inland	-1,5	0,8	2,8	-3,8	2,4
Ausland	-1,4	-2,3	-2,0	3,0	-3,2
Vorleistungsgüter	1,2	-1,7	-1,2	0,3	-4,4
Investitionsgüter	-3,3	-0,8	0,6	0,4	1,4
Konsumgüter	0,7	0,1	1,0	-1,8	-3,2

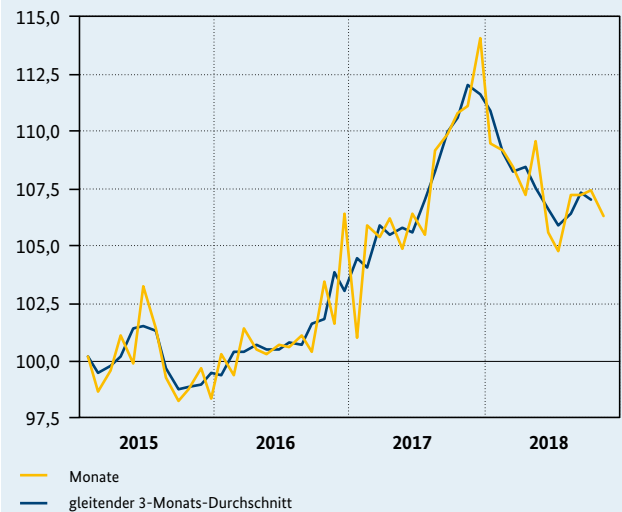
Quellen: StBA, BBk.

Die Umsätze in der Industrie verringerten sich im November um 2,3%. Im Zweimonatsvergleich ergab sich ein Minus von 1,1%, wobei die Auslandsumsätze um 2,0% nachgaben, während sich die Inlandsumsätze leicht erhöhten (+0,2%).

Bei den Auftragseingängen im Verarbeitenden Gewerbe war im November ein Minus um 1,0% gegenüber dem Vor-

Auftragseingang in der Industrie

(Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk.

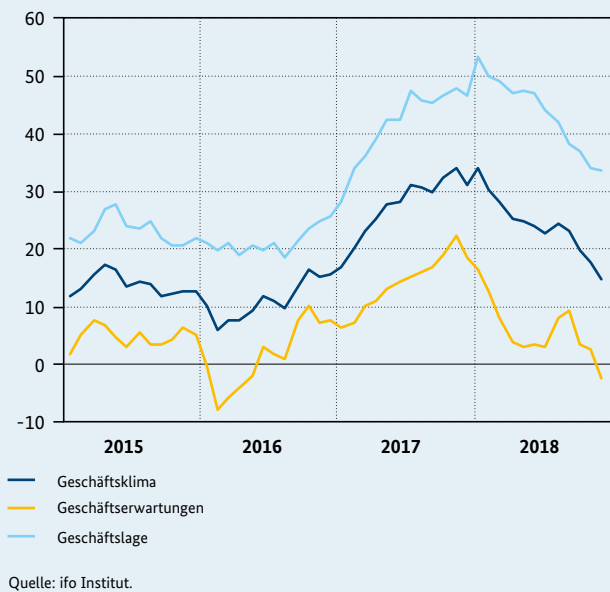
monat zu verzeichnen. Im Zweimonatsvergleich Oktober/November gegenüber August/September ergab sich ein Orderrückgang von 0,3%. Dabei meldete der Investitionsgüterbereich einen Zuwachs von 1,4%, während bei den Vorleistungs- und Konsumgütern eine Abnahme von 2,5% bzw. 3,0% zu beobachten war. In der Tendenz sind die Auslandsbestellungen beim Verarbeitenden Gewerbe um 0,4% gestiegen (Euroraum: +1,7%), während aus dem Inland 1,4% weniger Orders eingingen.

Vergleicht man die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe in den Monaten Oktober/November mit ihrem durchschnittlichen Niveau im dritten Quartal, dann ergibt sich ein Zuwachs von ½ Prozent. Zusammen mit dem weiterhin hohen Auftragsbestand spricht dies dafür, dass die Industriekonjunktur langsam wieder Fahrt aufnimmt. Zudem hat der gewichtige Wirtschaftsbereich Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile im Oktober und November spürbar mehr Ordereingänge verzeichnen können (+4,1% bzw. +4,5%). Er kommt somit bei der Bewältigung der WLTP-Problematik voran.

Das Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe ist im langfristigen Vergleich weiterhin gut, es hat sich aber in den letzten Monaten eingetrübt. Der ifo Geschäftsklimaindex ist im Dezember zum vierten Mal in Folge gefallen, wobei vor allem die Geschäftserwartungen schlechter beurteilt wurden. Die Unternehmen stufte diese erstmals nach etwa 2 ½ Jahren per saldo wieder negativ ein. Der IHS Markit Einkaufsmanagerindex fiel im Dezember erneut leicht

und damit auf seinen tiefsten Wert seit März 2016, gleichwohl befand er sich aber weiterhin über seiner Wachstumsschwelle.

ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe
(saisonbereinigt, Salden)



Das Baugewerbe arbeitet weiterhin nahe seiner Kapazitätsgrenze, auch wenn die Produktion im November erneut abgenommen hat (-1,7%). Im Zweimonatsvergleich Oktober/November gegenüber August/September war die Produktion im Baugewerbe ebenfalls abwärtsgerichtet (-0,9%).

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe
(Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt)



Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

Produktion

	Q2	Q3	Sep.	Okt.	Nov.
Insgesamt	2,6	-3,9	2,3	-1,2	-1,7
Bauhauptgewerbe	5,8	-0,1	4,1	-2,0	-0,8
Ausbaugewerbe	0,1	-7,1	0,9	-0,5	-2,6

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

	Q2	Q3	Aug.	Sep.	Okt.
Insgesamt	-5,3	0,5	-1,4	3,5	1,0
Hochbau	-4,3	1,3	-7,4	8,0	-3,0
Wohnungsbau*	-3,7	4,9	-2,4	6,2	0,1
Gewerblicher*	-4,5	-1,6	-11,7	7,5	-2,0
Öffentlicher*	-5,2	0,7	-7,3	16,1	-17,1
Tiefbau	-6,6	-0,4	5,8	-1,2	5,8
Straßenbau*	-11,4	-6,3	3,8	4,5	-3,1
Gewerblicher*	-8,3	7,2	3,8	-3,9	8,5
Öffentlicher*	4,3	-2,0	12,0	-4,9	14,4
Öffentlicher Bau insg.	-5,4	-3,6	4,5	3,1	0,2

Quellen: StBA, BBk.

* Angaben in jeweiligen Preisen

Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe haben sich in den letzten beiden Monaten erholt. Im Oktober kam es zu einem Auftragsplus von 1,0%. Im Zweimonatsvergleich war ein spürbarer Zuwachs von 3,3% zu verzeichnen. Damit lagen die Ordereingänge im aktuellen Berichtsmonat wieder merklich über dem durchschnittlichen Niveau des Jahres 2017. Der Auftragsbestand ist weiterhin sehr hoch. Die Baugenehmigungen nehmen bezüglich Nicht-Wohnbauten auf Jahresfrist zu, bei Wohnbauten war dies zuletzt im Oktober aber nicht mehr der Fall.

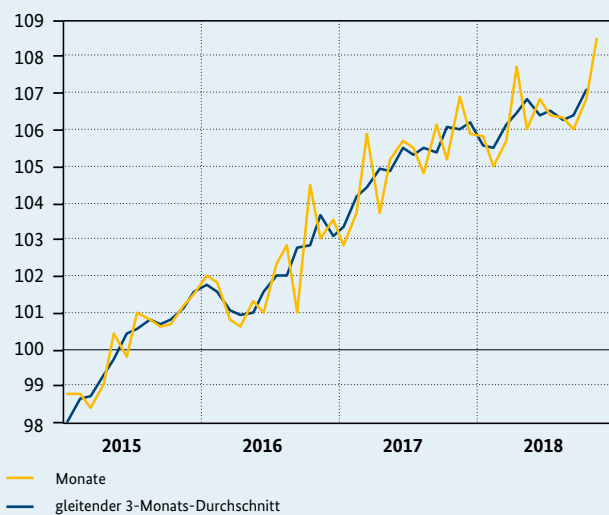
Das ifo Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe blieb im Dezember unverändert, nachdem es im November vom Rekordniveau aus erstmals wieder spürbar zurückgegangen war. Die Stimmung in den Unternehmen ist jedoch angesichts der hohen Auslastung und der Durchsetzbarkeit von Preissteigerungen weiterhin außerordentlich gut.

3. Privater Konsum

Die Einzelhandelsumsätze steigen wieder.

Die Umsätze im Einzelhandel ohne Kfz haben sich im Oktober und November wieder belebt, nachdem sie im dritten Quartal um 0,6% gegenüber dem Vorquartal gesunken waren. Die verfügbaren Einkommen nahmen im dritten Quartal mit einer Jahresrate von 2,9% weiterhin spürbar zu. Allerdings erhöhte sich auch die Sparquote, dies dämpft die Einzelhandelsumsätze. Die Umsätze im Kfz-Handel, die nur bis Oktober vorlagen, gingen nach drei Monaten zum ersten Mal wieder nach oben (+2,1%). Es scheint, als könnte die Trendwende in der bereits erwähnten WLTP-Problematik erreicht sein. Der Tiefpunkt bei den privaten Kfz-Neuzulassungen vom Spätsommer liegt jedenfalls hinter uns. Seit Oktober nehmen die Zulassungen wieder zu. Im Dezember wurden 11,9% mehr Kfz von privaten Haltern zugelassen als im November. Für das Jahr 2018 insgesamt ergibt sich trotz der Schwierigkeiten ein Plus von 2,0%.

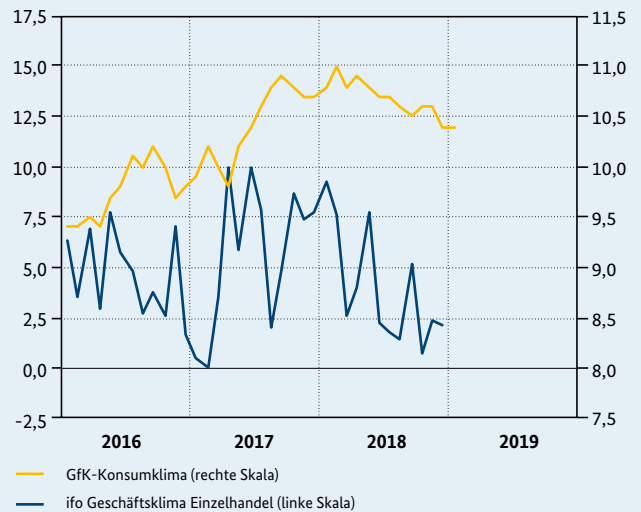
Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kfz) (Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk.

Das ifo Geschäftsklima im Einzelhandel ist im Dezember gesunken, aber weiterhin besser als im langjährigen Durchschnitt. Die Konsumstimmung der Verbraucher ist unverändert positiv, der prognostizierte GfK-Konsumklimaindex für Januar bleibt bei 10,4 Saldenpunkten.

Klimaindikatoren für den privaten Konsum (Salden)



Quellen: ifo Institut, GfK.

Die Reallöhne sind laut Statistischen Bundesamt im dritten Quartal um 1,5% gestiegen. Solche Zuwachsraten wurden zuletzt im dritten Quartal 2016 verzeichnet. Die Zuwachsrate der Nominallöhne in Deutschland im dritten Quartal 2018 lag mit 3,6% gegenüber dem Vorjahresquartal über der Steigerung der Verbraucherpreise (+2,1%).

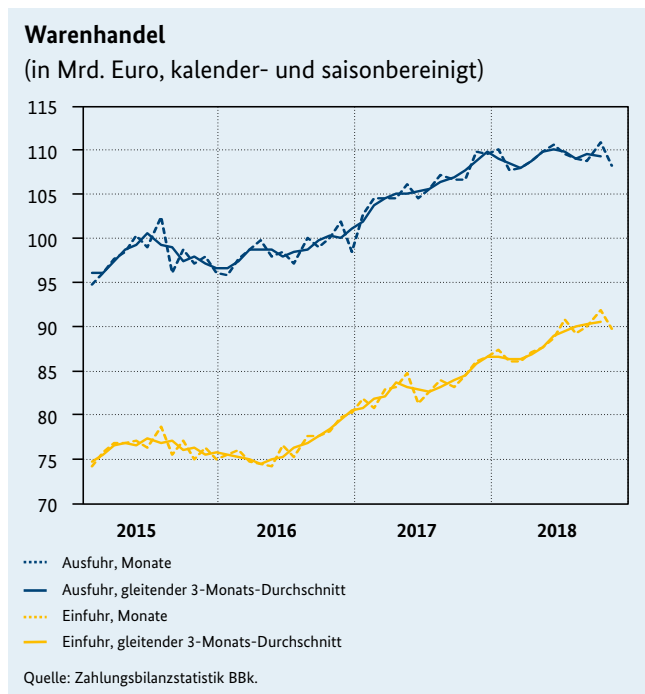
4. Außenwirtschaft

Die Exporte und die Importe sinken; der Handelsüberschuss baut sich ab.

Die nationalen Indikatoren zur Außenwirtschaft zeichnen ein verhaltenes Bild.

Im November 2018 wurden von Deutschland Waren und Dienstleistungen im Wert von 138,9 Mrd. Euro exportiert. Damit gingen die Ausfuhren nach ihrer Erholung im Oktober saisonbereinigt um 1,6% gegenüber dem Vormonat zurück. Im Zweimonatsvergleich sind die Ausfuhren um 0,9% gestiegen. Die Ausfuhrpreise haben sich im gleichen Zeitraum erhöht, so dass die Ausfuhren in realer Rechnung einen etwas schwächeren Anstieg aufweisen dürften. Kumuliert haben sich die Exporte in den ersten elf Monaten von 2018 nominal um 3,6% gegenüber dem Vorjahreszeitraum erhöht.

Den Ausfuhren standen im November Einfuhren von Waren und Dienstleistungen in Höhe von 119,2 Mrd. Euro gegenüber. Im Vergleich zum Vormonat resultiert daraus nach einer kräftigen Steigerung im Oktober saisonbereinigt ein Minus von 1,0%. Im Zweimonatsvergleich kam es in jeweiligen Preisen zu einem Plus von 1,3%. In preisbereinigter Rechnung dürfte der Zuwachs im Zuge gestiegener Einfuhrpreise niedriger ausfallen. Im bisherigen Jahresverlauf erhöhten sich die Einfuhren im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nominal um 5,6%.



Der Saldo von Aus- und Einfuhren beim Handel mit Waren und Dienstleistungen lag in den ersten elf Monaten von 2018 in Ursprungszahlen bei 211,0 Mrd. Euro. Gegenüber dem Vorjahreswert ergibt sich damit ein Abbau des Überschusses um 15,2 Mrd. Euro.

Die gedämpften Signale der nationalen Indikatoren zur Außenwirtschaft deuten auf eine verhaltene Entwicklung hin. Die ifo Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe fielen im Dezember auf ein Zwei-Jahres-Tief. Die Auftragsingänge aus dem Ausland deuten mit einer Abnahme um 3,2% im November ein weiteres negatives Quartalsergebnis an. Auch der reale effektive Wechselkurs des Euro gegenüber den 56 wichtigsten Handelspartnern Deutschlands verschlechterte sich im Dezember. Angesichts der weiterhin intakten Weltkonjunktur bleiben die Perspektiven für

Außenhandel*

	Q2	Q3	Sep.	Okt.	Nov
Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik)					
Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
Ausfuhr	1,0	0,3	-0,4	1,9	-1,6
Einfuhr	1,9	2,8	-0,4	2,0	-1,0
Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik)					
Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
Ausfuhr	5,1	2,9	-1,0	8,7	0,0
Eurozone	5,6	3,8	0,7	9,1	-0,4
EU Nicht-Eurozone	6,0	1,7	-1,7	7,0	1,3
Drittländer	4,2	2,7	-2,2	9,2	-0,4
Einfuhr	6,3	8,1	5,6	10,8	3,6
Eurozone	7,2	9,2	6,7	7,4	2,2
EU Nicht-Eurozone	8,7	3,6	2,6	8,5	3,1
Drittländer	3,8	9,5	6,2	16,9	5,9

Quellen: StBA, BBk.

* Angaben in jeweiligen Preisen

den deutschen Außenhandel trotz gedämpfter Indikatorenlage und bei allen Unsicherheiten grundsätzlich positiv.

5. Arbeitsmarkt

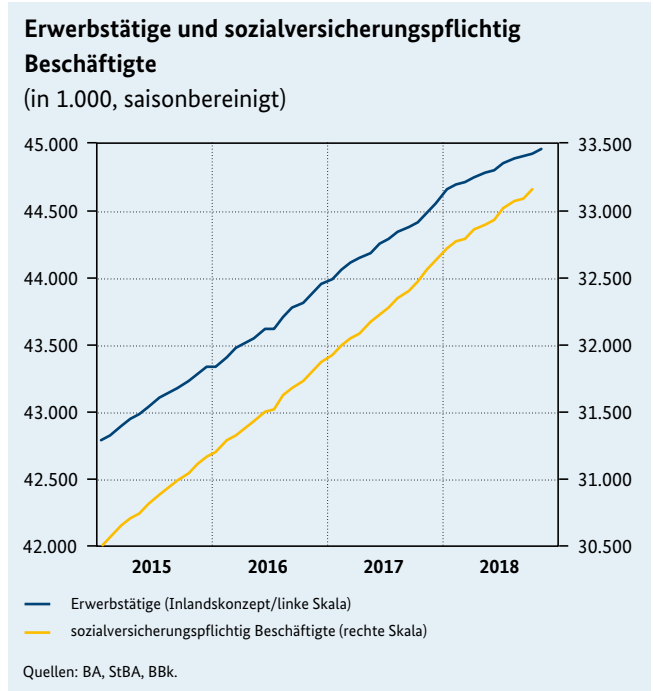
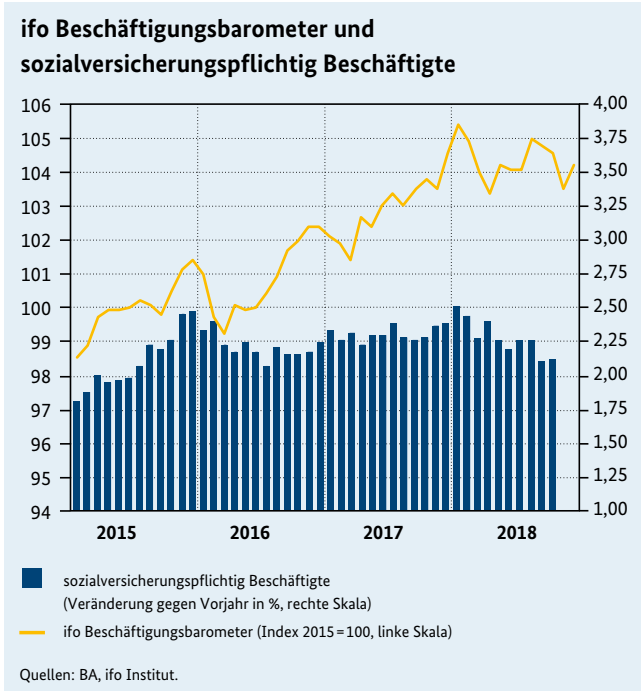
Die Beschäftigung nimmt weiterhin zu.

Die Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung gingen im Dezember weiter zurück.

Die Frühindikatoren senden weiterhin positive Signale.

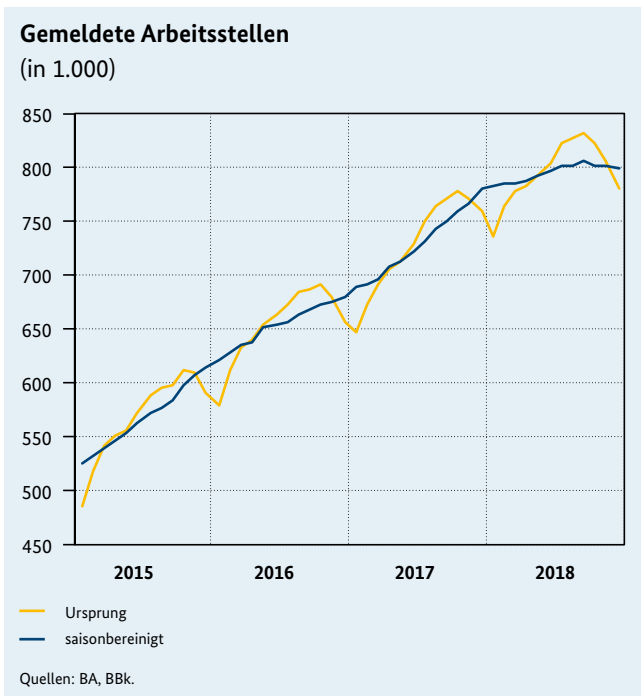
Der Arbeitsmarkt zeigt weiterhin eine positive Entwicklung. Die Erwerbstätigkeit wird mit gleichbleibendem Tempo ausgeweitet. Die Zahl der Arbeitslosen stieg zum Jahresende jahreszeitlich bedingt moderat, aber weniger stark als in den letzten Jahren. Die Arbeitslosenquote blieb dadurch unter der 5 Prozent-Marke. In der saisonbereinigten Betrachtung setzt sich der schrittweise Rückgang von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung fort. Die Nachfrage nach Arbeitskräften bleibt in vielen Sektoren sehr hoch, es gibt aber Anzeichen für eine etwas ruhigere Gangart bei der Ausweitung der Beschäftigung.

Die Frühindikatoren der Bundesagentur für Arbeit (BA), des ifo Instituts und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufs-



forschung (IAB) entwickelten sich am aktuellen Rand leicht unterschiedlich. Sie zeigen dennoch weiterhin eine kräftige Nachfrage nach Arbeitskräften sowie einen schrittweisen Abbau der Arbeitslosigkeit an.

Der monatliche Zuwachs bei der Erwerbstätigkeit im Inland war im November etwas kräftiger. Der Anstieg lag bei 34.000 Personen. In Ursprungszahlen wurden 45,2 Mio. Erwerbstätige ausgewiesen. Der Zuwachs zum Vorjahr hat sich auf 1,1% abgeschwächt.



Der Anstieg bei der Erwerbstätigkeit basiert auf der steigenden sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Saisonbereinigt nahm sie im Oktober mit 68.000 Personen wieder deutlich stärker zu. Nach den Ursprungszahlen belief sie sich auf 33,5 Mio. Personen. Gegenüber dem Vorjahr betrug der Anstieg 696.000 Personen. Weiterhin sind in nahezu alle Branchen mehr Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt als im Vorjahresmonat. Allerdings hat sich der Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung deutlich beschleunigt.

Die von der Bundesagentur für Arbeit gemeldete Arbeitslosigkeit sank im Dezember saisonbereinigt um 14.000 Personen nahezu im Tempo des Vormonats. Nach Ursprungszahlen stieg die Arbeitslosigkeit auf 2,21 Mio. Personen, aber schwächer als jahreszeitlich üblich. Der Vorjahresstand wurde um 175.000 Personen unterschritten.³ Die Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Instrumente hat im Vorjahresvergleich zugenommen. Die sogenannte Fremdförderung, die unter anderem Integrations- und Sprachkurse umfasst,

3 Die Arbeitslosigkeit deutscher Staatsbürger sank im Dezember im Vorjahresvergleich um 150.000 Personen bzw. 8,6%. Auch bei ausländischen Staatsbürgern ging sie weiter zurück (um 26.000 Personen bzw. 4,1%).

Arbeitsmarkt

Arbeitslose (SGB III)

	Q3	Q4	Okt.	Nov.	Dez.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,311	2,200	2,204	2,186	2,210
gg. Vorjahr in 1.000	-193	-181	-185	-182	-175
gg. Vorperiode in 1.000*	-36	-47	-12	-16	-14
Arbeitslosenquote	5,1	4,9	4,9	4,8	4,9

Erwerbstätige (Inland)

	Q2	Q3	Sep.	Okt.	Nov.
in Mio. (Ursprungszahlen)	44,8	45,0	45,1	45,2	45,2
gg. Vorjahr in 1.000	588	537	521	509	483
gg. Vorperiode in 1.000*	89	96	19	29	34

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

	Q2	Q3	Aug.	Sep.	Okt.
in Mio. (Ursprungszahlen)	32,8	33,1	33,1	33,4	33,5
gg. Vorjahr in 1.000	733	716	731	687	696
gg. Vorperiode in 1.000*	137	166	51	24	68

Quellen: BA, StBA, BBk.

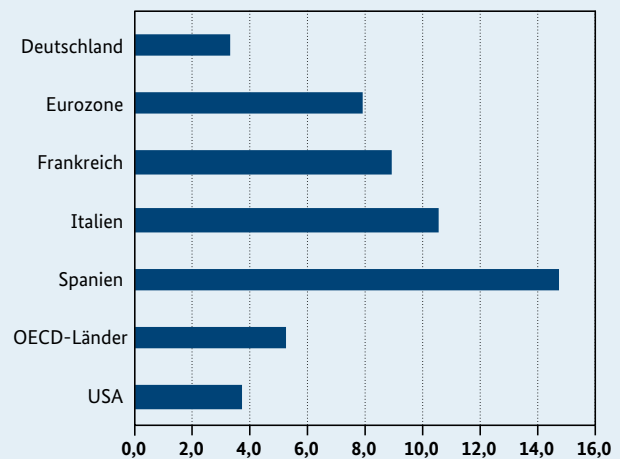
* kalender- und saisonbereinigte Angaben

ging zum Vorjahr deutlich zurück. Die Arbeitslosenquote stieg leicht auf 4,9%. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen verringerte sich im Dezember auf 764.000 Personen, dies sind fast 100.000 Personen weniger als vor einem Jahr.

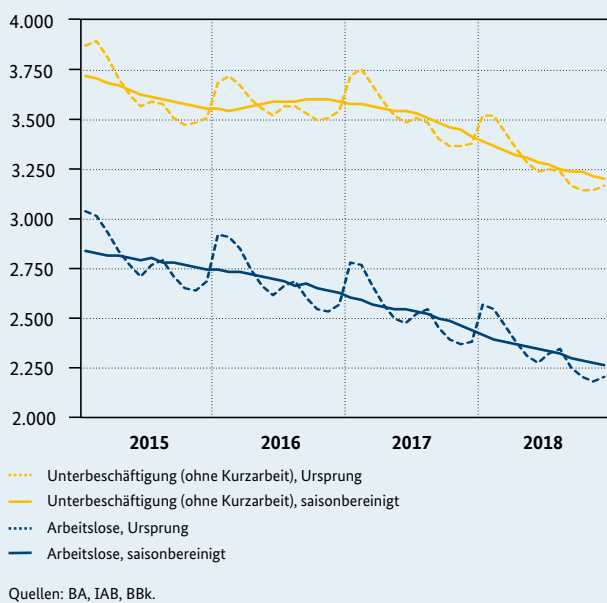
Die Erwerbslosenquote (saisonbereinigt, ILO-Konzept) lag im November weiterhin bei 3,3%. Die Quote ist im internationalen Vergleich äußerst niedrig.

Internationale Erwerbslosenquoten

(ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: November 2018)



Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung (in 1.000)



Die Unterbeschäftigung, die neben Arbeitslosen auch Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen umfasst oder Personen die kurzfristig arbeitsunfähig sind, verringerte sich im Dezember saisonbereinigt um 11.000 Personen. Nach den Ursprungszahlen stieg sie leicht auf 3,16 Mio. Personen. Im Vergleich zum Vorjahr war der Rückgang der Unterbeschäftigung ohne Kurzarbeit um 210.000 Personen kräftiger als der Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Die Arbeitslosigkeit sinkt weiterhin nicht in dem Maße wie die Beschäftigung zunimmt. Der Beschäftigungsaufbau erfolgt zu einem Großteil aus dem Anstieg des Erwerbspersonenpotentials durch Zuwanderung⁴ sowie eine steigende Erwerbsneigung insbesondere von Frauen und älteren Erwerbspersonen.

4 Die Ausweitung des Arbeitskräfteangebots infolge der europäischen Arbeitnehmerfreizügigkeit und der Fluchtmigration hat zu einem Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von Menschen aus den wichtigsten Zuwanderungsländern – neue osteuropäische Mitgliedsstaaten, GIPS-Staaten Griechenland, Italien, Portugal und Spanien, 8 nichteuropäische Asylherkunftsländer, Westbalkan-Staaten, Russland und Ukraine – geführt (im Oktober gegenüber dem Vorjahr um 302.000 Personen). Die Zahl der Arbeitslosen aus diesen Ländern war im Dezember zum Vorjahr erneut rückläufig (Rückgang um 10.000 Personen). Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm bei den Personen aus den wichtigsten nichteuropäische Asylherkunftsländern um 95.000 Personen zu, die Arbeitslosigkeit nahm – bei umfangreichem Einsatz von Integrationskursen und Fördermaßnahmen – nur marginal zu.

6. Preise

Der Anstieg der Ölpreise sorgte im zurückliegenden Jahr für einen beschleunigten Preisauftrieb auf allen Wirtschaftsstufen.

Die Inflationsrate stieg im Jahresdurchschnitt 2018 leicht auf 1,9%.

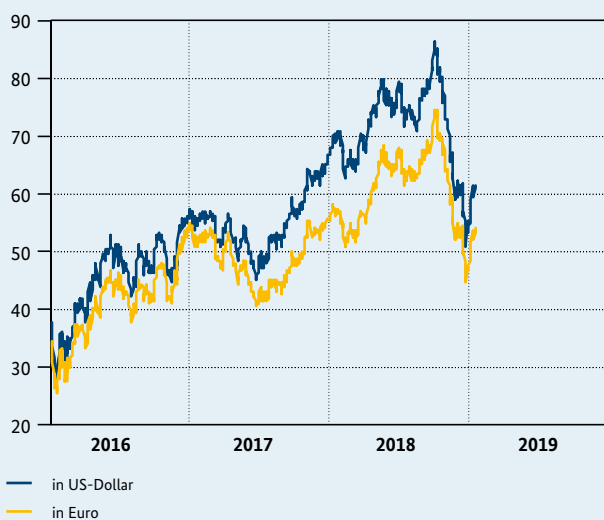
Im Verlauf des vergangenen Jahres haben die gestiegenen Rohölpreise den Preisauftrieb in Deutschland merklich verstärkt. Nach dem erreichten Jahreshöchststand von Anfang Oktober ging der Rohölpreis zum Jahresende 2018 aber wieder deutlich zurück. Mitursächlich für den Preisverfall im vierten Quartal war trotz der jüngst in Kraft getretenen US-Sanktionen gegen den Iran eine weltweit gute Ölversorgung. Dazu trugen nicht nur der anhaltende US-Fracking-Boom, sondern auch die zeitgleichen Produktionssteigerungen in Saudi-Arabien, Russland und Libyen bei. Mitte Januar notierte der Rohölpreis der europäischen Leitsorte Brent bei ca. 61 Dollar je Barrel. Damit ist der Preis seit seinem Höhepunkt vor drei Monaten um knapp 28 % gefallen. Im Vergleich zum Vorjahr reduzierte er sich um knapp 12 %.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass der Preisauftrieb in Deutschland im Verlauf des Jahres 2019 aufgrund des Rückgangs des Rohölpreises nachlassen wird.

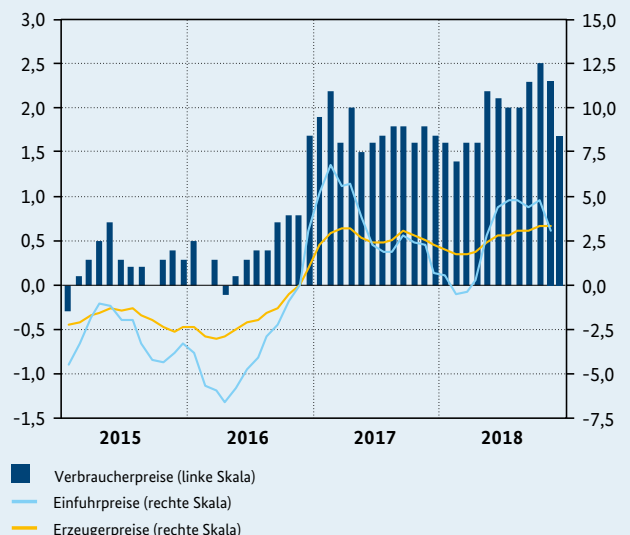
Die Einfuhrpreise gingen im November gegenüber Oktober um 1,0% zurück. Hier wirkten sich vor allem die kräftig gesunkenen Preise für Energieprodukte, speziell für Rohöl und Mineralprodukte, aus. Im Vergleich zum Vorjahr war die Preisentwicklung für Importwaren mit +3,1% merklich moderater als in den Vormonaten. Ausschlaggebend dafür war, dass sich der Preisdruck von Seiten der Energiepreise nahezu halbierte. Dennoch beeinflusste der Preisanstieg bei Erdöl, Erdgas und Mineralölerzeugnissen im Vergleich zum Vorjahr weiterhin maßgeblich die Preisentwicklung bei den Importerzeugnissen. Bleiben die schwankungsanfälligen Energiepreise außen vor, lagen die Preise für Importgüter lediglich 1,1% über dem Vorjahresniveau.

Die Preise für deutsche Exportwaren sanken im November gegenüber dem Vormonat nur leicht um 0,1%. Abgesehen von der Preisentwicklung bei Energieprodukten, die sich um 4,0% verbilligten, zeigte sich keine größere Bewegung. Binnen Jahresfrist legten die Ausfuhrpreise mit einer Rate von +1,7% etwas weniger stark zu als im Oktober, da sich auch bei den Ausfuhrgütern die Preissteigerung im Energiebereich deutlich abgeschwächt. Ohne Berücksichtigung der Energiepreise verharteten die Preise für Exportgüter bereits den dritten Monat in Folge bei einer moderaten Jahresrate von 1,3%. Die Terms of Trade verbesserten sich im November im Zuge des Rohölpreisverfalls gegenüber dem Niveau des Vormonats um 0,8%. Gegenüber dem Niveau des Vorjahres verschlechterten sie sich um 1,4%, allerdings mit steigender Tendenz.

Rohölpreis der Sorte Brent
(je Barrel)



Preisentwicklung
(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



Im Inlandsabsatz nahmen die Erzeugerpreise im November im Vergleich zum Oktober aufgrund höherer Energiepreise um 0,1% zu. Im Vorjahresvergleich lag der Preisanstieg auf der Produzentenstufe wie im Oktober bei +3,3%. Am stärksten fielen die Preiserhöhungen im Bereich Energie aus, die sich im Vergleich zum Vorjahr noch um 8,9% verteuerten. Deutlich weniger stark verteuerten sich die Preise bei Vorleistungs-, Investitions- und Konsumgütern.

Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Nov.	Dez.	Nov.	Dez.
Insgesamt	0,1	0,1	2,3	1,7
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,0	0,6	1,5	1,5
Nahrungsmittel	-0,2	0,3	1,4	1,0
alkoholische Getränke, Tabakwaren	-0,1	-0,3	3,4	2,8
Bekleidung und Schuhe	-0,4	-2,0	1,3	0,9
Wohnung, Betriebskosten	0,4	-0,6	2,6	1,9
Möbel, Geräte für den Haushalt	0,1	0,0	1,1	1,0
Gesundheitspflege	-0,1	0,1	1,4	1,4
ambulante Gesundheitsdienstleistungen	0,0	0,0	0,5	0,5
Verkehr	1,0	-1,6	5,4	3,5
Nachrichtenübermittlung	0,0	0,0	-0,8	-0,7
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	-0,5	5,3	0,6	1,4
Pauschalreisen	-0,8	22,9	0,3	2,6
Bildungswesen	0,0	0,1	-3,2	-3,1
Beherbergungs- u. Gaststättendienstl.	-0,1	0,2	2,4	2,3
Andere Waren und Dienstleistungen	0,1	0,0	1,8	1,8
Energie	1,8	-4,2	9,3	4,8
Haushaltsenergie	1,2	-3,0	6,5	3,2
Strom	0,1	0,0	1,0	1,0
Gas	0,0	0,1	-1,4	-1,4
Heizöl	5,9	-16,7	40,7	16,1
Feste Brennstoffe	0,9	-0,3	3,0	3,3
Zentralheizung, Fernwärme	0,8	0,0	3,7	3,5
Kraftstoffe	2,8	-6,4	15,0	8,6
Dienstleistungen	-0,1	1,3	1,5	1,5
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,2	-0,4	-	-

Quellen: StBA, BBk.

Die Verbraucherpreise erhöhten sich im Dezember gegenüber dem Vormonat nur leicht um 0,1%. Die üblichen saisonbedingten Preiserhöhungen zur Weihnachtszeit, insbesondere für Nahrungsmittel und Dienstleistungen, wurden dabei durch die niedrigeren Energiepreise kompensiert. Die Inflationsrate – die Preissteigerung auf Jahressicht – hat sich im Zuge dessen deutlich abgeschwächt und lag zum

Jahresende bei +1,7%. In den sieben Monaten davor hatte die Inflationsrate die 2%-Marke überschritten. Die Kerninflation, die die volatilen Nahrungsmittel- und Energiepreise nicht einschließt, blieb im Dezember unverändert bei +1,5%. Sie lag damit nur noch geringfügig unter der Gesamtrate. Dies zeigt, dass die binnenwirtschaftliche Preisdynamik, vor allem bei Dienstleistungen und Mieten, stärker zum Tragen kommt.

Im Jahresdurchschnitt 2018 erhöhten sich die Konsumentenpreise leicht beschleunigt um 1,9%, nach einem Preisanstieg von 1,8% im Jahr 2017 und 0,5% im Jahr 2016.

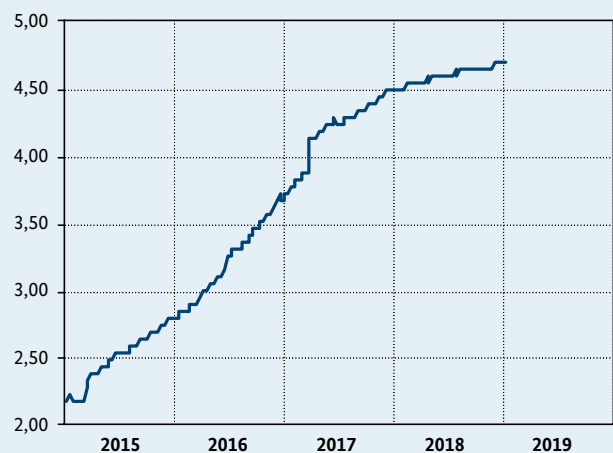
7. Monetäre Entwicklung

Die amerikanische Zentralbank erhöhte die Zinsen im Dezember zum vierten Mal im Jahr 2018.

Die EZB hat ihr Nettoanleihekaufprogramm zu Beginn des Jahres auslaufen lassen.

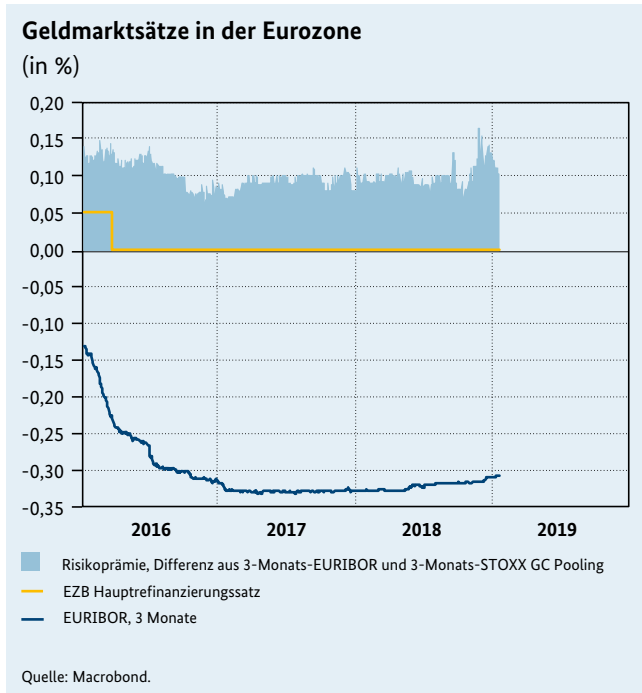
Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) ist weiterhin expansiv ausgerichtet. Seit März 2016 liegt der Hauptrefinanzierungssatz bei 0,0%. Für die Einlagefazilität fällt ein Zins in Höhe von -0,4% an; der Spitzenrefinanzierungssatz liegt bei 0,25%. Seit Beginn des neuen Jahres hält die EZB das Anleihevolumen konstant. Die Bilanz der EZB hat sich durch die Ankaufprogramme seit Dezember 2014 von 2,0 auf derzeit knapp 4,7 Billionen Euro mehr als verdoppelt.

EZB-Bilanzsumme
(in Bio. Euro)



Quellen: EZB, Macrobond.

Die nach wie vor hohe Überschussliquidität von derzeit 1.866 Mrd. Euro führt dazu, dass die Zinsen auf dem Interbankenmarkt nahe dem Einlagesatz liegen: Der besicherte Interbankenzins beträgt derzeit -0,4 %, der unbesicherte -0,3 %.

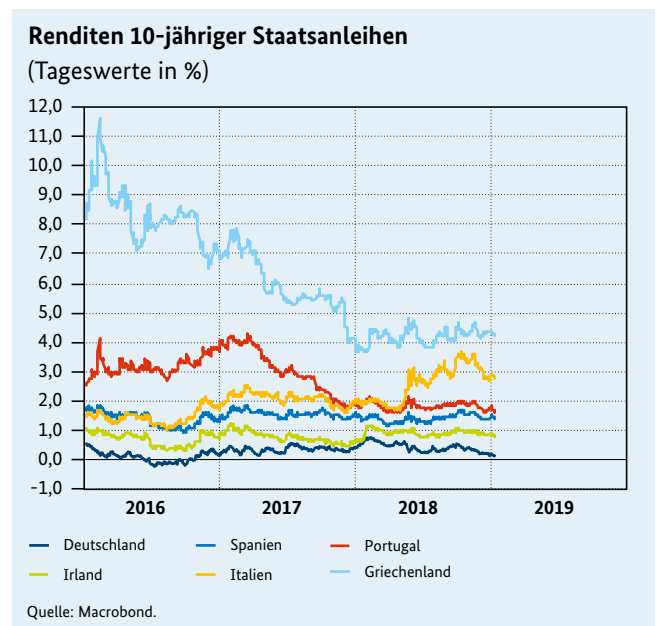
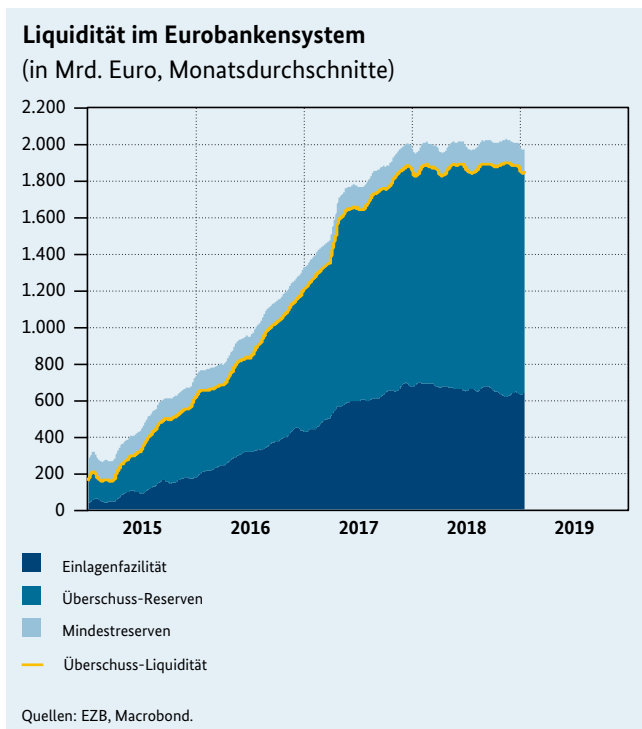


Nach Einschätzung der EZB expandiert die Wirtschaft in der Eurozone weiterhin, wenngleich die Risiken zugenommen haben. Nach einer ersten Schätzung von Eurostat ist die Inflationsrate im Euroraum im Dezember auf 1,6 % gesunken, gegenüber 1,9 % im November. Der Rückgang ist dabei maßgeblich auf niedrigere Energiepreise zurückzuführen, die Kerninflation verharrte bei 1,1 %.

Die US-amerikanische Notenbank (Fed) behält ihren straffen geldpolitischen Kurs bei. Im Dezember erhöhte die Fed zum vierten Mal im Jahr 2018 den Leitzins um 0,25 Prozentpunkte auf eine Spanne von 2,25 bis 2,5 %. Für das Jahr 2019 werden derzeit zwei weitere Erhöhungen erwartet.

Der Euro wertete gegenüber dem US-Dollar im Vormonatsvergleich etwas auf, aktuell notiert er bei 1,14 Dollar. Dahingegen setzte sich die Abwertung des Euros gegenüber dem japanischen Yen bis Anfang Januar fort; derzeit sind für einen Euro ca. 124 Yen fällig. Der Kurs des Euro gegenüber dem britischen Pfund blieb weitgehend stabil. Momentan kostet ein Euro rund 0,90 Pfund. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den 56 wichtigsten Handelspartnern Deutschlands verschlechterte sich im Dezember etwas.

Die Umlaufrendite von Bundesanleihen mit 10-jähriger Laufzeit ist erneut etwas gefallen und liegt momentan bei 0,2 %. Allgemein rangieren auch die Renditen auf Staatsanleihen der übrigen Euroländer auf niedrigem Niveau. Nach den Renditen auf griechische Staatsanleihen (4,2 %) sind aktuell die Renditen auf italienische Staatsanleihen mit



2,8% am höchsten. Auch die Renditen auf Unternehmensanleihen verharren in der Eurozone auf sehr niedrigem Niveau; Anleihen mit sehr guter Bonität (AA) und einer Laufzeit von 10 Jahren liegen derzeit bei etwa 1,2%.

Die Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland verliert seit September etwas an Dynamik. Im November 2018 lagen die Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften rund 5,7% über dem Vorjahresniveau. Nachfrageseitig zeigen die Oktober-Ergebnisse der Umfrage der EZB zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey), dass die Anfragen von Unternehmen nach Krediten weiter zunehmen. Gleichzeitig ist angebotsseitig eine weitere Lockerung der Vergabestandards festzustellen.

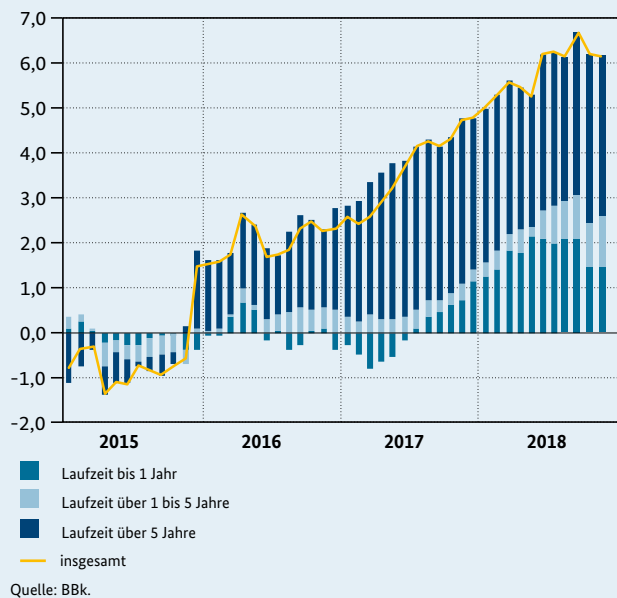
Die Kreditvergabe an private Haushalte zieht weiter an und lag im November um 3,6% über Vorjahreswert. Der stärkste Treiber dieser Entwicklung blieb weiterhin der Zuwachs bei den Wohnungsbaukrediten (+4,9%), die durch das niedrige Zinsniveau und eine starke Nachfrage begünstigt werden.

Die Kreditvergabe im Euroraum hat sich in den zurückliegenden Monaten ebenfalls leicht beschleunigt. Im November stieg das Kreditvolumen für private Haushalte gegenüber dem Vorjahr um 2,8%. Das Kreditvolumen für nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften wuchs um 4,0%.

Der Zinsabstand für Unternehmenskredite innerhalb des Euroraums hat im November nach einer Zunahme im Oktober wieder abgenommen. Nichtfinanzielle ausländische Kapitalgesellschaften im Euroraum müssen aktuell durchschnittlich 0,8 Prozentpunkte höhere Kreditzinsen zahlen als deutsche Unternehmen.

Die Geldmenge M3 des Euroraums wächst weiter. Im Vergleich zum Vorjahr nahm sie im November 2018 um 3,7% zu. Dabei ist der Anstieg maßgeblich auf die Ausweitung der enger gefassten Geldmenge M1 zurückzuführen, die im Vergleich zum Vorjahr um 6,7% gestiegen ist.

Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland
(Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten, Ursprungszahlen)



Anhang: Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung¹

Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ²										
	2016			2017				2018			
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	- 0,2
Inländische Verwendung	+ 1,3	- 0,3	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,8
Private Konsumausgaben ³	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,3	- 0,3
Konsumausgaben des Staates	+ 1,8	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	- 0,5	+ 0,8	+ 0,2
Bruttoanlageinvestitionen	+ 1,5	- 1,1	+ 0,7	+ 0,2	+ 2,0	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,4	+ 0,5	+ 0,8
Ausrüstungen	+ 0,0	- 1,8	+ 1,0	- 0,7	+ 2,2	+ 2,7	+ 1,2	+ 0,5	+ 2,1	+ 0,1	+ 0,8
Bauten	+ 2,5	- 1,6	+ 0,3	+ 1,3	+ 2,5	+ 0,7	- 0,1	+ 0,2	+ 1,6	+ 0,9	+ 0,9
Sonstige Anlagen	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,0	- 0,7	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,4	- 0,5	+ 0,3	+ 0,2
Exporte	+ 1,0	+ 1,3	- 0,4	+ 1,3	+ 2,3	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,7	- 0,3	+ 0,8	- 0,9
Importe	+ 2,1	- 0,4	+ 0,4	+ 2,7	+ 1,1	+ 1,9	+ 0,5	+ 1,4	- 0,3	+ 1,5	+ 1,3
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten⁴											
Inländische Verwendung	+ 1,3	- 0,3	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,8
Private Konsumausgaben ³	+ 0,3	0,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	0,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	- 0,1
Konsumausgaben des Staates	+ 0,3	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	0,0
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,3	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2
Ausrüstungen	0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	0,0	+ 0,1	0,0	+ 0,1
Bauten	+ 0,2	- 0,2	0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
Sonstige Anlagen	+ 0,1	+ 0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Vorratsveränderung ⁵	+ 0,3	- 0,3	+ 0,2	+ 0,4	- 0,4	0,0	+ 0,1	0,0	- 0,1	+ 0,2	+ 0,7
Außenbeitrag	- 0,3	+ 0,7	- 0,3	- 0,5	+ 0,7	- 0,2	+ 0,4	+ 0,2	0,0	- 0,2	- 1,0

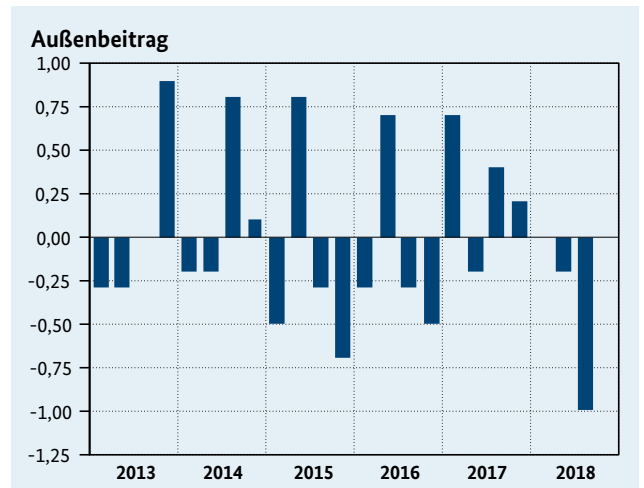
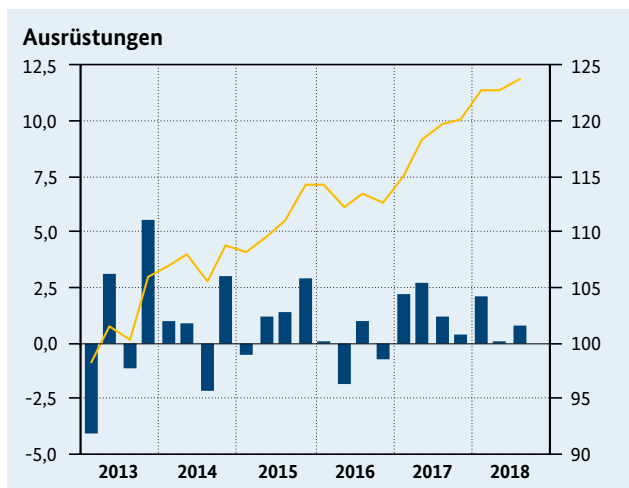
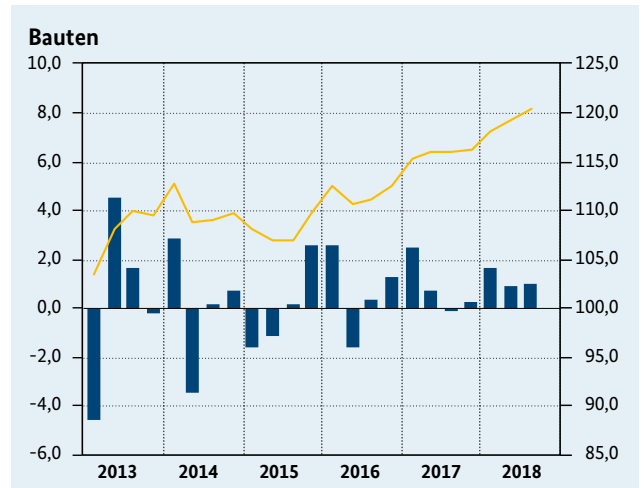
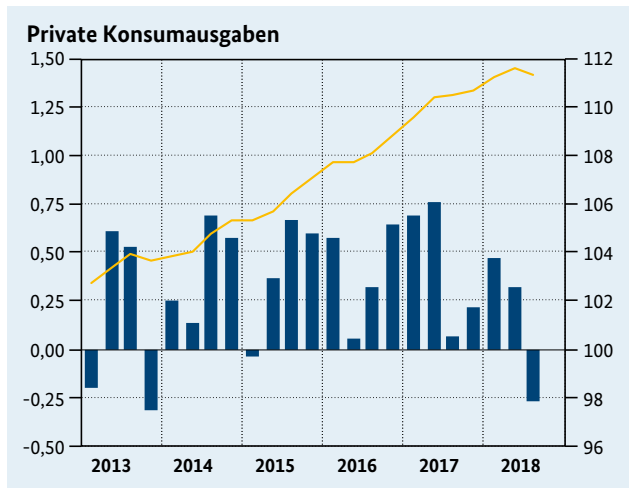
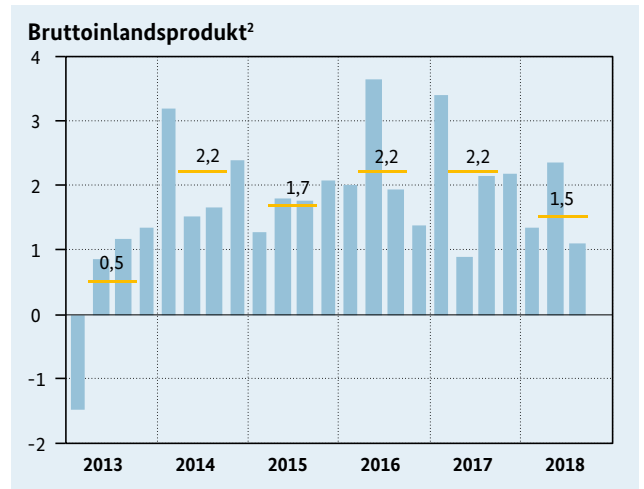
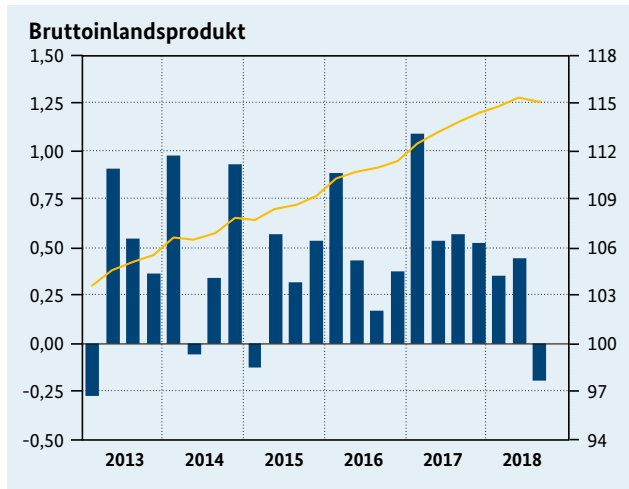
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶										
							2017		2018		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,5	+ 2,2	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,5	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,4	+ 2,3	+ 1,1
Inländische Verwendung	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,6	+ 3,0	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,2	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,9	+ 2,2
Private Konsumausgaben ²	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,0	+ 2,1	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,0	+ 0,5
Konsumausgaben des Staates	+ 1,4	+ 1,6	+ 2,9	+ 4,0	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,7	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,9
Bruttoanlageinvestitionen	- 1,3	+ 3,9	+ 1,6	+ 3,5	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,2	+ 3,4	+ 3,0
Ausrüstungen	- 2,3	+ 5,9	+ 4,1	+ 2,2	+ 3,7	+ 4,5	+ 4,1	+ 4,7	+ 4,5	+ 5,0	+ 3,7
Bauten	- 1,1	+ 2,2	- 1,4	+ 3,8	+ 2,9	+ 3,0	+ 3,0	+ 1,8	+ 1,4	+ 3,5	+ 3,3
Sonstige Anlagen	+ 0,5	+ 5,1	+ 5,4	+ 5,2	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 1,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4
Exporte	+ 1,7	+ 4,7	+ 5,3	+ 2,3	+ 4,6	+ 2,4	+ 4,9	+ 4,7	+ 2,1	+ 4,3	+ 1,1
Importe	+ 3,0	+ 3,7	+ 5,6	+ 4,1	+ 4,8	+ 3,4	+ 5,5	+ 3,7	+ 2,6	+ 3,7	+ 3,8

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010 = 100;
- 2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
- 4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
- 5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
- 6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten¹

Bundesrepublik Deutschland



— Kettenindex (rechte Skala)
■ Veränderung gegen Vorquartal in %, Außenbeitrag: Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten (linke Skala)
■ Veränderung gegen Vorjahr in %, gelber Balken = Jahresdurchschnitte

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;

² Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ¹										
	2016			2017				2018			
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen²											
Bruttowertschöpfung	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	- 0,1
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	+ 4,2	- 0,1	+ 0,4	- 0,0	+ 0,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,0	- 0,4	+ 0,2	- 0,6
Baugewerbe	+ 0,6	+ 0,4	- 0,1	- 0,6	+ 2,5	+ 1,4	- 0,3	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,2
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	+ 0,4	+ 0,2	- 0,0	+ 1,1	+ 2,1	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,2	- 0,5
Finanz- und Versicherungsdienstleister	+ 1,1	- 0,7	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,3
Unternehmensdienstleister	- 1,2	+ 2,5	- 1,0	+ 0,6	+ 1,6	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,8	- 0,5
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2

	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁹										
	2017						2018				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Preisentwicklung											
Preisindex	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9
Inländische Verwendung	+ 1,6	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,8	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,5
Private Konsumausgaben	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,6
Kennzahlen											
Erwerbstätige ³	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,3
Arbeitsvolumen ⁴	- 0,3	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,3	+ 2,5	+ 1,4
Arbeitsproduktivität ⁵	- 0,1	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,8	- 0,1	+ 1,0	- 0,2
Lohnkosten je Arbeitnehmer ⁶	+ 1,8	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,6	+ 3,0	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,9	+ 3,2
Lohnstückkosten ⁷	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,9	+ 2,8	+ 1,9	+ 1,7	+ 2,8	+ 1,9	+ 3,4
verfügbares Einkommen ⁸	+ 1,3	+ 2,5	+ 2,6	+ 3,0	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,6	+ 2,9	+ 3,5	+ 3,2	+ 2,9
Terms of Trade	+ 1,1	+ 1,4	+ 2,6	+ 1,7	- 1,0	- 0,7	- 0,1	- 0,5	+ 0,2	- 0,5	- 1,4

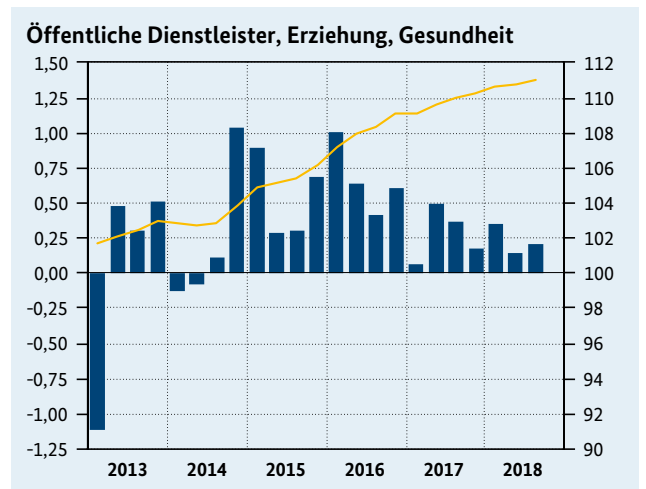
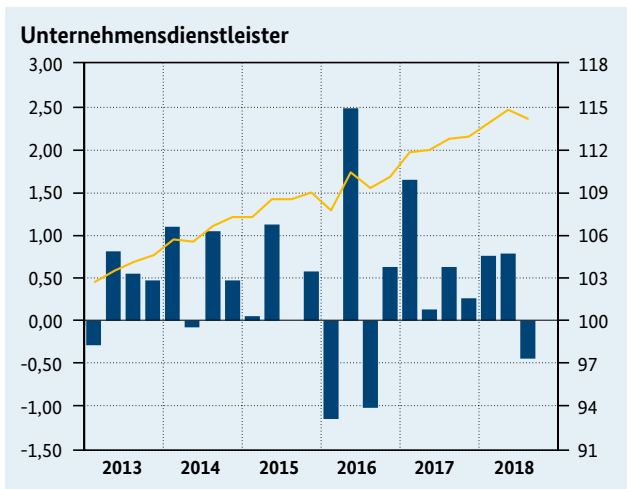
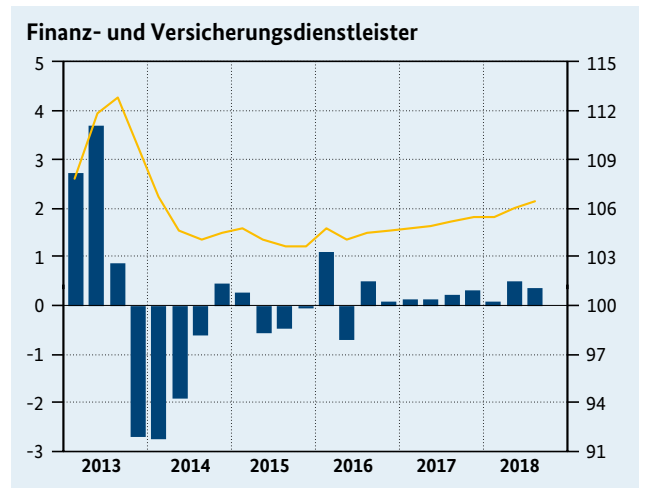
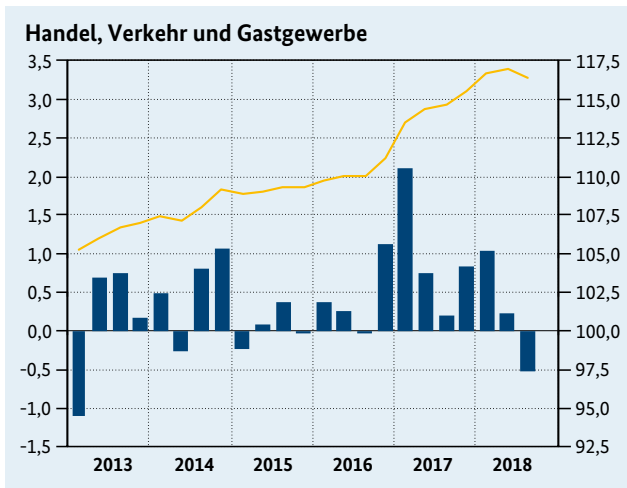
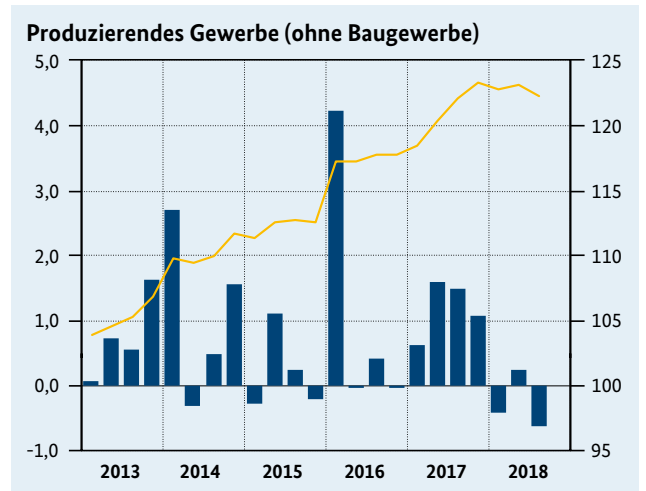
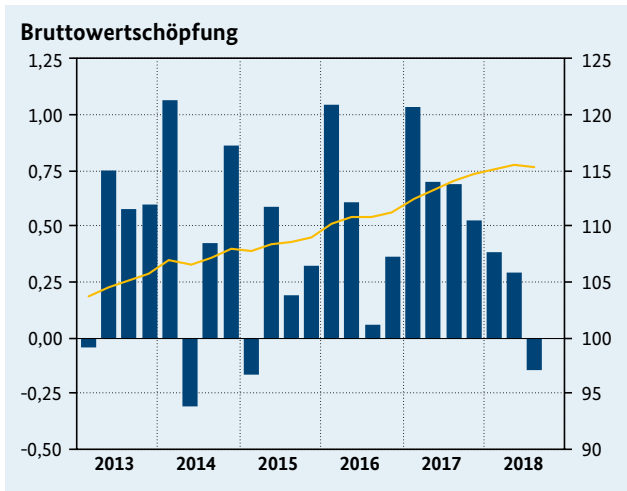
Prognose Bruttoinlandsprodukt ⁹		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2019	2020
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	12/2018	+ 1,6	+ 1,8
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	12/2018	+ 1,1	+ 1,6
IfW	Institut für Weltwirtschaft	12/2018	+ 1,8	+ 1,8
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle	12/2018	+ 1,4	+ 1,8
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	12/2018	+ 1,4	+ 1,6
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development	11/2018	(+ 1,6) ^a	(+ 1,4) ^a
Bundesregierung	Herbstprojektion	10/2018	+ 1,8	+ 1,8
IWF	Internationaler Währungsfonds	10/2018	(+ 1,9) ^a	-
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	09/2018	+ 1,9	+ 1,8

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern; 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen; 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen; a Kalenderbereinigte Werte.

1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

Bundesrepublik Deutschland



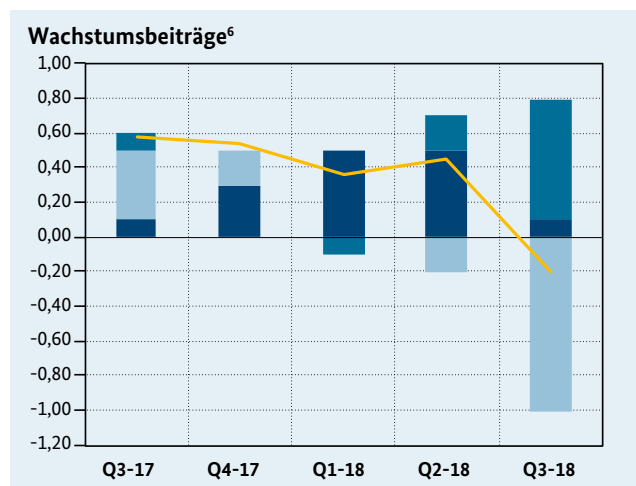
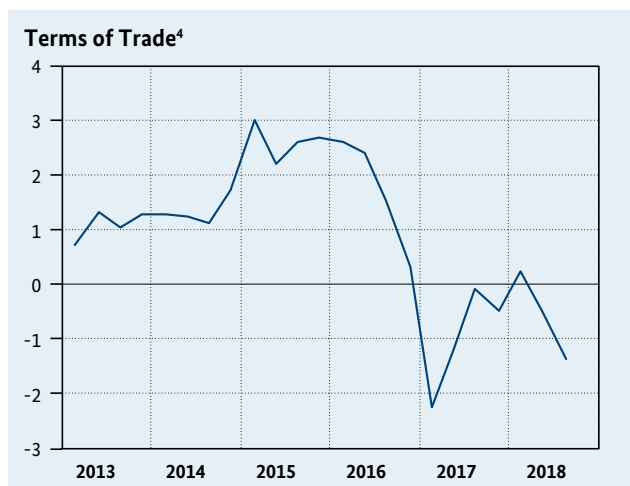
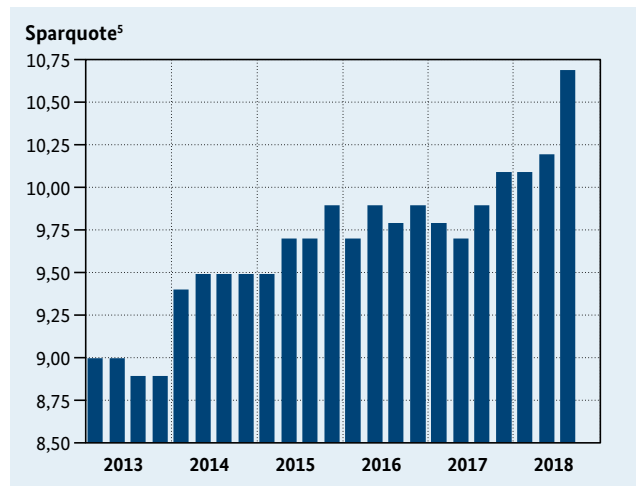
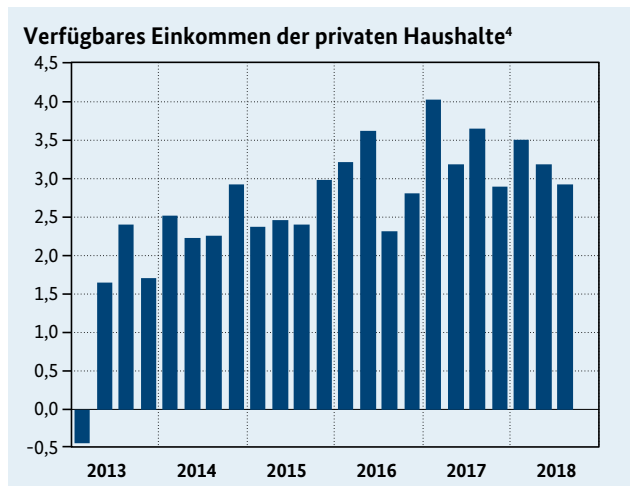
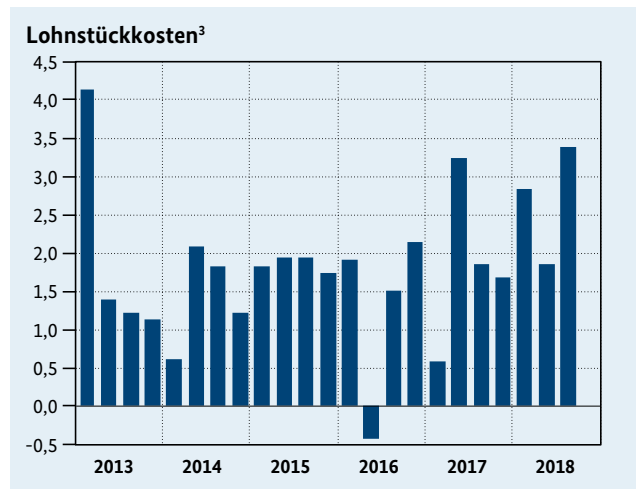
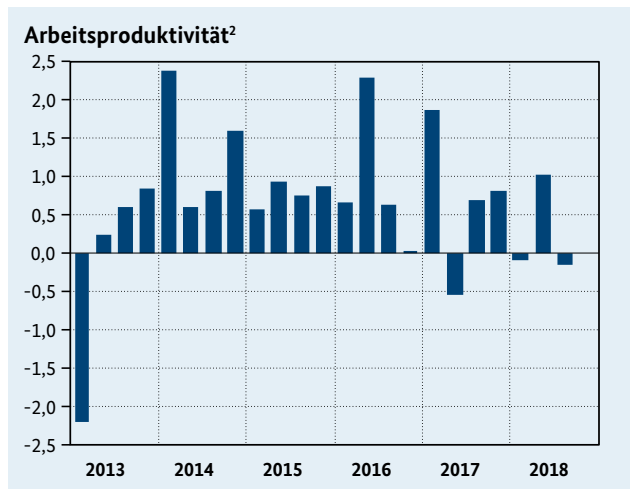
— Kettenindex (rechte Skala)
 ■ Veränderung gegen Vorquartal in % (linke Skala)

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen¹

Bundesrepublik Deutschland



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Außenbeitrag ■ Vorratsveränderungen
■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
— reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

					2015	2016	2017				2018					
	2015	2016	2017	2018	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt¹	Veränderungen gg. Vorperiode in %															
Deutschland	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,5	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	- 0,2
Eurozone (EZ 19) ²	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,4	-	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2
Europäische Union (EU 28) ³	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,4	-	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3
Japan	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,9	-	- 0,4	+ 0,7	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,4	- 0,3	+ 0,7	- 0,6
USA	+ 2,9	+ 1,6	+ 2,2	-	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,8
China	+ 6,8	+ 6,8	+ 6,8	-	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,6

	in % des BIP⁴															
	2015	2016	2017	2018	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP⁴															
Deutschland	+ 9,0	+ 8,5	+ 8,0	-	+ 9,0	+ 8,7	+ 9,0	+ 8,1	+ 8,0	+ 8,1	+ 7,3	+ 8,4	+ 8,2	+ 8,5	+ 8,1	+ 6,7
Eurozone (EZ 19) ²	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,2	-	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,6	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,7	+ 3,3	+ 2,6
Europäische Union (EU 28) ³	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,3	-	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,0
Japan	+ 3,1	+ 3,8	+ 4,0	-	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,8
USA	- 2,2	- 2,3	- 2,3	-	- 2,2	- 2,4	- 2,2	- 2,3	- 2,3	- 2,2	- 2,5	- 2,1	- 2,3	- 2,4	- 2,0	- 2,4
China	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,3	-	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	- 0,2	+ 0,0	+ 0,1

				2017	2018											
	2016	2017	2018	Dez.	Jan.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.
Arbeitslosenquoten⁵	in %															
Deutschland	4,2	3,7	-	3,6	3,5	3,5	3,5	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,3	3,3	3,3	-
Eurozone (EZ 19) ²	10,0	9,1	-	8,6	8,6	8,5	8,5	8,4	8,2	8,2	8,1	8,0	8,0	8,0	7,9	-
Europäische Union (EU 28) ³	8,5	7,7	-	7,2	7,2	7,1	7,0	7,0	6,9	6,8	6,8	6,8	6,7	6,7	6,7	-
Japan	3,1	2,8	-	2,7	2,4	2,5	2,5	2,5	2,2	2,4	2,5	2,4	2,3	2,4	2,5	-
USA	4,9	4,4	3,9	4,1	4,1	4,1	4,0	3,9	3,8	4,0	3,9	3,8	3,7	3,8	3,7	3,9
China	4,0	3,9	3,8	3,9	3,9	3,9	3,9	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8

	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
	2015	2016	2017	2018	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Verbraucherpreise	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
Deutschland	+ 0,4	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,2	+ 1,7
Eurozone (EZ 19) ²	+ 0,2	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,6
Europäische Union (EU 28) ³	+ 0,3	+ 1,7	-	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,0	-
Japan	- 0,1	+ 0,5	-	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,4	+ 0,8	-
USA	+ 1,3	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,2	+ 1,9
China	+ 2,0	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,5	+ 2,9	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,2	+ 1,9

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;

2 Eurozone 19 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2015);

3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);

4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;

5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

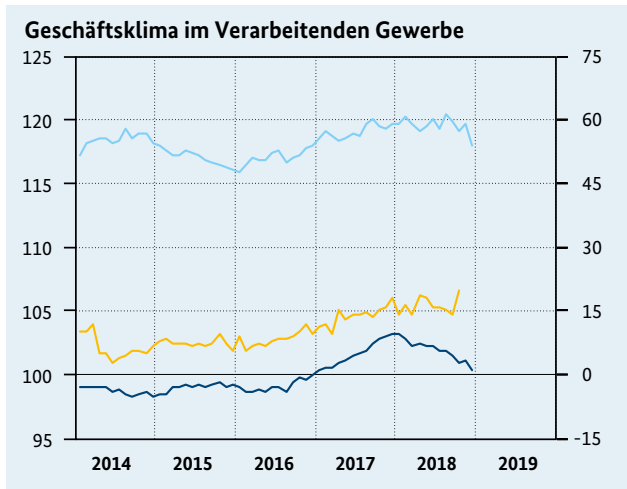
1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

				2018				2018					2019
	2016	2017	2018	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Welt													
OECD & major six CLI ¹	99,7	100,3	-	100,2	100,0	99,7	-	99,7	99,6	99,5	99,5	-	-
CPB Welt Industrieproduktion ²	117,3	121,3	-	124,2	124,8	125,3	-	125,6	125,4	125,6	-	-	-
CPB Welthandel ²	115,6	121,0	-	124,2	124,5	126,1	-	126,7	125,3	126,7	-	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	2225	2305	2655	2586	2736	2724	2572	2751	2859	2692	2389	2203	-
Eurozone													
Vertrauensindikator für die Industrie ³	- 2,6	5,0	5,9	8,5	7,0	5,4	2,5	5,6	4,7	3,0	3,4	1,1	-
Industrieproduktion ⁴	101,6	104,7	-	106,1	106,2	106,1	-	106,7	106,1	106,2	104,4	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,9	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2	1,2	1,3	1,3	1,1	-
Konsumentenvertrauen ⁵	- 7,8	- 2,5	- 1,4	0,5	- 0,0	- 1,8	- 4,3	- 1,9	- 2,9	- 2,7	- 3,9	- 6,2	-
USA													
Einkaufsmanager-Index Verarbeitendes Gewerbe ⁶	51,4	57,4	58,8	59,7	58,7	59,7	57,0	61,3	59,8	57,7	59,3	54,1	-
Industrieproduktion ⁷	102,1	103,7	-	105,9	107,3	108,5	-	108,8	108,9	108,7	109,4	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	1,8	2,3	2,9	2,8	2,9	2,9	3,0	2,9	3,0	3,2	3,1	2,8	-
Konsumentenvertrauen ⁸	99,8	120,5	130,3	127,1	127,2	132,6	134,1	134,7	135,3	137,9	136,4	128,1	-
Japan													
All-Industry-Activity-Index ⁹	102,9	104,7	-	105,1	105,9	105,1	-	105,2	104,7	106,7	-	-	-
Industrieproduktion ¹⁰	100,2	103,0	-	103,3	104,5	103,0	-	103,3	102,9	105,9	104,7	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	- 0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0
Konsumentenvertrauen ¹¹	41,7	43,8	43,6	44,4	43,7	43,4	42,9	43,3	43,4	43,0	42,9	42,7	-
China													
Vertrauensindikator für die Industrie ¹²	50,3	51,6	50,9	51,0	51,6	51,1	49,9	51,3	50,8	50,2	50,0	49,4	-
Industrieproduktion ¹³	+ 6,1	+ 6,5	-	+ 6,6	+ 6,6	+ 6,0	-	+ 6,1	+ 5,8	+ 5,9	+ 5,4	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	2,9	3,6	3,6	3,9	3,6	3,6	3,4	3,6	3,6	3,5	3,4	3,2	-
Konsumentenvertrauen ¹⁴	104,4	115,6	-	122,9	121,3	118,9	-	118,6	118,5	119,1	122,1	-	-

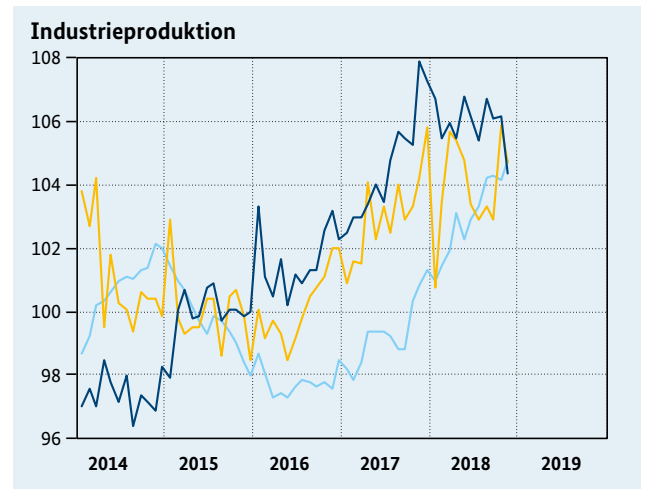
Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

- 1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
- 2 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2015 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 7 Index 2012 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 9 Index 2010 = 100, saisonbereinigt;
- 10 Index 2015 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
- 13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
- 14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

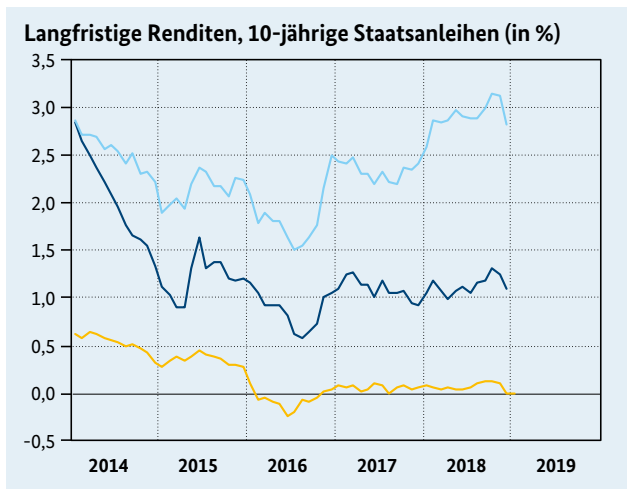
1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



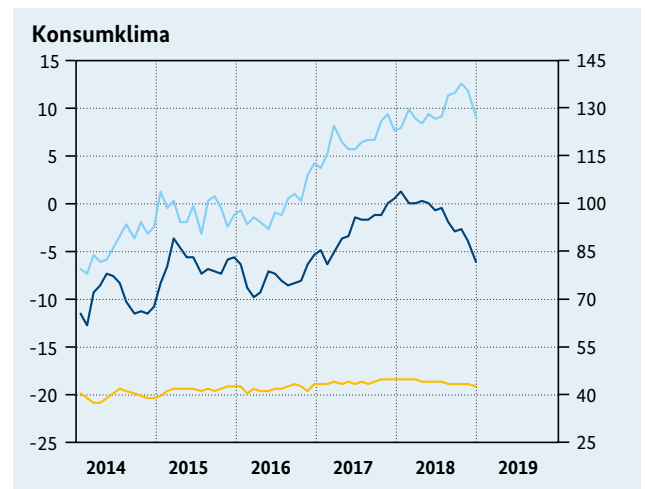
— USA-Einkaufsmanager-Index Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)¹
 — Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)²
 — Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)³



— Eurozone⁶
 — USA⁴
 — Japan⁵



— Eurozone
 — USA
 — Japan



— Eurozone (linke Skala)⁹
 — USA (rechte Skala)⁷
 — Japan (rechte Skala)⁸
 Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

- 1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 2 Index 2010 = 100, saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2015 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 Index 2015 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 6 Index 2015 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

Bundesrepublik Deutschland

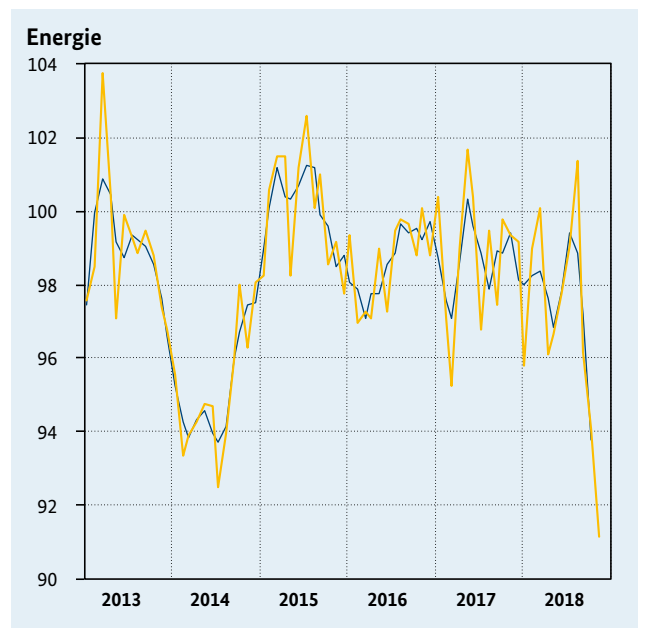
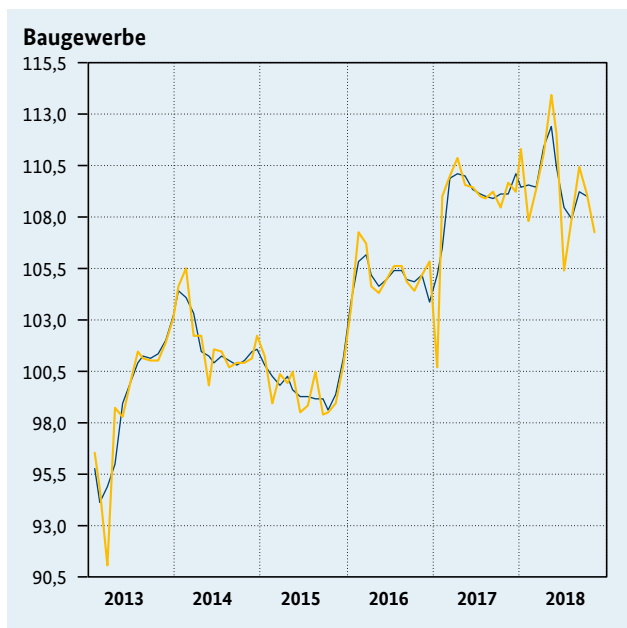
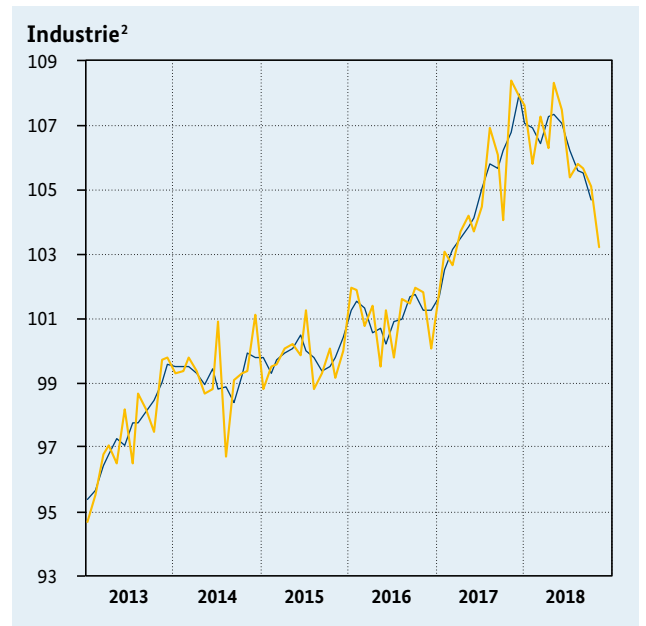
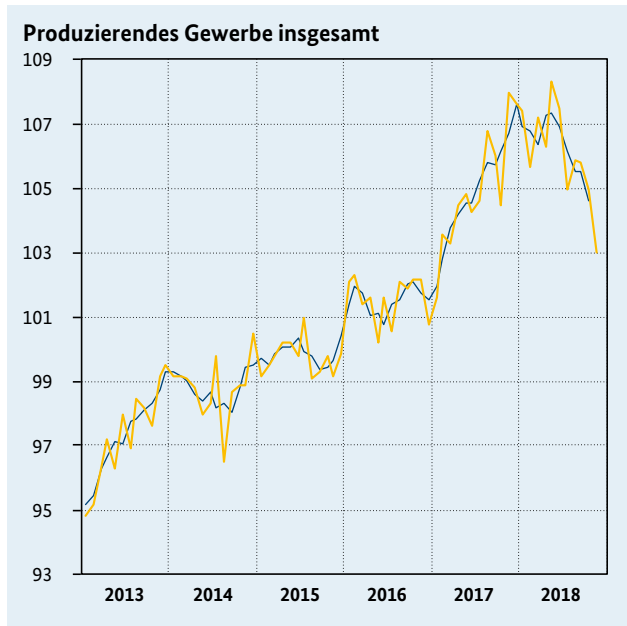
					2017	2018			2018					
		2015	2016	2017	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.
Produktion¹														
Produzierendes Gewerbe	Index	99,8	101,6	105,0	106,7	106,8	107,4	105,6	107,5	105,0	105,9	105,8	105,0	103,0
	gg. Vp. in %	1,0	1,8	3,3	0,9	0,1	0,6	-1,7	-0,7	-2,3	0,9	-0,1	-0,8	-1,9
	gg. Vj. in %	0,9	1,8	3,3	4,7	3,8	3,0	-0,2	3,3	0,3	-0,7	-0,3	0,5	-4,7
Industrie²	Index	99,7	101,1	104,8	106,8	106,9	107,4	105,6	107,5	105,4	105,8	105,7	105,1	103,2
	gg. Vp. in %	0,4	1,4	3,7	0,9	0,1	0,5	-1,7	-0,7	-2,0	0,4	-0,1	-0,6	-1,8
	gg. Vj. in %	0,4	1,4	3,6	5,4	4,3	3,5	-0,2	3,7	0,8	-0,9	-0,4	1,0	-4,8
Vorleistungsgüter	Index	99,8	100,9	105,0	107,5	106,6	106,3	105,3	106,2	105,3	105,6	104,9	104,8	103,8
	gg. Vp. in %	-0,1	1,1	4,1	1,5	-0,8	-0,3	-0,9	-1,1	-0,8	0,3	-0,7	-0,1	-1,0
	gg. Vj. in %	-0,1	1,1	4,0	6,3	3,8	2,5	-0,6	2,8	0,0	-0,6	-1,3	-0,5	-4,2
Investitionsgüter	Index	99,7	101,3	105,0	106,9	107,1	107,7	104,7	107,7	104,5	104,5	105,1	105,2	103,3
	gg. Vp. in %	0,9	1,6	3,7	0,6	0,2	0,6	-2,8	-0,3	-3,0	0,0	0,6	0,1	-1,8
	gg. Vj. in %	0,9	1,6	3,7	5,4	4,3	3,5	-1,4	3,6	0,2	-3,5	-1,3	2,0	-5,4
Konsumgüter	Index	99,8	101,3	103,7	105,0	107,0	109,0	109,0	109,6	108,2	109,6	109,3	105,7	101,4
	gg. Vp. in %	0,1	1,5	2,4	0,6	1,9	1,9	0,0	-1,5	-1,3	1,3	-0,3	-3,3	-4,1
	gg. Vj. in %	0,2	1,4	2,5	3,3	4,8	5,7	4,5	6,5	3,8	5,4	4,4	1,9	-4,8
Baugewerbe	Index	99,6	105,3	108,7	109,2	109,6	112,4	108,0	112,1	105,4	108,0	110,5	109,2	107,3
	gg. Vp. in %	-2,4	5,7	3,2	0,1	0,4	2,6	-3,9	-1,7	-6,0	2,5	2,3	-1,2	-1,7
	gg. Vj. in %	-2,3	5,7	3,2	3,3	3,5	2,3	-0,9	2,2	-3,0	-0,9	1,0	0,4	-1,9
Bauhauptgewerbe ³	Index	99,7	103,1	109,4	109,1	110,5	116,9	116,8	115,7	116,6	114,6	119,3	116,9	116,0
	gg. Vp. in %	-0,7	3,4	6,1	-1,3	1,3	5,8	-0,1	-3,3	0,8	-1,7	4,1	-2,0	-0,8
	gg. Vj. in %	-0,7	3,4	6,1	5,0	4,7	4,7	5,2	4,3	5,1	3,2	7,2	6,2	3,8
Ausbaugewerbe	Index	99,6	106,9	108,2	109,2	108,9	109,0	101,3	109,4	97,0	103,0	103,9	103,4	100,7
	gg. Vp. in %	-4,0	7,3	1,2	1,1	-0,3	0,1	-7,1	-0,3	-11,3	6,2	0,9	-0,5	-2,6
	gg. Vj. in %	-4,0	7,3	1,2	2,3	2,7	0,2	-6,1	0,5	-9,7	-4,3	-4,3	-4,3	-6,4
Energie⁴	Index	100,1	98,7	98,8	99,5	98,3	96,9	98,9	97,8	99,1	101,4	96,2	94,1	91,2
	gg. Vp. in %	5,3	-1,4	0,1	1,6	-1,2	-1,4	2,1	1,1	1,3	2,3	-5,1	-2,2	-3,1
	gg. Vj. in %	5,1	-1,4	0,1	0,3	0,7	-3,5	1,0	-2,6	2,5	2,0	-1,7	-5,7	-8,2
Umsätze in der Industrie¹														
Industrie insgesamt	Index	99,7	100,5	104,7	106,9	106,3	106,1	104,6	105,8	104,6	105,1	104,0	104,7	102,3
	gg. Vp. in %	1,4	0,8	4,2	0,8	-0,6	-0,2	-1,4	-0,7	-1,1	0,5	-1,0	0,7	-2,3
	gg. Vj. in %	1,4	0,7	4,4	6,2	4,0	2,1	-1,3	1,4	-0,1	-1,4	-2,3	-0,1	-5,4
Inland	Index	99,7	99,7	102,6	104,0	104,2	103,5	101,6	103,5	102,3	102,1	100,5	102,3	100,7
	gg. Vp. in %	0,5	0,0	2,9	0,6	0,2	-0,7	-1,8	-0,2	-1,2	-0,2	-1,6	1,8	-1,6
	gg. Vj. in %	0,5	0,0	2,9	4,2	3,6	1,1	-1,7	0,8	0,4	-2,2	-3,4	0,1	-3,9
darunter: Investitionsgüter	Index	99,6	100,1	102,8	103,1	105,6	104,0	100,1	104,5	102,1	100,8	97,4	102,3	101,0
	gg. Vp. in %	2,4	0,5	2,7	-1,1	2,4	-1,5	-3,8	1,5	-2,3	-1,3	-3,4	5,0	-1,3
	gg. Vj. in %	2,4	0,5	2,8	3,2	4,4	1,1	-4,1	0,6	0,6	-5,5	-7,0	2,4	-3,4
Ausland	Index	99,7	101,1	106,8	109,9	108,4	108,7	107,4	108,0	106,9	108,0	107,4	107,1	103,8
	gg. Vp. in %	2,5	1,4	5,6	1,4	-1,4	0,3	-1,2	-1,2	-1,0	1,0	-0,6	-0,3	-3,1
	gg. Vj. in %	2,5	1,4	5,7	8,1	4,5	3,0	-0,8	1,8	-0,5	-0,6	-1,3	-0,3	-6,8
darunter: Eurozone	Index	99,7	103,4	109,7	112,4	112,3	111,4	110,2	110,1	111,5	109,5	109,7	110,0	108,0
	gg. Vp. in %	4,3	3,7	6,1	1,2	-0,1	-0,8	-1,1	-2,8	1,3	-1,8	0,2	0,3	-1,8
	gg. Vj. in %	4,3	3,7	6,1	8,0	5,2	2,6	-0,7	0,4	1,8	-2,0	-1,8	-0,5	-5,1
		2015	2016	2017				2018						
Kapazitäts- und Geräteauslastung⁵		4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Verarbeitendes Gewerbe	in %	84,1	84,5	84,2	84,5	85,3	85,4	86,2	86,9	87,7	88,0	87,7	87,6	87,1

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren X13 JDemetra+); Index 2015 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet, zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

2.2 Entwicklung der Produktion¹

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monats-Durchschnitt
 — Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren X13 JDemetra+; preisbereinigt, Index 2015 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen).

2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

					2017	2018			2018					
		2015	2016	2017	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.
Auftragseingang¹														
Industrie insgesamt	Index	99,8	101,3	107,5	112,0	109,0	107,5	106,4	105,6	104,7	107,2	107,2	107,4	106,3
	gg. Vp. in %	0,9	1,5	6,1	3,5	-2,7	-1,4	-1,0	-3,6	-0,9	2,4	0,0	0,2	-1,0
	gg. Vj. in %	0,9	1,5	6,1	8,2	4,7	1,5	-1,7	-0,8	-0,8	-1,8	-2,6	-3,0	-4,3
Inland	Index	99,7	100,3	105,4	107,5	104,7	103,1	103,9	102,6	104,3	102,2	105,1	101,1	103,5
	gg. Vp. in %	1,6	0,6	5,1	1,6	-2,6	-1,5	0,8	-2,2	1,7	-2,0	2,8	-3,8	2,4
	gg. Vj. in %	1,8	0,5	5,1	4,1	1,3	-2,1	-1,8	-3,0	0,6	-4,7	-1,5	-5,7	-3,6
Ausland	Index	99,9	102,0	109,1	115,4	112,4	110,8	108,3	107,9	105,0	111,0	108,8	112,1	108,5
	gg. Vp. in %	0,5	2,1	7,0	4,9	-2,6	-1,4	-2,3	-4,7	-2,7	5,7	-2,0	3,0	-3,2
	gg. Vj. in %	0,4	2,2	7,1	11,2	7,3	4,1	-1,6	0,8	-1,8	0,5	-3,3	-1,0	-4,8
Eurozone	Index	100,0	104,6	111,8	117,9	117,1	111,2	109,0	110,8	108,6	108,5	109,8	117,9	104,2
	gg. Vp. in %	4,1	4,6	6,9	5,4	-0,7	-5,0	-2,0	-3,1	-2,0	-0,1	1,2	7,4	-11,6
	gg. Vj. in %	3,9	4,8	7,1	10,2	9,0	1,0	-2,5	0,6	-0,7	-2,4	-4,4	3,6	-10,0
Nicht-Eurozone	Index	99,8	100,3	107,4	113,9	109,5	110,6	107,8	106,1	102,8	112,5	108,2	108,6	111,1
	gg. Vp. in %	-1,7	0,5	7,1	4,7	-3,9	1,0	-2,5	-5,8	-3,1	9,4	-3,8	0,4	2,3
	gg. Vj. in %	-1,6	0,6	7,0	12,0	6,3	6,1	-1,0	0,8	-2,5	2,1	-2,5	-3,8	-1,5
Vorleistungsgüter	Index	99,8	100,9	108,2	112,1	108,5	109,8	107,9	107,9	108,7	108,2	106,9	107,2	102,5
	gg. Vp. in %	-0,6	1,1	7,2	2,4	-3,2	1,2	-1,7	-1,7	0,7	-0,5	-1,2	0,3	-4,4
	gg. Vj. in %	-0,5	1,1	7,2	9,6	3,1	3,5	-1,4	0,4	2,1	-4,0	-2,5	-2,4	-9,4
Inland	Index	99,8	99,5	105,3	108,2	106,0	104,6	104,8	105,1	106,0	103,3	105,0	102,9	100,8
	gg. Vp. in %	-0,8	-0,3	5,8	1,0	-2,0	-1,3	0,2	-0,3	0,9	-2,5	1,6	-2,0	-2,0
	gg. Vj. in %	-0,7	-0,3	5,7	7,5	2,4	2,1	-2,1	2,2	2,1	-7,2	-1,3	-4,4	-6,2
Ausland	Index	99,8	102,4	111,4	116,4	111,3	115,4	111,4	111,0	111,7	113,5	108,9	111,9	104,3
	gg. Vp. in %	-0,3	2,6	8,8	3,7	-4,4	3,7	-3,5	-3,1	0,6	1,6	-4,1	2,8	-6,8
	gg. Vj. in %	-0,2	2,6	8,7	11,7	3,8	4,8	-0,6	-1,3	2,2	-0,5	-3,6	-0,4	-12,5
Investitionsgüter	Index	99,8	101,6	107,4	112,6	109,8	106,2	105,3	104,3	102,2	106,6	107,2	107,6	109,1
	gg. Vp. in %	1,7	1,8	5,7	4,5	-2,5	-3,3	-0,8	-4,7	-2,0	4,3	0,6	0,4	1,4
	gg. Vj. in %	1,7	1,9	5,7	7,7	5,9	0,2	-2,2	-1,8	-3,0	-0,3	-3,2	-3,7	-0,9
Inland	Index	99,7	101,5	106,4	107,7	104,2	101,6	103,7	100,7	103,4	101,5	106,1	99,7	106,3
	gg. Vp. in %	4,1	1,8	4,8	2,3	-3,2	-2,5	2,1	-3,0	2,7	-1,8	4,5	-6,0	6,6
	gg. Vj. in %	4,2	1,6	4,9	1,2	0,2	-6,3	-1,6	-7,6	-0,8	-2,4	-1,5	-7,4	-1,1
Ausland	Index	99,9	101,7	108,0	115,5	113,1	108,9	106,3	106,4	101,4	109,6	107,9	112,4	110,8
	gg. Vp. in %	0,6	1,8	6,2	5,9	-2,1	-3,7	-2,4	-5,8	-4,7	8,1	-1,6	4,2	-1,4
	gg. Vj. in %	0,5	2,0	6,3	11,6	9,5	4,2	-2,6	1,7	-4,4	1,0	-4,1	-1,5	-0,8
Konsumgüter	Index	99,9	100,4	105,0	106,9	106,0	106,7	106,8	105,6	104,8	107,3	108,4	106,4	103,0
	gg. Vp. in %	2,3	0,5	4,6	1,0	-0,8	0,7	0,1	-3,7	-0,8	2,4	1,0	-1,8	-3,2
	gg. Vj. in %	2,1	0,5	4,7	5,9	3,5	2,1	0,8	1,2	1,8	-1,3	2,0	-0,1	-5,6
Inland	Index	99,8	97,6	100,4	102,4	100,4	104,1	99,5	101,7	100,1	100,1	98,4	100,1	99,8
	gg. Vp. in %	2,0	-2,2	2,9	0,7	-2,0	3,7	-4,4	-6,7	-1,6	0,0	-1,7	1,7	-0,3
	gg. Vj. in %	2,0	-2,2	2,9	5,2	2,2	4,9	-2,4	1,0	0,0	-3,5	-3,7	-2,1	-5,0
Ausland	Index	99,9	102,5	108,5	110,5	110,4	108,8	112,4	108,7	108,4	112,8	116,1	111,3	105,4
	gg. Vp. in %	2,4	2,6	5,9	1,4	-0,1	-1,4	3,3	-1,5	-0,3	4,1	2,9	-4,1	-5,3
	gg. Vj. in %	2,3	2,7	5,9	6,6	4,5	0,0	3,2	1,4	3,1	0,3	6,2	1,3	-5,9
Industrie ohne Großaufträge²	Index	99,8	101,1	107,4	111,1	109,0	108,2	106,5	106,9	105,2	107,7	106,5	106,6	105,8
	gg. Vp. in %	1,3	1,3	6,2	1,7	-1,9	-0,7	-1,6	-2,5	-1,6	2,4	-1,1	0,1	-0,8
	gg. Vj. in %	1,3	1,3	6,2	7,8	4,7	2,6	-2,6	0,1	-2,5	-1,3	-3,7	-2,3	-5,1

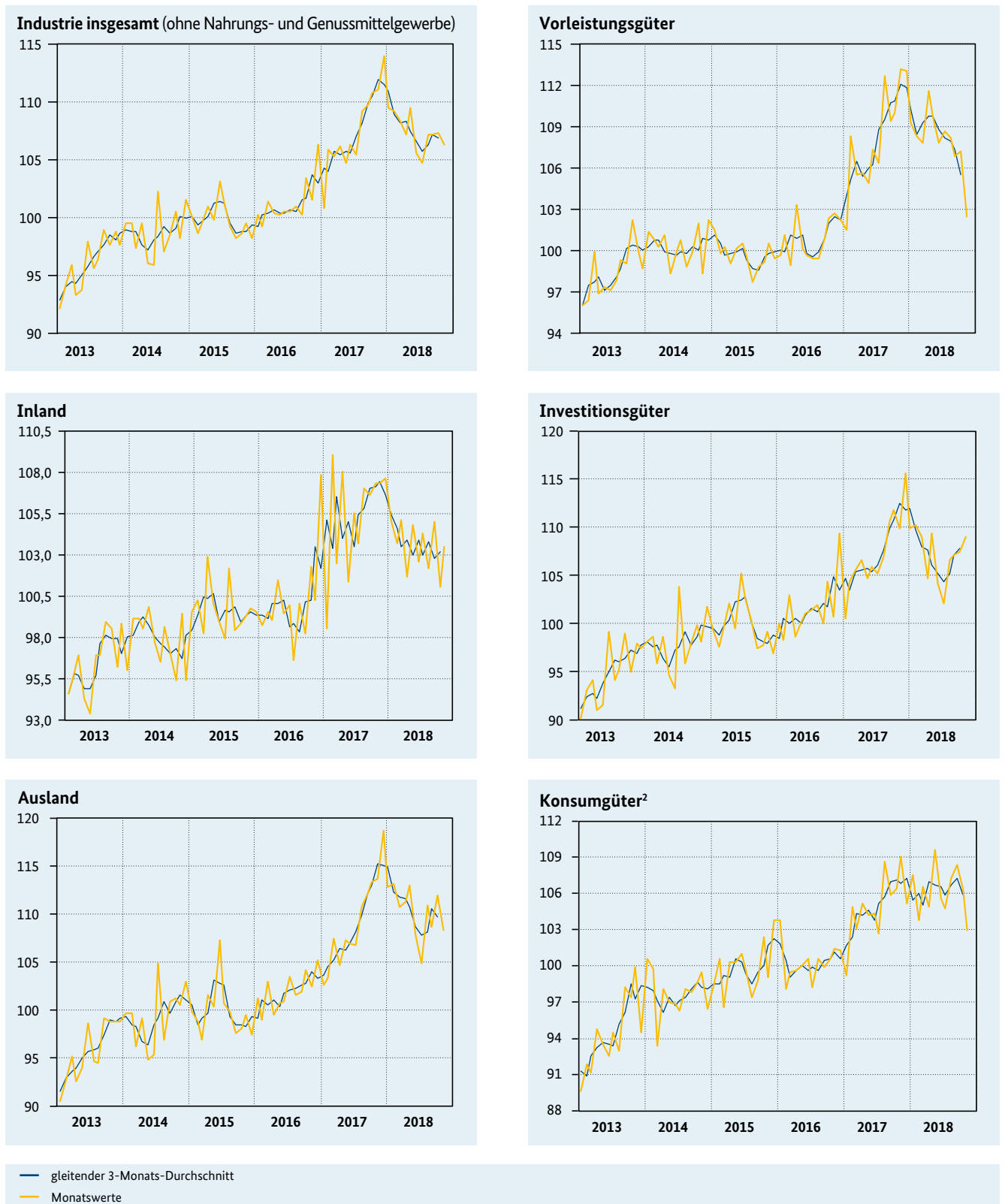
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2015 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie¹

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

¹ Preisbereinigt, Index 2015 = 100; saisonbereinigt, Verfahren X13 JDemetra+;

² Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

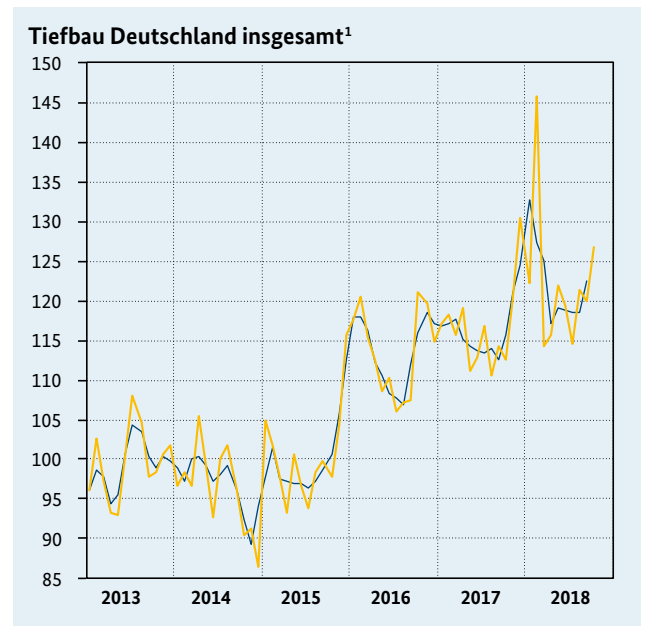
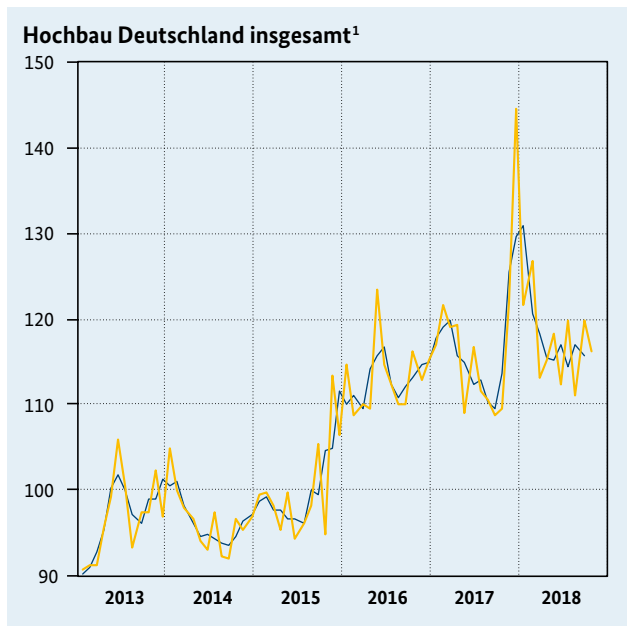
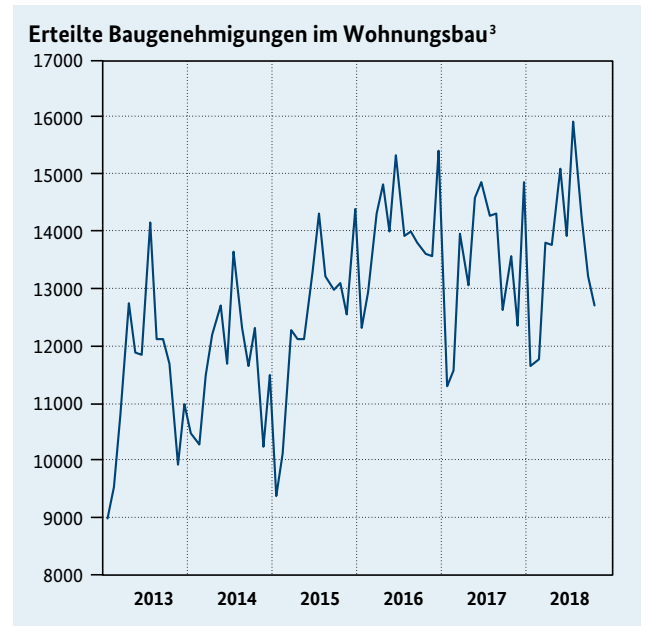
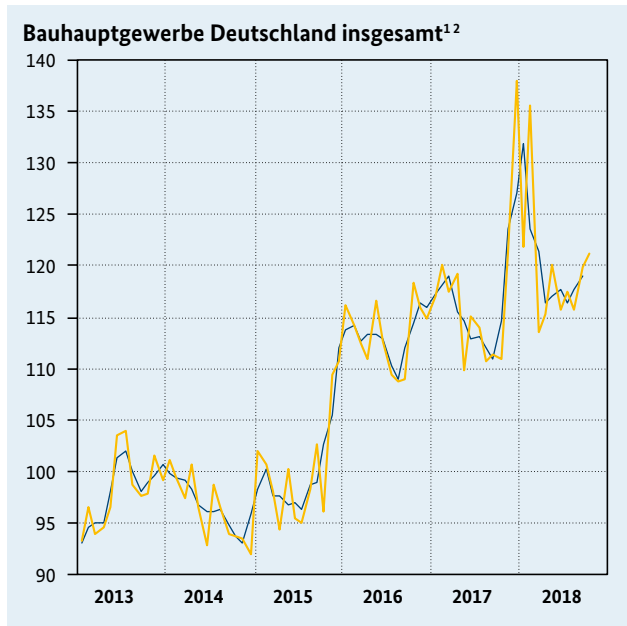
					2017				2018				2018			
		2015	2016	2017	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.		
Auftragseingang¹																
Bauhauptgewerbe		Index	100,3	113,4	117,2	123,6	123,8	117,1	117,8	120,1	115,8	117,5	115,9	120,0	121,2	
		gg. Vp. in %	4,0	13,1	3,4	10,3	0,2	-5,4	0,6	4,1	-3,6	1,5	-1,4	3,5	1,0	
		gg. Vj. in %	3,7	13,0	3,5	6,4	3,8	2,0	4,8	9,4	0,5	2,2	4,3	7,9	9,3	
Hochbau		Index	100,2	113,3	117,6	125,6	120,6	115,4	117,0	118,5	112,5	120,0	111,1	120,0	116,4	
		gg. Vp. in %	3,8	13,1	3,8	13,8	-4,0	-4,3	1,4	2,8	-5,1	6,7	-7,4	8,0	-3,0	
		gg. Vj. in %	3,8	13,2	3,7	9,5	0,5	0,2	6,2	8,6	-3,8	7,3	-0,2	10,8	5,8	
Wohnungsbau		Index	100,1	115,1	117,6	126,9	120,7	116,2	122,0	114,0	113,5	121,5	118,6	126,0	126,1	
		gg. Vp. in %	11,3	15,0	2,2	17,4	-4,9	-3,7	5,0	-5,8	-0,4	7,0	-2,4	6,2	0,1	
		gg. Vj. in %	11,6	15,0	2,0	9,9	-1,8	1,6	13,2	3,1	-5,5	9,7	7,4	22,2	8,4	
Hochbau ohne Wohnungsbau		Index	100,4	112,0	117,6	124,7	120,6	114,9	113,6	121,7	111,8	118,9	105,9	115,9	109,7	
		gg. Vp. in %	-0,7	11,6	5,0	11,3	-3,3	-4,7	-1,1	9,3	-8,1	6,4	-10,9	9,4	-5,3	
		gg. Vj. in %	-0,9	12,0	4,9	9,3	2,0	-0,8	1,5	12,5	-2,6	5,7	-5,2	3,1	3,8	
Tiefbau		Index	100,4	113,5	116,7	121,3	127,4	119,0	118,7	122,0	119,5	114,7	121,4	119,9	126,8	
		gg. Vp. in %	4,3	13,0	2,8	6,4	5,0	-6,6	-0,3	5,5	-2,0	-4,0	5,8	-1,2	5,8	
		gg. Vj. in %	3,6	12,9	3,1	2,7	7,8	4,0	3,1	10,2	5,7	-3,2	9,0	4,4	13,3	
Straßenbau		Index	100,2	119,5	121,4	122,1	138,7	122,9	115,2	127,7	123,2	110,7	114,9	120,1	116,4	
		gg. Vp. in %	2,0	19,3	1,6	6,2	13,6	-11,4	-6,3	8,5	-3,5	-10,1	3,8	4,5	-3,1	
		gg. Vj. in %	1,4	17,5	2,6	-4,0	9,0	2,6	-0,9	12,6	4,2	-9,9	4,0	6,0	5,5	
Tiefbau ohne Straßenbau		Index	100,6	109,9	113,9	120,8	120,9	116,8	120,7	118,7	117,4	117,0	125,2	119,8	132,9	
		gg. Vp. in %	5,7	9,2	3,6	6,5	0,1	-3,4	3,3	3,8	-1,1	-0,3	7,0	-4,3	10,9	
		gg. Vj. in %	4,9	10,1	3,5	6,3	7,1	5,0	5,7	8,5	6,7	1,7	12,3	3,5	17,0	
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	100,2	110,1	114,6	122,3	124,3	116,6	118,9	124,6	111,6	122,4	115,8	118,6	121,4	
		gg. Vp. in %	-0,2	9,9	4,1	10,9	1,6	-6,2	2,0	9,6	-10,4	9,7	-5,4	2,4	2,4	
		gg. Vj. in %	-0,2	10,3	3,7	7,6	6,8	5,8	7,6	21,3	2,5	8,3	6,5	7,6	17,0	
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	100,6	116,1	119,9	123,1	125,0	118,2	113,9	118,7	121,8	109,5	114,4	117,9	118,1	
		gg. Vp. in %	5,0	15,4	3,3	5,7	1,5	-5,4	-3,6	4,1	2,6	-10,1	4,5	3,1	0,2	
		gg. Vj. in %	4,1	15,1	4,0	3,0	3,9	-1,5	-3,0	1,7	2,0	-7,8	0,0	-0,2	1,2	
Baugenehmigungen (Neubau)²																
Hochbau (veranschlagte Kosten)		Mio. €	83667	98125	99302	25811	23131	28422	28714	9327	9108	10231	9599	8884	8489	
		gg. Vj. in %	6,7	17,3	1,2	0,7	7,8	11,1	8,6	10,3	-2,5	14,4	1,9	10,0	2,5	
Wohngebäude		Mio. €	51206	58976	58661	14919	13748	16137	16571	5631	5271	6034	5476	5061	4881	
		gg. Vj. in %	10,2	15,2	-0,5	-1,2	4,3	4,6	9,5	5,2	-1,1	16,1	4,3	8,0	-3,3	
Nichtwohngebäude		Mio. €	32461	39149	40641	10893	9383	12285	12143	3696	3837	4198	4123	3823	3608	
		gg. Vj. in %	1,7	20,6	3,8	3,4	13,2	21,0	7,4	19,3	-4,3	12,0	-1,1	12,7	11,6	
gewerbliche Auftraggeber		Mio. €	24355	29235	29987	7954	6991	9177	9200	2939	2921	3234	3157	2809	2723	
		gg. Vj. in %	0,9	20,0	2,6	-0,4	12,9	22,6	10,2	24,6	0,4	16,4	2,3	12,9	14,9	
öffentliche Auftraggeber		Mio. €	8106	9915	10654	2939	2393	3108	2944	757	916	963	966	1014	885	
		gg. Vj. in %	4,3	22,3	7,5	15,5	14,4	16,6	-0,5	2,2	-16,6	-0,8	-10,8	12,2	2,6	
Wohngebäude (Rauminhalt) ³		Mio. m ³	150	168	162	40,8	37,3	42,9	43,5	15,1	14,0	16,0	14,3	13,3	12,7	
		gg. Vj. in %	6,7	12,2	-4,0	-4,3	1,0	0,7	5,3	3,6	-6,2	11,6	-0,6	4,9	-6,3	
		gg. Vp. in %	6,0	12,5	-3,8	7,3	-2,5	-0,5	1,1	6,0	-9,1	9,0	-5,6	2,4	-8,2	
ifo Konjunkturtest⁴																
						2018				2018						
			2016	2017	2018	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	
Kapazitäts- und Geräteauslastung		Salden	76,3	78,1	79,5	68,2	80,2	85,6	83,8	85,6	85,9	85,3	84,9	84,3	82,3	
witterungsbedingte Baubehinderungen		Salden	14,8	18,5	19,0	47,3	20,7	3,3	4,7	1,0	8,0	1,0	1,0	1,0	12,0	

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

- 1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2015 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;
- 2 Ursprungszahlen;
- 3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;
- 4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monats-Durchschnitt
 — Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2015= 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitender Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2018				2018					
		2016	2017	2018	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.
ifo Konjunkturtest¹														
Gesamtwirtschaft														
Geschäftsklima	Salden	19,0	25,7	25,3	28,4	24,1	25,7	23,0	22,8	27,3	26,9	25,0	23,1	20,8
Geschäftslage	Salden	29,0	39,3	43,1	47,0	42,4	42,6	40,5	41,0	43,5	43,2	42,2	40,5	38,7
Geschäftserwartungen	Salden	9,4	12,8	8,7	11,1	7,1	9,9	6,8	5,9	12,3	11,6	9,1	7,0	4,2
Verarbeitendes Gewerbe														
Geschäftsklima	Salden	11,2	27,5	24,1	30,8	24,6	23,5	17,4	22,7	24,4	23,3	19,6	17,7	14,8
Geschäftslage	Salden	21,3	41,8	43,4	50,6	47,1	41,3	34,7	43,8	41,8	38,3	36,7	33,9	33,5
Geschäftserwartungen	Salden	1,6	14,2	6,0	12,3	3,5	6,8	1,2	3,0	8,1	9,2	3,6	2,5	-2,4
Vorleistungsgüter														
Geschäftsklima	Salden	9,7	26,5	24,3	31,4	24,5	24,2	16,9	23,4	24,8	24,5	21,0	16,7	13,0
Geschäftslage	Salden	19,1	40,1	45,2	51,9	47,8	44,5	36,6	46,8	44,7	42,1	40,4	35,6	33,7
Geschäftserwartungen	Salden	0,7	13,7	5,1	12,4	3,4	5,6	-1,1	2,1	6,5	8,2	3,1	-0,6	-5,9
Investitionsgüter														
Geschäftsklima	Salden	11,2	31,4	26,2	34,4	26,3	24,6	19,5	22,8	27,1	23,9	20,0	17,9	20,7
Geschäftslage	Salden	23,0	47,2	49,8	60,6	54,7	45,5	38,4	47,1	47,4	41,9	41,4	35,0	38,9
Geschäftserwartungen	Salden	0,1	16,7	4,9	10,7	1,1	5,5	2,2	0,9	8,4	7,2	0,5	2,1	4,0
Konsumgüter														
Geschäftsklima	Salden	9,5	15,5	13,6	16,6	14,2	13,1	10,6	12,6	14,7	12,1	11,7	10,6	9,5
Geschäftslage	Salden	17,8	26,4	22,4	25,5	24,0	19,6	20,4	23,7	20,4	14,8	18,7	18,0	24,4
Geschäftserwartungen	Salden	1,6	5,2	5,2	8,0	4,7	6,9	1,3	2,1	9,1	9,4	4,9	3,4	-4,3
Bauhauptgewerbe														
Geschäftsklima	Salden	5,5	14,5	24,3	17,0	20,0	29,9	30,4	27,7	29,8	32,1	32,1	29,6	29,6
Geschäftslage	Salden	9,9	23,2	42,6	31,8	34,8	50,0	53,6	49,2	49,7	51,2	54,0	52,9	54,0
Geschäftserwartungen	Salden	1,1	6,1	7,4	3,4	5,9	11,3	9,2	7,6	11,8	14,4	12,0	8,3	7,4
Handel														
Geschäftsklima	Salden	10,0	16,0	12,6	17,4	12,3	11,0	9,7	10,6	10,7	11,7	10,2	9,8	9,1
Geschäftslage	Salden	16,0	25,3	25,5	29,3	24,3	24,6	23,6	25,7	23,7	24,4	24,2	23,5	23,1
Geschäftserwartungen	Salden	4,3	7,1	0,5	6,1	0,9	-1,7	-3,3	-3,5	-1,5	-0,2	-2,9	-3,1	-3,9
Dienstleistungen														
Geschäftsklima	Salden	27,8	28,9	29,8	31,2	27,3	30,9	29,8	27,1	32,8	32,8	31,8	30,7	26,8
Geschäftslage	Salden	39,2	43,8	47,8	50,8	45,8	48,0	46,6	44,8	48,8	50,3	48,0	48,3	43,4
Geschäftserwartungen	Salden	16,9	14,8	13,1	13,1	10,1	15,0	14,1	10,7	17,8	16,5	16,7	14,3	11,3
ZEW-Konjunkturerwartungen²														
konjunkturelle Lage	Salden	55,2	84,1	77,4	92,7	85,3	73,7	57,9	72,4	72,6	76,0	70,1	58,2	45,3
Konjunkturerwartungen	Salden	6,7	16,4	-8,7	14,4	-10,8	-16,3	-22,1	-24,7	-13,7	-10,6	-24,7	-24,1	-17,5

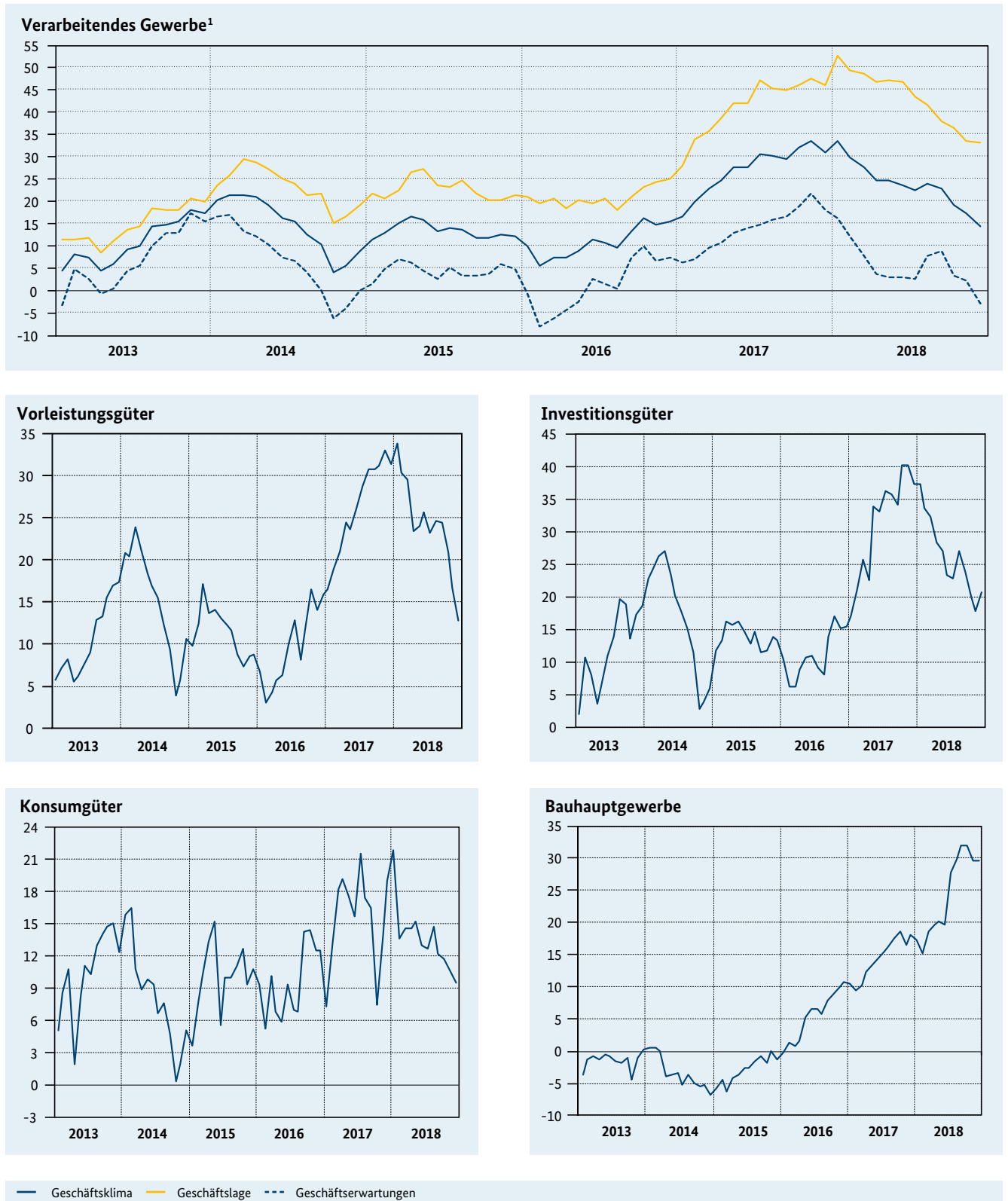
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas¹

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

					2016			2017			2018			
		2016	2017	2018	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung														
Private Konsumausgaben ¹	Index	108,4	110,3	111,3	107,8	108,2	108,9	109,6	110,5	110,6	110,8	111,3	111,7	111,4
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	2,1	1,8	1,0	0,1	0,3	0,7	0,7	0,8	0,1	0,2	0,5	0,3	-0,3
	gg. Vj. in %	2,1	1,8	1,0	3,0	1,5	1,5	2,1	1,8	2,1	1,1	1,6	1,0	0,5
Verfügbares Einkommen	in Mrd. €	1808	1870	-	449	452	458	463	466	469	474	478	482	485
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	3,0	3,4	-	0,7	0,6	1,3	1,1	0,8	0,6	1,0	0,9	0,8	0,7
	gg. Vj. in %	3,0	3,4	-	3,6	2,3	2,8	4,0	3,2	3,6	2,9	3,5	3,2	2,9
		2018			2018				2019					
		2016	2017	2018	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Einzelhandelsumsätze²														
Einzelhandel	Index	102,1	105,1	-	105,5	106,8	106,2	-	106,3	106,0	106,8	108,5	-	-
(ohne Handel mit Kfz)	gg. Vp. in %	2,0	2,9	-	-0,5	1,2	-0,6	-	-0,1	-0,3	0,8	1,6	-	-
	gg. Vj. in %	2,0	3,0	-	1,2	1,9	0,8	-	1,4	0,0	1,3	1,6	-	-
Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	Index	101,0	102,5	-	103,3	105,0	103,4	-	103,2	103,8	104,4	102,7	-	-
	gg. Vp. in %	0,9	1,5	-	0,5	1,6	-1,5	-	-0,1	0,6	0,6	-1,6	-	-
	gg. Vj. in %	0,9	1,5	-	1,9	2,1	0,5	-	0,9	0,2	2,5	-0,4	-	-
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	Index	100,3	106,1	-	102,5	106,5	103,0	-	105,4	99,7	98,9	104,2	-	-
	gg. Vp. in %	0,0	5,8	-	-2,2	3,9	-3,3	-	1,3	-5,4	-0,8	5,4	-	-
	gg. Vj. in %	0,1	5,6	-	-4,8	0,7	-3,2	-	0,1	-8,0	-4,0	-2,1	-	-
Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	Index	100,0	108,1	-	108,6	110,9	111,8	-	111,9	114,6	107,7	114,9	-	-
	gg. Vp. in %	-0,1	8,1	-	0,1	2,1	0,8	-	2,7	2,4	-6,0	6,7	-	-
	gg. Vj. in %	0,0	7,9	-	1,8	3,3	2,0	-	1,8	5,8	-1,4	5,8	-	-
Möbel, Raumausstattung, Haushaltsgeräte, Baubedarf	Index	100,7	102,6	-	100,9	102,7	101,0	-	100,4	101,4	100,9	102,3	-	-
	gg. Vp. in %	0,5	1,9	-	-1,8	1,8	-1,7	-	-0,7	1,0	-0,5	1,4	-	-
	gg. Vj. in %	0,5	2,0	-	-1,3	-0,2	-1,9	-	-2,2	-1,0	-1,9	0,3	-	-
Handel mit Kfz einschl. Instandhaltung und Reparatur	Index	105,2	110,0	-	112,1	112,7	111,7	-	112,6	109,8	111,3	-	-	-
	gg. Vp. in %	5,5	4,6	-	0,0	0,5	-0,9	-	0,0	-2,5	1,4	-	-	-
	gg. Vj. in %	5,4	4,7	-	3,3	3,3	1,0	-	2,4	-1,9	0,6	-	-	-
Umsätze im Gastgewerbe²														
Insgesamt	Index	100,6	102,5	-	103,1	104,3	103,5	-	103,1	104,2	103,9	-	-	-
	gg. Vp. in %	0,6	1,9	-	0,6	1,2	-0,8	-	0,0	1,1	-0,3	-	-	-
	gg. Vj. in %	0,8	1,6	-	0,5	1,5	1,3	-	2,5	1,4	1,5	-	-	-
Pkw-Neuzulassungen³														
Insgesamt	in Tsd.	3352	3441	3436	879	960	834	762	316	200	253	273	237	-
	gg. Vj. in %	4,5	2,7	-0,2	4,0	1,9	1,2	-8,1	24,7	-30,5	-7,4	-9,9	-6,7	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1173	1225	1249	327	369	289	265	103	68	92	93	80	-
	gg. Vj. in %	6,8	4,4	2,0	16,0	9,8	-4,6	-13,1	4,3	-33,7	-10,1	-16,1	-12,8	-
Verbraucherpreise⁴														
Insgesamt	Index	107,4	109,3	111,4	110,3	111,1	111,8	112,4	111,7	112,1	112,3	112,4	112,5	-
	gg. Vj. in %	0,5	1,7	1,9	1,5	2,0	2,1	2,2	2,0	2,3	2,5	2,3	1,7	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	0,8	3,1	2,5	2,4	3,4	2,6	1,4	2,5	2,8	1,9	1,4	1,0	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,2	1,7	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,5	1,6	1,5	1,5	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	-4,5	1,7	3,5	1,1	3,1	4,4	5,2	4,3	5,1	6,0	6,5	3,2	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	-1,3	3,0	3,3	0,8	2,9	4,5	5,2	4,4	4,7	5,7	6,0	4,0	-
Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum														
ifo Geschäftsklima Einzelhandel⁵	Salden	4,7	5,7	3,9	6,5	4,6	2,8	1,7	1,4	5,2	0,7	2,4	2,1	-
Geschäftslage	Salden	11,9	15,0	14,6	15,2	15,0	14,0	14,2	11,0	16,7	14,5	14,2	13,8	-
Geschäftserwartungen	Salden	-2,3	-3,2	-6,5	-2,6	-5,5	-7,9	-10,0	-8,0	-5,7	-12,2	-8,8	-9,0	-
GfK – Konsumklima⁶	Punkte	9,8	10,4	10,7	10,9	10,8	10,6	10,5	10,6	10,5	10,6	10,6	10,4	10,4
Anschaffungsneigung	Punkte	52,8	55,6	57,0	58,1	58,1	56,5	55,3	56,6	55,3	55,8	55,3	54,9	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010=100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

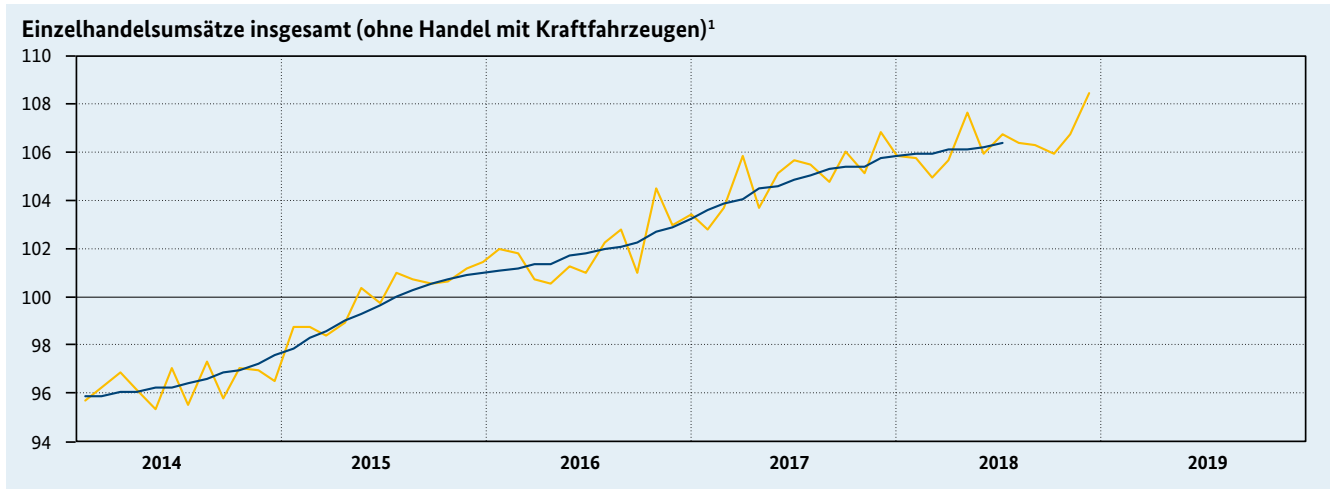
2 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2015=100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

3 Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; Index 2010=100; 5 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo

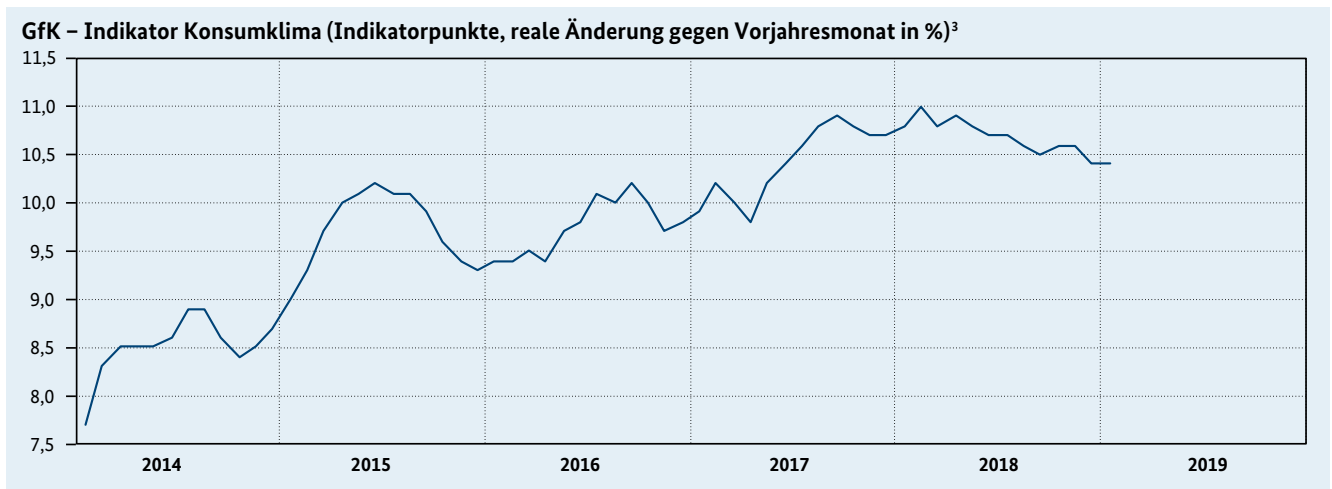
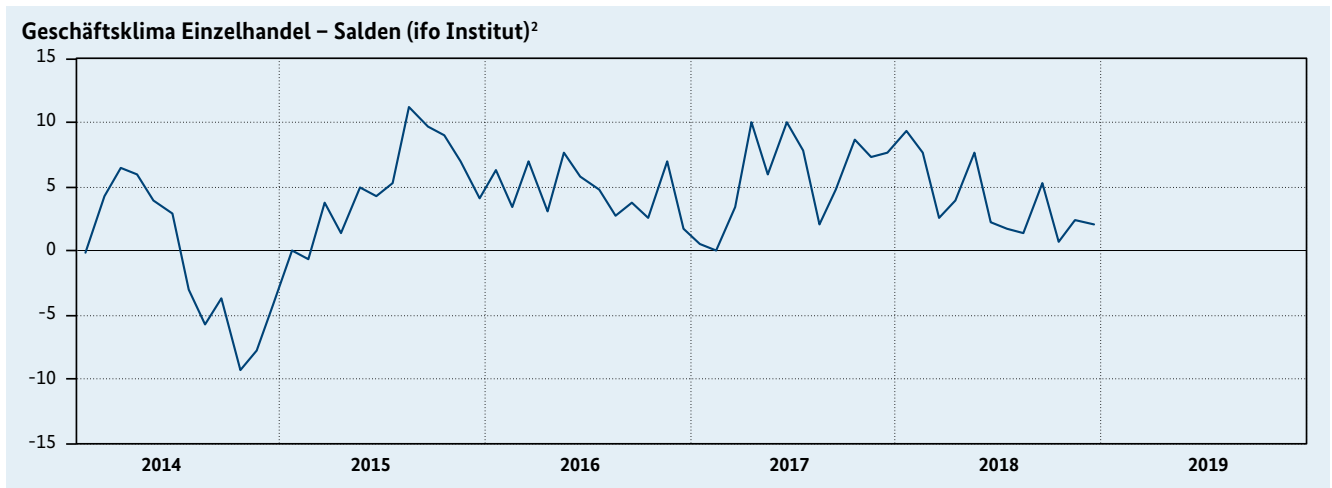
Instituts; 6 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils prognostiziert.

3.2 Entwicklung des privaten Konsums

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 12-Monats-Wert — Monatswerte



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2015 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

Bundesrepublik Deutschland

					2017				2018					
		2015	2016	2017	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	2018	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.
Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)¹														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	273	267	262	68	71	69	57	24,7	17,4	20,3	19,4	19,6	18,7
	gg. Vp. in %	23,4	-2,0	-1,8	-1,1	3,8	-3,2	-16,9	12,3	-29,7	16,9	-4,4	1,1	-4,9
Warenhandel	in Mrd. €	259	265	270	69	66	66	57	22,0	18,7	19,8	18,6	19,1	18,5
	gg. Vp. in %	12,7	2,2	2,0	-0,9	-4,2	-0,5	-13,3	-1,0	-15,0	6,2	-6,3	2,7	-3,0
Ausfuhr	in Mrd. €	1176	1186	1273	326	326	329	328	110,7	109,7	109,1	108,8	111,0	108,4
	gg. Vp. in %	5,1	0,9	7,3	2,1	-0,2	1,1	-0,5	0,7	-0,9	-0,5	-0,3	2,1	-2,4
Einfuhr	in Mrd. €	917	921	1003	257	260	264	271	88,7	91,0	89,3	90,2	91,9	89,9
	gg. Vp. in %	3,1	0,5	8,9	2,9	0,9	1,5	2,6	1,1	2,6	-1,9	1,0	1,9	-2,2
Dienstleistungen	in Mrd. €	-17	-19	-21	-5	-3	-5	-4	-2,1	-1,9	-1,9	-0,7	-1,0	-1,4
	gg. Vp. in %	-30,6	10,5	12,3	-1,2	-44,2	73,3	-8,2	125,3	-13,1	0,5	-60,4	39,2	35,9
Einnahmen	in Mrd. €	248	257	273	69	69	69	72	22,6	23,8	24,3	24,1	24,4	24,9
	gg. Vp. in %	10,0	3,7	6,1	0,6	-0,2	0,6	4,1	-5,7	5,4	1,9	-0,7	1,1	2,0
Ausgaben	in Mrd. €	265	276	295	74	72	74	77	24,8	25,7	26,2	24,9	25,4	26,3
	gg. Vp. in %	6,0	4,1	6,6	0,4	-3,2	3,4	3,3	-0,7	3,8	1,8	-4,9	2,3	3,4
Primäreinkommen	in Mrd. €	69	61	68	17	18	18	18	9,0	5,3	6,4	6,0	5,9	6,1
	gg. Vp. in %	23,8	-11,6	11,6	2,5	9,9	-0,3	-3,7	138,0	-41,2	22,1	-7,0	-1,3	2,7
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-39	-40	-55	-12	-11	-11	-13	-4,1	-4,7	-4,1	-4,4	-4,3	-4,5
	gg. Vp. in %	-3,9	3,8	37,0	5,4	-13,4	-1,8	25,0	35,9	15,2	-13,6	7,9	-2,1	4,0

Außenhandel nach Ländern²

Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1194	1204	1279	325	328	335	326	115,3	111,0	105,4	109,2	117,4	116,3
	gg. Vj. in %	6,2	0,9	6,2	6,2	2,7	5,1	2,9	7,6	7,6	2,4	-1,0	8,7	-0,0
EU-Länder	in Mrd. €	693	706	750	190	197	200	189	67,7	64,6	59,5	64,8	70,0	68,1
	gg. Vj. in %	6,8	1,9	6,3	8,1	5,0	5,7	3,0	6,0	8,1	1,5	-0,2	8,3	0,3
Eurozone ¹	in Mrd. €	434	441	471	120	125	125	119	43,0	41,4	36,4	41,0	44,2	42,8
	gg. Vj. in %	5,6	1,5	6,9	8,4	6,8	5,6	3,8	7,6	9,4	1,5	0,7	9,1	-0,4
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	259	265	279	70	72	74	70	24,7	23,2	23,1	23,8	25,8	25,3
	gg. Vj. in %	8,9	2,4	5,2	7,6	1,9	6,0	1,7	3,2	5,8	1,5	-1,7	7,0	1,3
Drittländer	in Mrd. €	501	498	529	135	131	135	137	47,6	46,4	45,9	44,4	47,4	48,2
	gg. Vj. in %	5,4	-0,5	6,2	3,7	-0,6	4,2	2,7	10,0	7,0	3,5	-2,2	9,2	-0,4
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	949	955	1031	263	268	272	273	93,4	94,6	87,7	90,9	98,4	95,7
	gg. Vj. in %	4,3	0,6	8,0	6,8	3,6	6,3	8,1	10,1	12,5	6,1	5,6	10,8	3,6
EU-Länder	in Mrd. €	622	632	682	176	178	182	179	62,3	62,2	56,4	60,6	64,3	63,5
	gg. Vj. in %	4,5	1,7	7,9	8,6	4,7	7,6	7,3	10,7	11,6	5,0	5,3	7,8	2,5
Eurozone	in Mrd. €	426	429	459	118	120	122	122	42,3	43,3	38,1	40,6	42,8	42,2
	gg. Vj. in %	3,7	0,6	7,1	8,1	4,6	7,2	9,2	11,7	14,4	6,2	6,7	7,4	2,2
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	196	204	223	58	57	60	57	20,0	18,9	18,3	20,0	21,5	21,4
	gg. Vj. in %	6,2	4,1	9,5	9,5	4,8	8,7	3,6	8,7	5,9	2,3	2,6	8,5	3,1
Drittländer	in Mrd. €	328	323	349	87	90	90	94	31,1	32,4	31,4	30,3	34,1	32,2
	gg. Vj. in %	3,9	-1,5	8,1	3,4	1,4	3,8	9,5	8,8	14,1	8,3	6,2	16,9	5,9

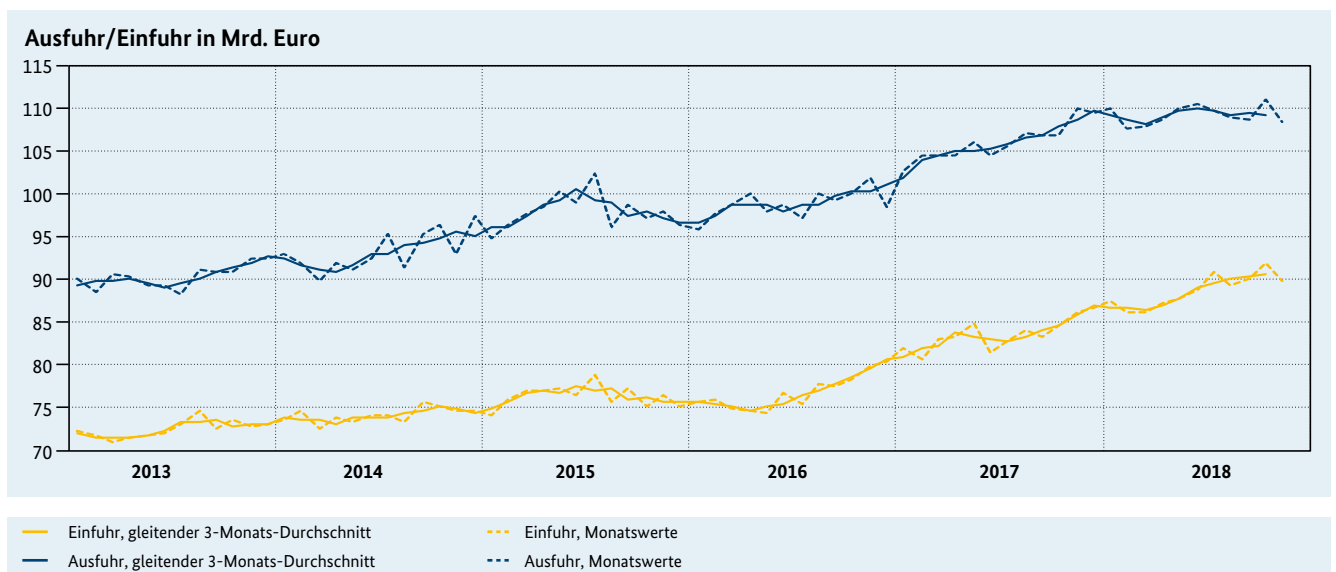
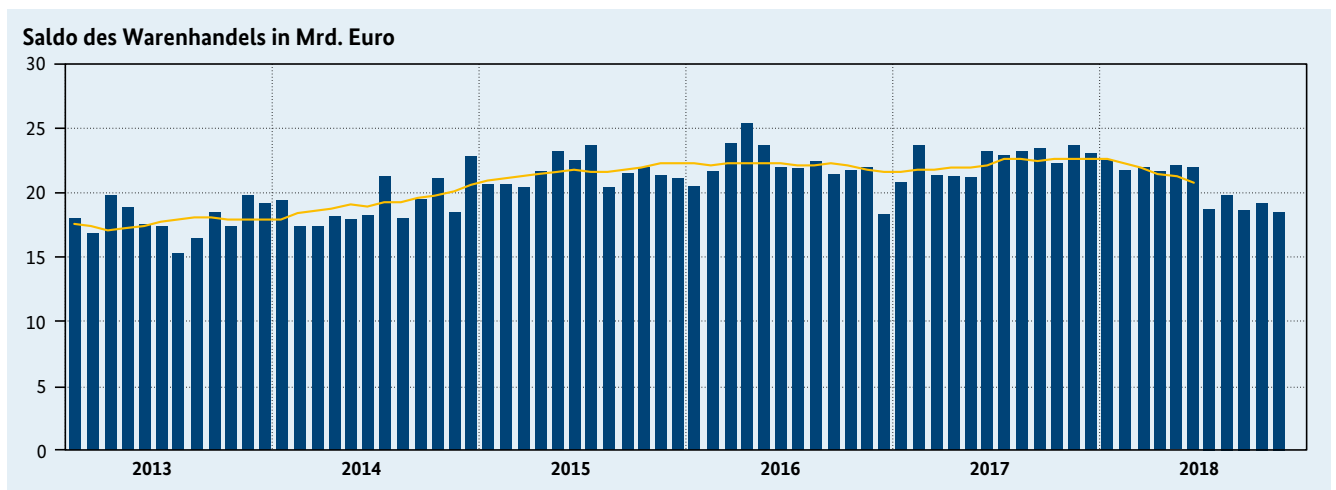
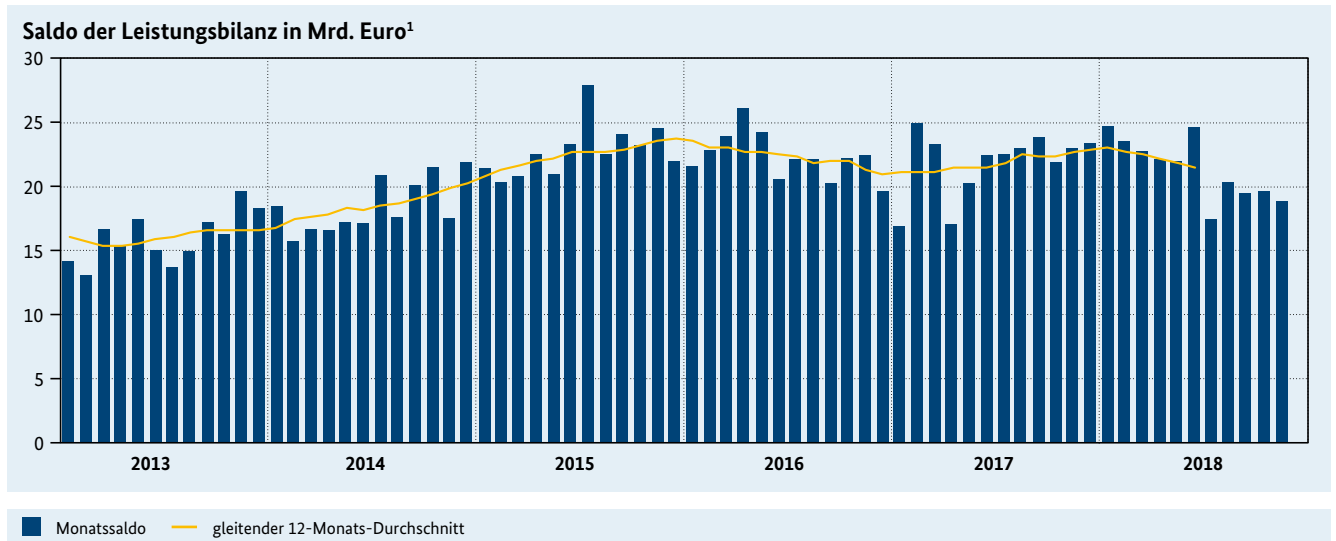
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Warenhandel, Ursprungszahlen.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

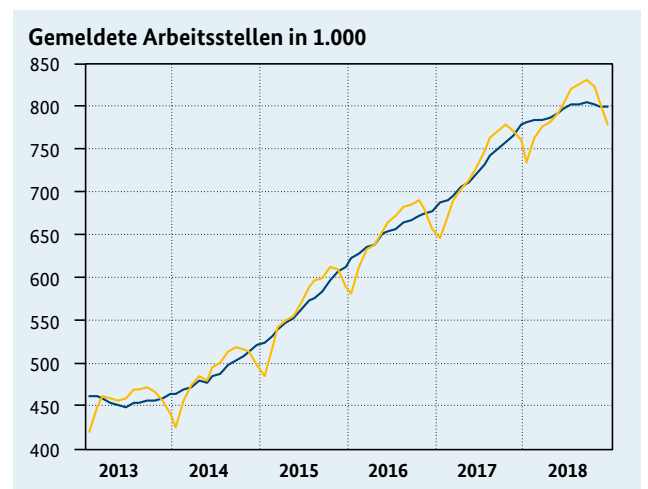
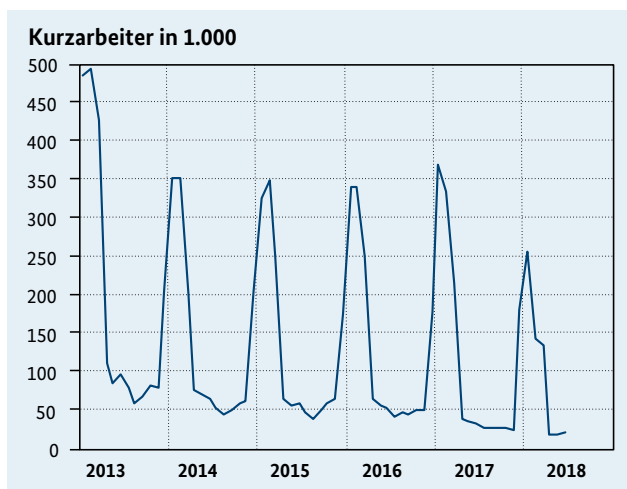
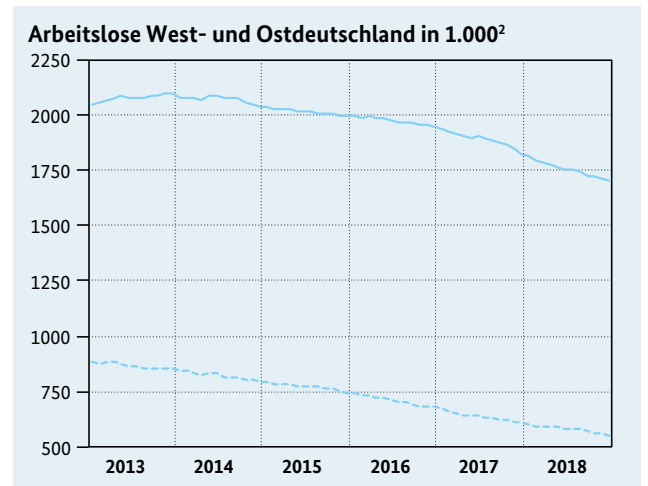
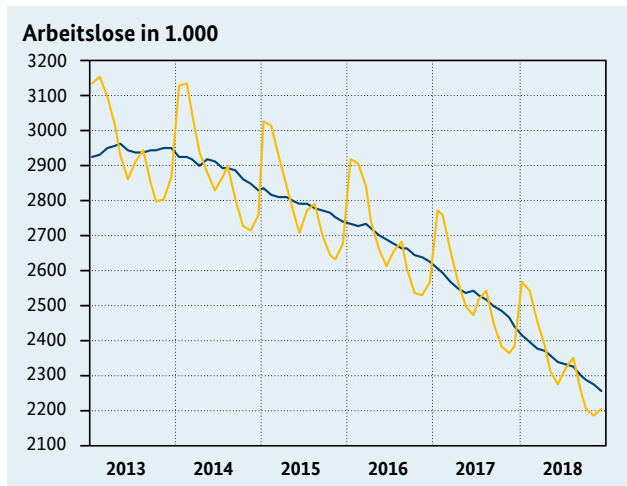
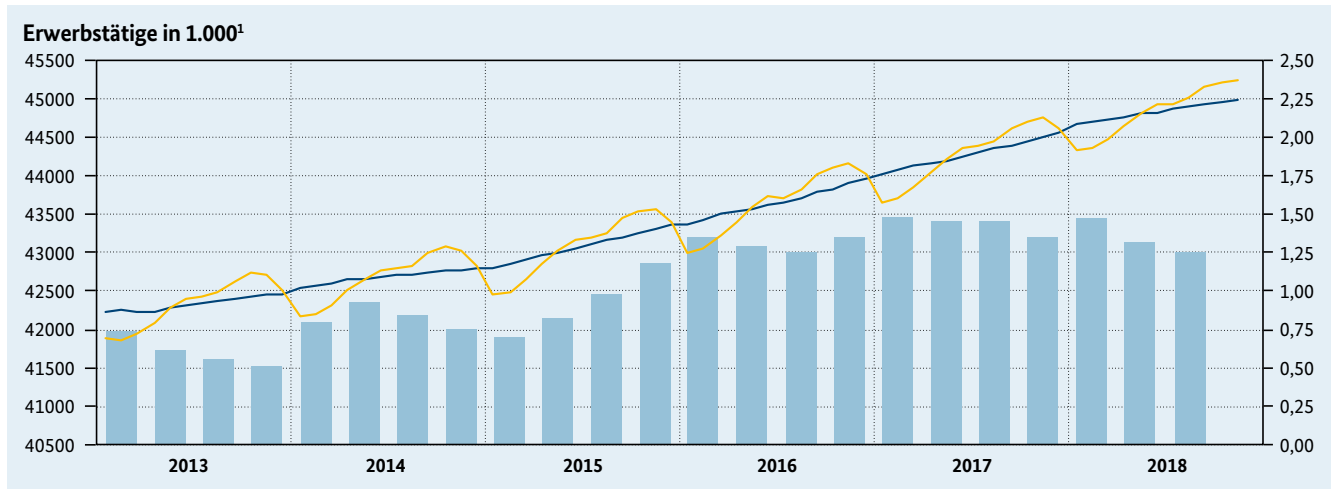
					2018				2018					
		2016	2017	2018	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.
Ursprungszahlen														
Erwerbstätige ¹	in Tsd.	43642	44269	-	44369	44783	45016	-	44919	44991	45139	45192	45220	-
	gg. Vj. in Tsd.	+571	+627	-	+640	+588	+537	-	+544	+546	+521	+509	+483	-
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	in Tsd.	31538	32266	-	32572	32837	33134	-	32856	33127	33419	33474	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	+683	+729	-	+768	+733	+716	-	+728	+731	+687	+696	-	-
Erwerbslose ²	in Tsd.	1774	1621	-	1564	1488	1446	-	1439	1473	1426	1411	1411	-
	gg. Vj. in Tsd.	-176	-153	-	-197	-134	-140	-	-132	-163	-125	-180	-46	-
Erwerbslosenquote	in %	4,1	3,8	-	3,6	3,5	3,3	-	3,3	3,4	3,3	3,2	3,2	-
Arbeitslose insgesamt ³	in Tsd.	2691	2533	2340	2525	2325	2311	2200	2325	2351	2256	2204	2186	2210
	gg. Vj. in Tsd.	-104	-158	-193	-209	-188	-193	-181	-193	-194	-192	-185	-182	-175
SGB II	in Tsd.	1869	1677	1538	1616	1565	1527	1445	1537	1547	1497	1462	1442	1433
	gg. Vj. in Tsd.	-67	-192	-139	-131	-126	-144	-156	-139	-143	-151	-155	-155	-156
SGB III	in Tsd.	822	855	802	909	760	784	755	788	804	759	742	745	777
	gg. Vj. in Tsd.	-37	+34	-54	-78	-62	-49	-25	-54	-51	-41	-29	-28	-19
Westdeutschland	in Tsd.	1979	1894	1759	1884	1746	1746	1659	1753	1779	1707	1665	1650	1661
	gg. Vj. in Tsd.	-42	-84	-136	-137	-136	-143	-127	-144	-144	-140	-132	-128	-121
Ostdeutschland	in Tsd.	712	639	581	641	579	565	541	572	572	550	539	536	548
	gg. Vj. in Tsd.	-62	-74	-57	-73	-52	-50	-54	-49	-50	-52	-53	-54	-54
Arbeitslosenquote	in %	6,1	5,7	5,2	5,7	5,1	5,1	4,9	5,1	5,2	5,0	4,9	4,8	4,9
Westdeutschland	in %	5,6	5,3	4,8	5,2	4,8	4,8	4,5	4,8	4,8	4,7	4,5	4,5	4,5
Ostdeutschland	in %	8,5	7,6	6,9	7,6	6,8	6,7	6,4	6,8	6,8	6,5	6,4	6,3	6,5
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	642	630	601	644	556	615	590	636	634	575	583	602	584
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	651	645	616	620	616	621	605	587	607	669	635	620	561
Kurzarbeit ⁴	in Tsd.	42	24	-	22	11	18	-	11	21	21	32	-	-
(konjunkturell bedingt)	gg. Vj. in Tsd.	-2	-18	-	-20	-14	+2	-	-7	+6	+5	+16	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	3577	3517	3286	3488	3290	3217	3148	3249	3232	3170	3143	3139	3162
	gg. Vj. in Tsd.	-54	-61	-231	-222	-240	-243	-218	-251	-245	-234	-223	-220	-210
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	655	731	796	760	794	828	804	823	828	834	824	807	781
	gg. Vj. in Tsd.	+87	+75	+66	+88	+77	+65	+33	+72	+62	+61	+44	+35	+20
saisonbereinigte Angaben⁵														
Erwerbstätige ¹	gg. Vp. in Tsd.	+571	+626	-	+208	+89	+96	-	+42	+38	+19	+29	+34	-
Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	+683	+728	-	+206	+137	+165	-	+82	+51	+24	+68	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-163	-165	-	-44	-32	-18	-	-6	-4	-5	-6	-9	-
Erwerbslosenquote	in %	4,2	3,8	-	3,5	3,4	3,4	-	3,4	3,4	3,4	3,3	3,3	-
Arbeitslose insgesamt ³	gg. Vp. in Tsd.	-104	-158	-192	-67	-40	-36	-47	-7	-10	-23	-12	-16	-14
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-68	-191	-140	-41	-34	-36	-51	-10	-7	-22	-18	-16	-15
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	-35	+33	-52	-26	-6	-0	+4	+3	-4	-1	+7	-1	0
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-42	-84	-136	-48	-32	-25	-28	-6	-6	-16	-6	-9	-9
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-62	-73	-57	-19	-8	-10	-19	-1	-4	-8	-6	-7	-5
Arbeitslosenquote	in %	6,1	5,7	5,2	5,4	5,2	5,2	5,0	5,2	5,2	5,1	5,1	5,0	5,0
Westdeutschland	in %	5,6	5,3	4,8	5,0	4,8	4,8	4,7	4,8	4,8	4,7	4,7	4,7	4,7
Ostdeutschland	in %	8,5	7,6	6,9	7,1	7,0	6,8	6,6	6,9	6,8	6,8	6,7	6,6	6,5
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-52	-62	-231	-77	-58	-51	-38	-17	-18	-14	-8	-16	-11
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	+87	+75	+66	+15	+9	+11	-2	+5	+0	+4	-4	-1	-1
Indizes														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	100,8	102,9	104,4	104,8	103,9	104,6	104,1	104,1	105,0	104,8	104,6	103,5	104,2
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	103,2	104,3	104,2	104,8	104,0	103,8	104,3	103,7	103,7	104,0	104,3	104,5	104,0
BA-X Stellenindex	Index	216,5	237,7	252,6	251,3	252,3	254,3	252,3	255,0	252,0	256,0	252,0	252,0	253,0

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

- 1 Inlandskonzept;
- 2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
- 3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
- 4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
- 5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala)
 — Ursprungswerte
 — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA
— Arbeitslose Westdeutschland
 — Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

Bundesrepublik Deutschland

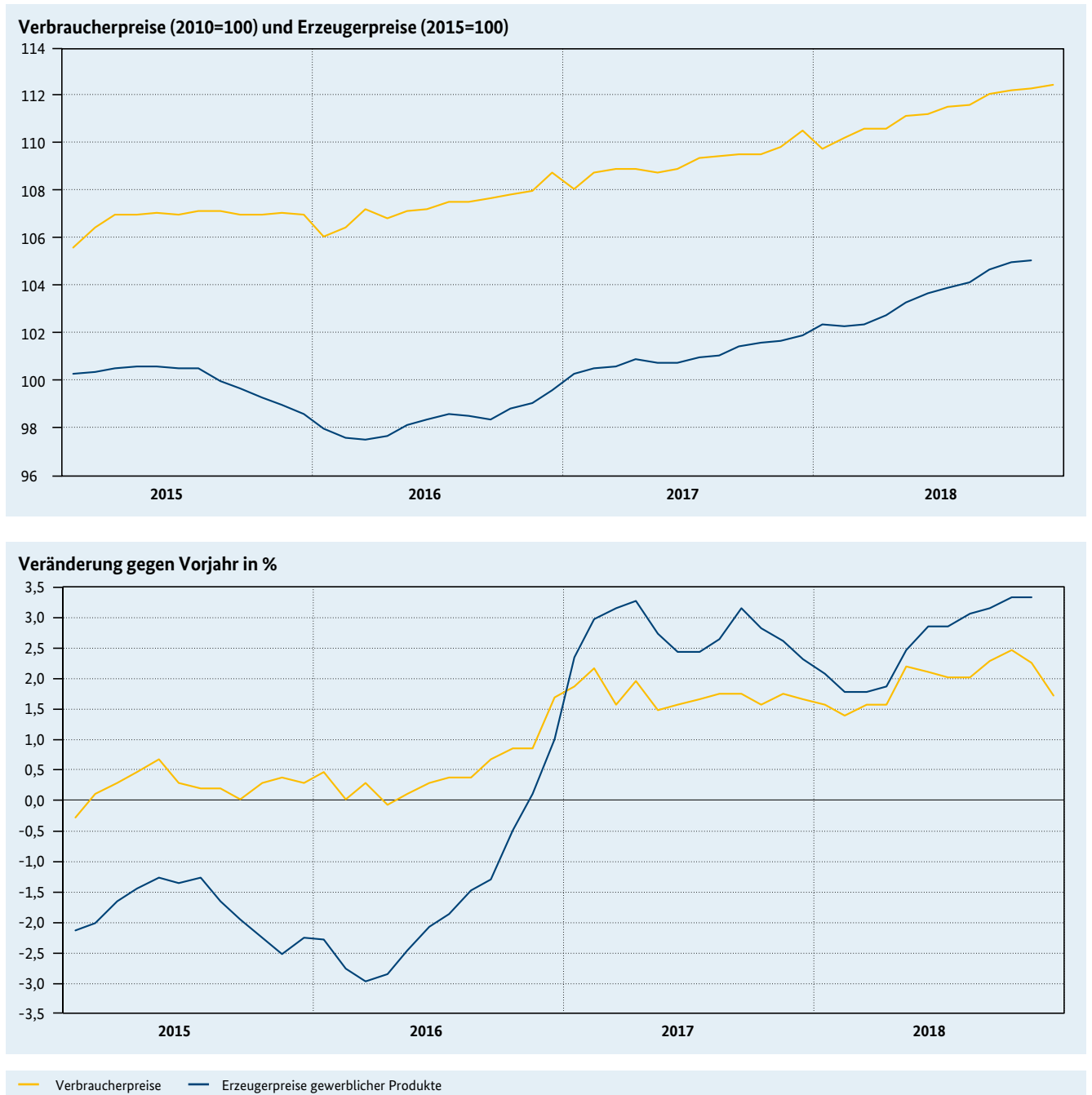
					2018				2018					
		2016	2017	2018	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.
Verbraucherpreise¹														
Insgesamt (Ursprungszahlen)	Index	107,4	109,3	111,4	110,3	111,1	111,8	112,4	111,6	111,7	112,1	112,3	112,4	112,5
	gg. Vj. in %	+0,5	+1,8	+1,9	+1,6	+2,0	+2,1	+2,2	+2,0	+2,0	+2,3	+2,5	+2,3	+1,7
Waren	Index	106,6	108,9	111,3	109,9	111,2	111,4	112,8	110,6	111,1	112,6	113,0	113,4	112,1
	gg. Vj. in %	-0,4	+2,2	+2,2	+1,3	+2,3	+2,7	+2,7	+2,4	+2,7	+3,1	+3,2	+3,2	+2,0
Verbrauchsgüter	Index	108,8	111,7	115,2	113,4	115,0	115,7	116,8	115,2	115,4	116,5	116,9	117,6	115,9
	gg. Vj. in %	-1,1	+2,7	+3,1	+1,7	+3,4	+4,0	+3,7	+3,8	+3,9	+4,3	+4,3	+4,3	+2,6
darunter:	Index	113,3	116,7	119,6	119,6	119,8	119,3	119,7	119,1	118,8	119,9	119,7	119,5	119,9
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+0,8	+3,0	+2,5	+2,4	+3,4	+2,7	+1,4	+2,6	+2,5	+2,8	+1,9	+1,4	+1,0
darunter:	Index	107,8	109,6	113,4	111,0	112,5	113,8	116,3	112,8	113,5	115,2	116,5	117,9	114,4
Haushaltsenergie ²	gg. Vj. in %	-4,4	+1,7	+3,5	+1,1	+3,0	+4,4	+5,2	+3,9	+4,3	+5,1	+6,0	+6,5	+3,2
Gebrauchsgüter, mittlere Lebensdauer	Index	106,3	107,7	108,2	106,9	108,7	106,9	110,1	104,6	106,3	109,9	110,6	110,4	109,3
	gg. Vj. in %	+0,8	+1,3	+0,5	+0,7	+0,2	-0,1	+0,7	-0,8	0,0	+0,6	+0,6	+0,7	+0,8
Gebrauchsgüter, langlebig	Index	98,4	99,4	100,1	99,6	99,8	100,2	100,7	100,0	100,1	100,4	100,6	100,7	100,7
	gg. Vj. in %	+1,1	+1,0	+0,7	+0,6	+0,4	+0,8	+1,1	+0,5	+0,8	+0,9	+1,1	+1,1	+0,9
Dienstleistungen	Index	108,2	109,7	111,4	110,6	110,9	112,1	112,0	112,5	112,2	111,7	111,6	111,5	112,9
	gg. Vj. in %	+1,3	+1,4	+1,5	+1,7	+1,6	+1,4	+1,6	+1,6	+1,4	+1,5	+1,8	+1,5	+1,5
darunter:	Index	108,0	109,7	111,5	110,9	111,3	111,7	112,1	111,6	111,7	111,8	112,0	112,1	112,2
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,2	+1,6	+1,6	+1,6	+1,6	+1,6	+1,5	+1,6	+1,6	+1,5	+1,6	+1,5	+1,5
Insgesamt ohne Energie	Index	108,1	109,8	111,6	110,8	111,3	111,9	112,3	111,8	111,8	112,0	112,1	112,0	112,7
	gg. Vj. in %	+1,2	+1,6	+1,6	+1,6	+1,6	+1,5	+1,5	+1,5	+1,5	+1,6	+1,7	+1,4	+1,4
Energie	Index	101,6	104,7	109,8	105,8	108,8	111,1	113,6	109,8	110,6	112,8	113,9	115,9	111,0
	gg. Vj. in %	-5,4	+3,1	+4,9	+0,5	+4,3	+7,1	+7,7	+6,6	+6,9	+7,7	+8,9	+9,3	+4,8
Insgesamt (saisonbereinigt³)	Index	107,4	109,3	111,4	110,4	111,1	111,7	112,3	111,4	111,5	112,1	112,3	112,5	112,1
	gg. Vj. in %	+0,5	+1,8	+1,9	+1,5	+1,9	+2,1	+2,2	+2,0	+2,0	+2,2	+2,5	+2,3	+1,8
HVPI⁴	Index	100,4	102,1	104,0	102,9	103,6	104,4	105,0	104,3	104,3	104,7	104,8	104,9	105,2
	gg. Vj. in %	+0,4	+1,7	+1,9	+1,4	+1,9	+2,1	+2,1	+2,1	+1,9	+2,2	+2,4	+2,2	+1,7
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte⁵														
Insgesamt	Index	98,4	101,1	-	102,4	103,3	104,3	-	103,9	104,2	104,7	105,0	105,1	-
	gg. Vj. in %	-1,6	+2,7	-	+1,9	+2,5	+3,1	-	+2,9	+3,1	+3,2	+3,3	+3,3	-
Vorleistungsgüter	Index	98,5	102,4	-	104,4	105,2	105,7	-	105,7	105,7	105,6	105,6	105,7	-
	gg. Vj. in %	-1,5	+4,0	-	+3,0	+2,7	+2,9	-	+3,2	+2,9	+2,5	+2,3	+2,4	-
Investitionsgüter	Index	100,6	101,8	-	102,6	102,9	103,3	-	103,2	103,3	103,3	103,4	103,5	-
	gg. Vj. in %	+0,6	+1,2	-	+1,2	+1,2	+1,4	-	+1,3	+1,4	+1,4	+1,4	+1,5	-
Konsumgüter	Index	100,6	103,6	-	103,9	104,3	104,7	-	104,6	104,7	104,8	104,6	104,5	-
	gg. Vj. in %	+0,6	+3,0	-	+1,4	+0,7	+0,3	-	+0,3	+0,3	+0,2	+0,4	+0,6	-
Gebrauchsgüter	Index	101,1	102,2	-	103,3	103,8	104,1	-	104,0	104,1	104,1	104,2	104,3	-
	gg. Vj. in %	+1,1	+1,1	-	+1,4	+1,6	+1,8	-	+1,7	+1,8	+1,7	+1,7	+1,8	-
Verbrauchsgüter	Index	100,6	103,8	-	104,0	104,3	104,8	-	104,7	104,8	104,9	104,6	104,5	-
	gg. Vj. in %	+0,6	+3,2	-	+1,4	+0,5	+0,1	-	+0,1	+0,1	0,0	+0,2	+0,4	-
Energie	Index	94,1	96,6	-	98,3	100,3	103,3	-	102,1	102,8	104,9	106,1	106,6	-
	gg. Vj. in %	-5,9	+2,7	-	+1,7	+4,7	+7,5	-	+6,7	+7,3	+8,5	+9,4	+8,9	-
Baupreise⁶														
Wohngebäude	Index	102,1	105,3	109,9	108,2	109,2	110,6	111,5	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,1	+3,1	+4,4	+4,0	+4,1	+4,6	+4,8	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	100,9	104,7	111,1	108,2	109,9	112,4	113,7	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+0,9	+3,8	+6,1	+5,2	+5,4	+6,7	+7,1	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2015 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2015 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2015 = 100; Quartalsdaten.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise

Bundesrepublik Deutschland



6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

					2018				2018					
		2016	2017	2018	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹														
Insgesamt	Index	87,4	105,3	130,0	124,2	133,1	136,0	126,7	134,7	133,0	140,4	142,6	124,7	112,9
	gg. Vj. in %	-12,7	+20,5	+23,5	+16,4	+34,8	+34,4	+10,7	+39,4	+31,8	+32,3	+31,4	+7,0	-4,7
Nahrungs- und Genussmittel	Index	102,1	99,1	94,5	98,4	99,4	89,7	90,4	91,4	90,1	87,6	91,9	90,0	89,2
	gg. Vj. in %	+2,1	-2,9	-4,7	-6,0	+1,6	-8,3	-5,9	-8,8	-6,7	-9,5	-5,1	-6,8	-5,7
Industrie-Rohstoffe	Index	97,3	118,2	124,8	129,8	129,5	121,9	118,1	123,7	121,7	120,3	119,9	118,7	115,6
	gg. Vj. in %	-2,8	+21,5	+5,6	+5,4	+17,3	+2,6	-2,0	+9,2	+0,1	-1,2	+1,4	-1,2	-6,0
Energie-Rohstoffe (Rohöl und Kohle)	Index	85,5	104,5	132,8	125,3	135,6	140,4	130,0	138,6	136,9	145,8	148,1	127,6	114,2
	gg. Vj. in %	-14,6	+22,2	+27,2	+19,1	+38,8	+40,8	+12,9	+46,2	+38,0	+38,5	+36,7	+8,6	-4,5
Außenhandelspreise²														
Einfuhrpreise insgesamt	Index	96,7	100,1	-	101,0	102,6	103,4	-	103,3	103,3	103,7	104,7	103,7	-
	gg. Vj. in %	-3,3	+3,5	-	-0,1	+2,6	+4,7	-	+4,8	+4,8	+4,4	+4,8	+3,1	-
Güter der Ernährungswirtschaft	Index	99,9	102,1	-	101,2	101,0	100,1	-	99,4	100,1	100,7	100,5	100,5	-
	gg. Vj. in %	-0,1	+2,2	-	-3,1	-1,0	-0,5	-	-1,2	-0,1	-0,3	-0,6	-0,5	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Index	96,4	99,9	-	101,0	102,8	103,8	-	103,7	103,6	104,1	105,2	104,0	-
	gg. Vj. in %	-3,6	+3,6	-	+0,3	+3,0	+5,2	-	+5,4	+5,3	+5,0	+5,5	+3,4	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	87,0	101,9	-	108,6	115,4	119,2	-	118,3	118,0	121,2	126,5	120,2	-
	gg. Vj. in %	-13,0	+17,1	-	+3,6	+15,7	+22,2	-	+23,9	+21,9	+21,0	+23,7	+13,1	-
Fertigwaren	Index	98,6	99,4	-	99,3	99,8	100,2	-	100,3	100,3	100,1	100,2	100,2	-
	gg. Vj. in %	-1,4	+0,8	-	-0,5	+0,0	+1,3	-	+1,2	+1,5	+1,3	+1,1	+1,0	-
Ausfuhrpreise insgesamt	Index	99,0	100,7	-	101,1	101,7	102,3	-	102,2	102,4	102,4	102,6	102,5	-
	gg. Vj. in %	-1,0	+1,7	-	+0,2	+0,9	+1,9	-	+1,7	+2,1	+1,9	+2,0	+1,7	-
Terms of Trade	Verhältnis	102,4	100,6	-	100,0	99,2	98,9	-	98,9	99,1	98,7	98,0	98,8	-
	gg. Vj. in %	+2,4	-1,8	-	+0,3	-1,7	-2,7	-	-2,9	-2,6	-2,5	-2,7	-1,4	-
Wechselkurs des Euro														
in US-Dollar	Kurs	1,11	1,13	1,18	1,23	1,19	1,16	1,14	1,17	1,15	1,17	1,15	1,14	1,14
	gg. Vj. in %	-0,3	+2,0	+4,6	+15,5	+8,3	-1,0	-3,1	+1,5	-2,2	-2,1	-2,3	-3,2	-3,8
in Yen	Kurs	120,3	126,7	130,4	133,1	130,1	129,7	128,8	130,2	128,2	130,5	129,6	128,8	127,9
	gg. Vj. in %	-10,4	+5,3	+3,0	+10,0	+6,3	-0,5	-3,1	+0,6	-1,2	-1,0	-2,4	-2,7	-4,3
in Pfund-Sterling	Kurs	0,82	0,88	0,88	0,88	0,88	0,89	0,89	0,89	0,90	0,89	0,88	0,88	0,90
	gg. Vj. in %	+12,8	+7,0	+1,0	+2,7	+1,8	-0,6	+0,0	+0,1	-1,6	-0,2	-0,9	-0,8	+1,7
Effektive Wechselkurse des Euro³														
nominal	Index	94,4	96,5	99,0	99,6	98,5	99,2	98,5	99,2	99,0	99,5	98,9	98,3	98,4
	gg. Vj. in %	+2,8	+2,3	+2,5	+6,2	+3,4	+0,7	-0,1	+1,6	-0,1	+0,4	+0,3	-0,2	-0,5
real, auf Basis von Verbraucherpreisen	Index	89,5	91,4	93,5	94,0	93,1	93,7	93,0	93,8	93,4	94,0	93,4	92,8	92,8
	gg. Vj. in %	+2,2	+2,1	+2,2	+5,5	+3,2	+0,6	-0,2	+1,6	-0,3	+0,4	+0,3	-0,2	-0,5
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft⁴														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	94,7	96,0	97,3	97,7	97,5	97,1	97,0	97,1	96,9	97,4	97,0	96,9	97,1
	gg. Vj. in %	+0,7	+1,4	+1,4	+3,3	+2,3	+0,1	-0,3	+0,6	-0,4	+0,1	-0,1	-0,3	-0,4
56 Länder	Index	87,0	87,8	89,8	89,5	89,5	90,3	90,0	89,9	90,0	91,0	90,2	89,8	89,9
	gg. Vj. in %	+1,4	+1,0	+2,3	+3,8	+3,1	+1,4	+1,0	+1,5	+0,9	+1,9	+1,4	+0,9	+0,7

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2015 = 100;

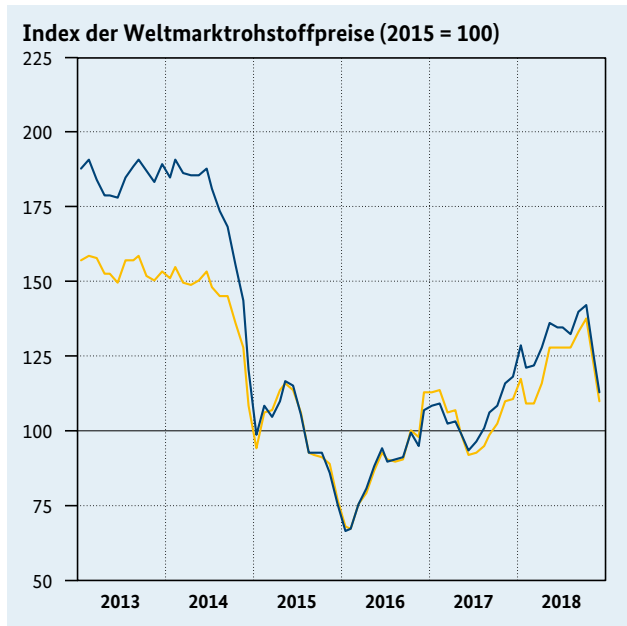
2 Index 2015 = 100;

3 Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den neun nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

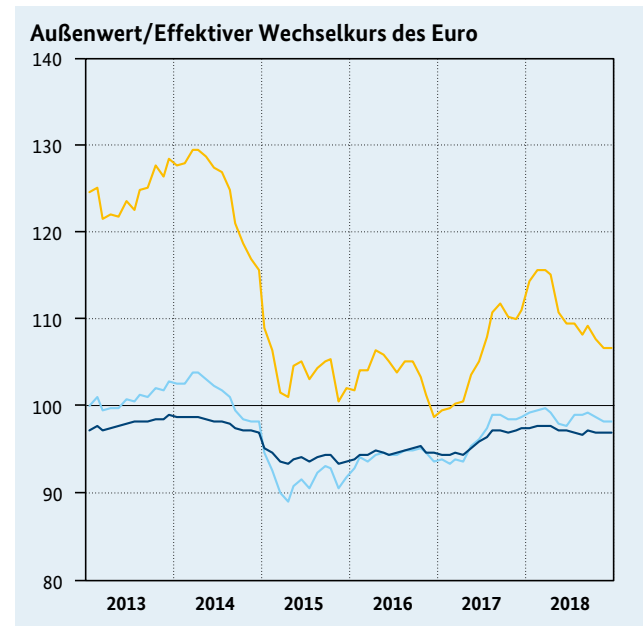
4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro

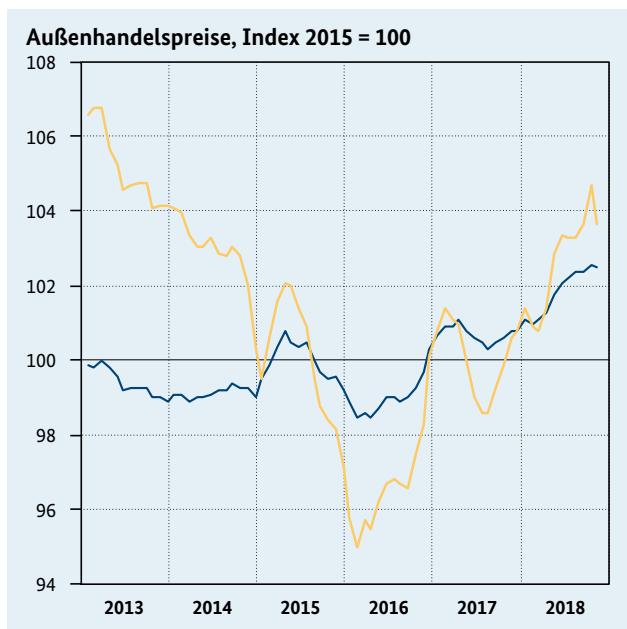
Bundesrepublik Deutschland



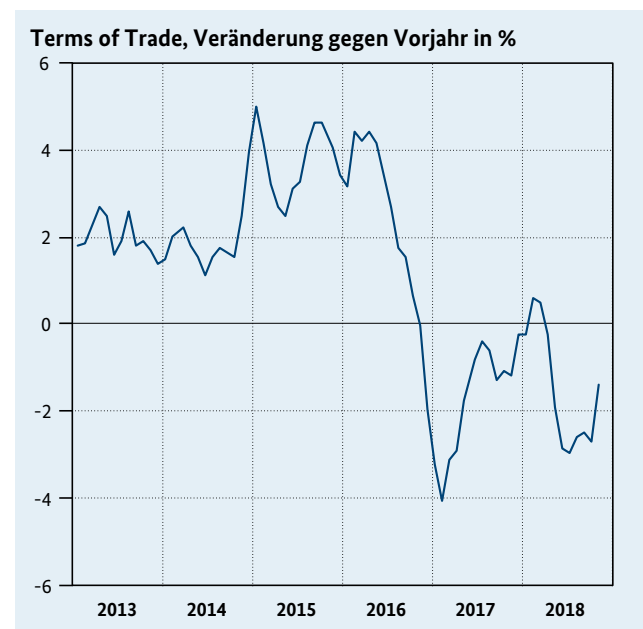
— auf Euro-Basis
— auf US-Dollar-Basis



— Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar; 1999 = 100
— Nominaler effektiver Wechselkurs des Euro 1;
1. Quartal 1999 = 100
— Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit 2



— Einfuhrpreise
— Ausfuhrpreise



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Durchschnitte der Euro-Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

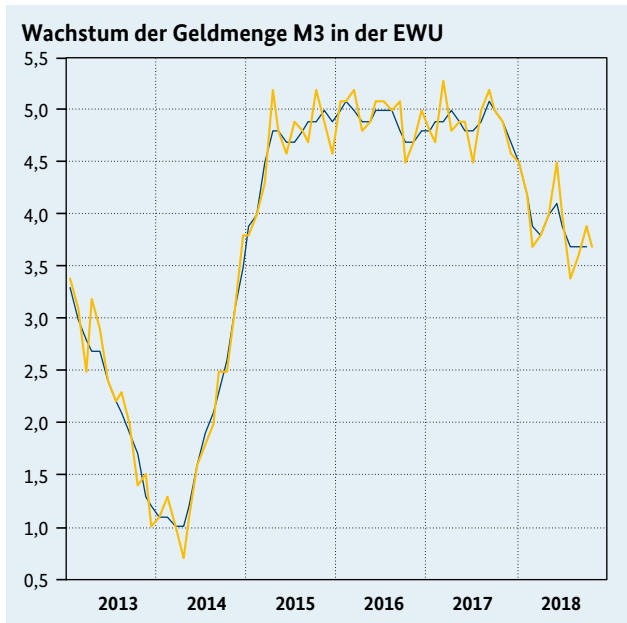
7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

					2018				2018					
		2016	2017	2018	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Jul.	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.
Geldmarktsätze, Umlaufrenditen (Monatsdurchschnitte)														
3-Monats Repo-Satz ¹	Zinssatz	-0,37	-0,42	-0,42	-0,42	-0,42	-0,41	-0,43	-0,41	-0,41	-0,42	-0,40	-0,44	-0,44
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	-0,25	-0,33	-	-0,33	-0,33	-0,32	-	-0,32	-0,32	-0,32	-0,32	-0,32	-
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	-0,16	-0,26	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27	-0,25	-0,27	-0,27	-0,27	-0,26	-0,26	-0,24
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	-0,04	-0,15	-0,17	-0,19	-0,19	-0,17	-0,14	-0,18	-0,17	-0,17	-0,15	-0,15	-0,13
Differenz 3M-EURIBOR ./ 3M-Repo-Satz ¹	Zinssatz	0,12	0,09	0,10	0,09	0,09	0,09	0,11	0,09	0,09	0,10	0,08	0,12	0,12
Umlaufrendite 3-5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	-0,51	-0,51	-0,32	-0,23	-0,31	-0,37	-0,36	-0,41	-0,39	-0,30	-0,28	-0,36	-0,43
Umlaufrendite 5-8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	-0,28	-0,15	0,04	0,17	0,06	-0,04	-0,04	-0,09	-0,05	0,02	0,05	-0,04	-0,14
Umlaufrendite 9-10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,09	0,32	0,40	0,55	0,42	0,31	0,30	0,28	0,29	0,37	0,40	0,31	0,19
Geldmenge (Euroraum)														
Wachstum der Geldmenge M1 ²	gg. Vj. in %	9,1	9,1	-	8,2	7,3	6,7	-	6,9	6,4	6,8	6,8	6,7	-
Wachstum der Geldmenge M2 ²	gg. Vj. in %	5,1	5,1	-	4,8	4,5	4,2	-	4,4	3,9	4,3	4,4	4,3	-
Wachstum der Geldmenge M3 ²	gg. Vj. in %	5,0	4,9	-	4,1	4,1	3,7	-	4,0	3,4	3,6	3,9	3,7	-
Wachstum der Geldmenge M3 3-Monats-Durchschnitt ²	gg. Vj. in %	4,9	4,9	-	4,2	4,0	3,8	-	3,9	3,7	3,7	3,7	-	-
Kredite														
an den privaten Sektor im Euroraum ²	gg. Vj. in %	+1,6	+2,6	-	+2,6	+2,9	+3,2	-	+3,3	+3,3	+3,2	+2,8	+2,8	-
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	+1,4	+2,0	-	+2,5	+2,8	+3,3	-	+3,4	+3,3	+3,1	+2,6	+2,6	-
an den privaten Sektor in Deutschland ²	gg. Vj. in %	+2,8	+3,6	-	+4,2	+4,5	+4,3	-	+4,5	+4,1	+4,4	+4,2	+4,0	-
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+3,0	+3,6	-	+4,3	+4,6	+4,8	-	+4,7	+4,8	+5,0	+4,7	+4,8	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D. ³	gg. Vj. in %	+2,1	+3,6	-	+5,1	+5,4	+6,0	-	+5,9	+5,8	+6,3	+5,8	+5,7	-
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	+0,1	+0,2	-	+9,2	+12,2	+12,5	-	+12,1	+12,8	+12,6	+8,5	+8,7	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	+2,3	+2,3	-	+2,8	+3,2	+6,3	-	+6,0	+5,9	+7,0	+7,1	+7,8	-
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	+2,5	+4,6	-	+4,6	+4,3	+4,5	-	+4,5	+4,3	+4,8	+4,9	+4,7	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland ³	gg. Vj. in %	+2,9	+3,1	-	+3,5	+3,4	+3,4	-	+3,3	+3,4	+3,4	+3,5	+3,6	-
darunter: Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+3,7	+4,1	-	+4,5	+4,6	+4,7	-	+4,6	+4,7	+4,7	+4,8	+4,9	-
Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)														
Deutscher Aktienindex (DAX 30) ⁴	Index	10196	12441	12243	12626	12657	12409	11280	12582	12459	12185	11686	11360	10793
	gg. Vp. in %	-7,1	+22,0	-1,6	-3,5	+0,2	-2,0	-9,1	-0,7	-1,0	-2,2	-4,1	-2,8	-5,0
Dow Jones Euro Stoxx (50) ⁵	Index	3005	3490	3382	3469	3478	3421	3160	3461	3437	3365	3245	3186	3050
	gg. Vp. in %	-12,8	+16,1	-3,1	-3,4	+0,2	-1,6	-7,6	+0,5	-0,7	-2,1	-3,6	-1,8	-4,3
Standard & Poor's 500 ⁵	Index	2093	2448	2743	2730	2703	2850	2690	2790	2858	2902	2785	2720	2563
	gg. Vp. in %	+1,5	+17,0	+12,1	+4,8	-1,0	+5,4	-5,6	+1,3	+2,4	+1,5	-4,0	-2,4	-5,8
Nikkei 225 ⁵	Index	16924	20199	22302	22315	22347	22669	21878	22322	22494	23192	22738	21953	20943
	gg. Vp. in %	-11,7	+19,4	+10,4	+0,6	+0,1	+1,4	-3,5	-1,1	+0,8	+3,1	-2,0	-3,5	-4,6

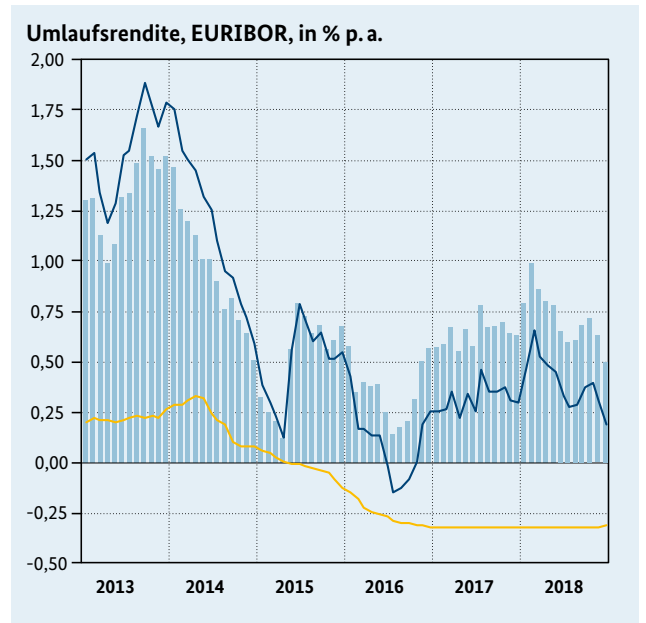
Quellen: STOXX, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company.

- 1 STOXX GC Pooling Index, 3 Monate;
- 2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Ursprungszahlen;
- 4 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);
- 5 Kurs- bzw. Preisindex.

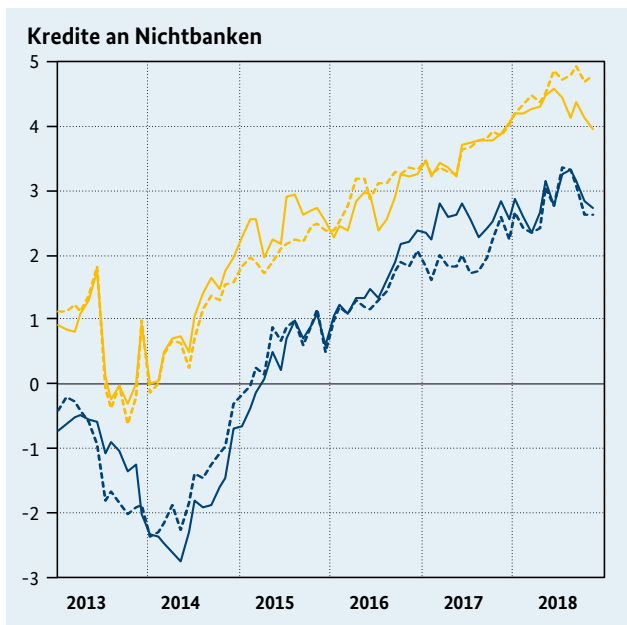
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



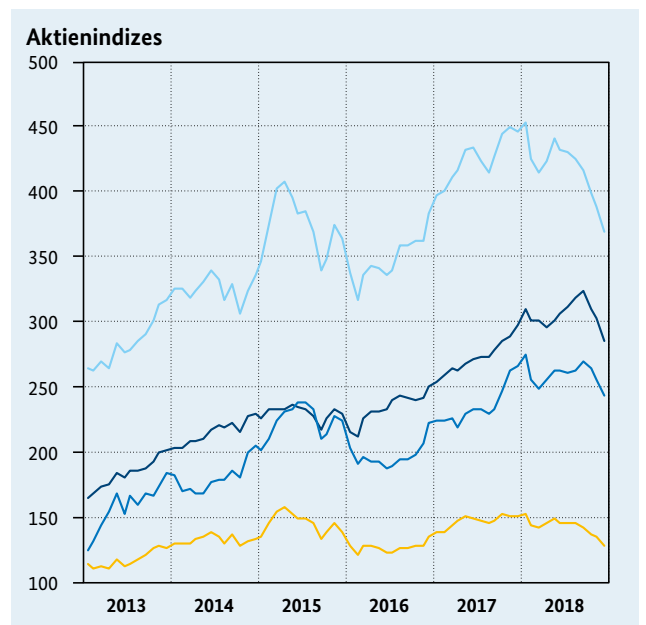
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %¹
 — monatlich
 — gleitender 3-Monats-Durchschnitt



— EURIBOR 3-Monats-Geld²
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit²
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %
 — Deutschland
 — EWU
 - - - Buchkredite Deutschland
 - - - Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
 — DAX 30³
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)⁴
 — Standard & Poor's 500⁴
 — Nikkei 225⁴

Quelle: Deutsche Bundesbank.

- 1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;
- 2 Monatsdurchschnitte;
- 3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);
- 4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem so weit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima usw.)

Obleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien u. Ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Referat IC 1 Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne an sdw@bmwi.bund.de richten.

Verzeichnis der Artikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
Februar 2018	Jahreswirtschaftsbericht 2018: Wirtschaftlich gestärkt in die Zukunft Maritime Energiewende gewinnt an Fahrt Ist das Europäische Vertragsrecht fit für das digitale Zeitalter?
März 2018	Wertschöpfungsverflechtungen im NAFTA-Raum Das Netzwerk einheitlicher Ansprechpartner – wichtiger Bestandteil einer unternehmensfreundlichen Verwaltung
April 2018	Dual-use-Güter in der Exportkontrolle Strategien für den erfolgreichen Markteintritt im Ausland: Wie Anbieter klimafreundlicher Energielösungen „Made in Germany“ langfristig neue Auslandsmärkte erschließen können IGF – Industrielle Gemeinschaftsforschung für Unternehmen
Mai 2018	Das Nationale Reformprogramm 2018 Die Entwicklung des befristeten Arbeitsvertrags Deutsche Wirtschaft im kräftigen Aufschwung
Juni 2018	Neues Kompetenzzentrum Tourismus gestartet Sustainable Finance: Die Rolle von Finanzmärkten auf dem Weg zu einem nachhaltigen Wirtschaftssystem Startschuss für die neue Gründerplattform: Das geballte Gründerwissen Deutschlands – digital und interaktiv Metrologie und Digitalisierung Das Vorabentscheidungsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof – gerichtliches Scharnier zwischen Mitgliedstaaten und Europäischer Union
Juli 2018	Der OECD-Wirtschaftsbericht für Deutschland 2018
August 2018	Im Dialog mit der Wirtschaft: Bundesregierung erleichtert Ausfuhrgeschäfte nach Afrika und verbessert Rahmenbedingungen für KMU Eine Governance für die Energieunion Das Vertragsverletzungsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof Evaluationen gewinnen im BMWi immer mehr Bedeutung
September 2018	Demografischer Wandel und das Erwerbspersonenpotenzial von Frauen Ressourcenschonendes Bauen
Oktober 2018	Das neue Energieforschungsprogramm Systemübergreifende Forschung und „Reallabore der Energiewende“ als neues Förderformat Nichtigkeitsklage und Rechtsmittel: Schutz der Rechte von EU-Mitgliedstaaten und ihren Bürgern durch den Gerichtshof der Europäischen Union
November 2018	Aufschwung setzt sich fort Deutschland bekämpft Bestechung im Ausland

Ausgabe	Fachartikel
Dezember 2018	Konjunkturprognosen eine Dekade nach der Finanzkrise Unternehmen mit anhaltender Ertragsschwäche Workshop „Leistungsbilanzüberschüsse in Deutschland“
Januar 2019	Reallabore: Innovationen ermöglichen – Regulierung weiterentwickeln Künstliche Intelligenz – Strategie zur Entwicklung und Anwendung einer Schlüsseltechnologie Die EU-Datenschutz-Grundverordnung – Chancen, erste Praxiserfahrungen und Ausblick Der Weltpostverein im 21. Jahrhundert Referenzprojekte für den Erfolg auf Auslandsmärkten nutzen



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik
finden Sie im Internet unter

<https://www.bmwi.de/Navigation/DE/Service/Schlaglichter-der-Wirtschaftspolitik/schlaglichter-der-wirtschaftspolitik.html>
